

ifo

SCHNELLDIENST

SONDERAUSGABE DEZEMBER

2022

ifo Konjunkturprognose Winter 2022: Inflation und Rezession

*Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Friederike Fourné, Christian Glocker, Max Lay,
Robert Lehmann, Sebastian Link, Sascha Möhrle, Joachim Ragnitz, Ann-Christin Rathje,
Radek Šauer, Stefan Sauer, Moritz Schasching und Lara Zarges*



ifo Schnelldienst
ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.
Redaktion: Dr. Marga Jennewein, Dr. Cornelia Geißler.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Dr. Yvonne Giesing, Dr. Christa Hainz, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: monatlich + zwei Sonderausgaben.
Bezugspreis jährlich: EUR 150,-
Preis des Einzelheftes: EUR 12,-
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: SAS Druck, Fürstenfeldbruck.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:
<https://www.ifo.de>

Dezember 2022

ifo SCHNELLDIENST Sonderausgabe

Inhaltsverzeichnis

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft	3
1.1. Überblick	3
1.2. Ausblick	6
1.3. Risiken	8
2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft	9
2.1. Überblick	9
Box: Zur Messung angebots- und nachfrageseitiger Behinderungen	9
2.2. Ausblick	10
Box: Zur Revision der ifo Konjunkturprognose für das Jahr 2022	12
2.3. Prognoseunsicherheit und Risiken	14
2.4. Finanzpolitische Rahmenbedingungen	15
2.5. Geldpolitik versucht, Rekordinflation zu zähmen	15
2.6. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen	18
2.7. Inflation trotz Energiepreisbremsen weiter hoch	19
Box: Zur Entwicklung der Erzeugerpreise im Verarbeitenden Gewerbe	19
Box: Zu den Auswirkungen der Gas- und Strompreisbremse auf die Inflationsrate	20
Box: Zu den heimischen Determinanten der Inflation	22
2.8. Technische Rezession im Winterhalbjahr 2022/2023 wahrscheinlich	23
Box: Zur Prognose des dritten Quartals 2022	24
2.9. Schwaches Winterhalbjahr für den Außenhandel	27
2.10. Ausrüstungen stützen Unternehmensinvestitionen	28
Box: Zu den neusten Ergebnissen der ifo Investitionserwartungen und ihrer Rolle in der Investitionsprognose	29
2.11. Wohnungsbau bricht ein	31
2.12. Konsumkonjunktur kühlt nach Überraschungshoch ab	33
2.13. Staatskonsum stabilisiert sich auf hohem Niveau	34
2.14. Deutlich nachlassende Dynamik am Arbeitsmarkt	35
2.15. Löhne ziehen an, Kaufkraftverlust bleibt	37
2.16. Preisbremsen belasten öffentliche Haushalte	38
Box: Zu den fiskalischen Kosten der Gas- und Strompreisbremsen	39
3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion	41
4. Zur Finanzpolitik in Deutschland	43
5. Literatur	45
6. Tabellenanhang	46

Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Friederike Fourné, Christian Glocker, Max Lay, Robert Lehmann, Sebastian Link, Sascha Möhrle, Joachim Ragnitz, Ann-Christin Rathje, Radek Šauer, Stefan Sauer, Moritz Schasching und Lara Zarges

ifo Konjunkturprognose Winter 2022: Inflation und Rezession

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

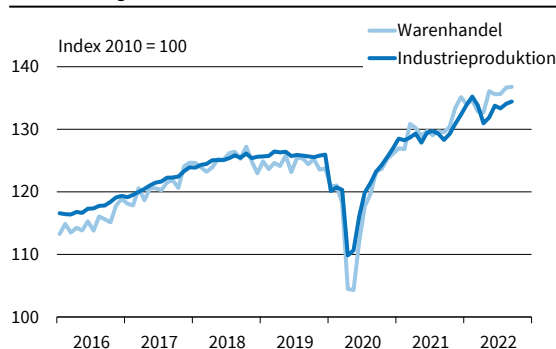
1.1. ÜBERBLICK

Die Weltwirtschaft hat sich seit Jahresbeginn 2022 abgeschwächt. Geopolitische Spannungen ließen die Energiepreise in vielen Ländern in die Höhe schnellen, und intensive Hitzewellen und Dürreperioden in Europa sowie in Mittel- und Südasiens trieben die Lebensmittelpreise in die Höhe. Beide Entwicklungen ließen die Verbraucherpreisinflation in vielen Ländern auf ein jahrzehntelanges Hoch ansteigen, was zu einer raschen Straffung der Geldpolitik führte. Obwohl sich die Auswirkungen der Pandemie in den meisten Ländern abgeschwächt haben, beeinträchtigen ihre anhaltenden Wellen weiterhin die Wirtschaftstätigkeit, insbesondere in China (vgl. Abb. 1.1).

Die konjunkturelle Abschwächung betrifft sowohl das Verarbeitende Gewerbe als auch die marktbestimmten Dienstleistungen und umfasst sowohl Industrie- und Schwellenländer. Obwohl die weltweite Industrieproduktion im dritten Quartal 2022 gestiegen ist und damit einen Teil des Rückgangs im Vorquartal wieder wettgemacht hat, deuten die Stimmungsindikatoren darauf hin, dass die Folgen der schwächer werdenden Nachfrage bald stärker zu spüren sein dürften. Dies gilt gleichermaßen für die marktbestimmten Dienstleistungen (vgl. Abb. 1.2).

Abb. 1.1

Welthandel und Weltindustrieproduktion
Saisonbereinigter Verlauf

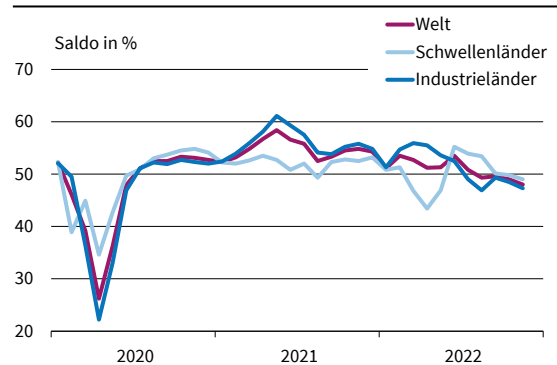


Quelle: CPB.

© ifo Institut

Abb. 1.2

Einkaufsmanagerindex – PMI
Gesamtwirtschaft



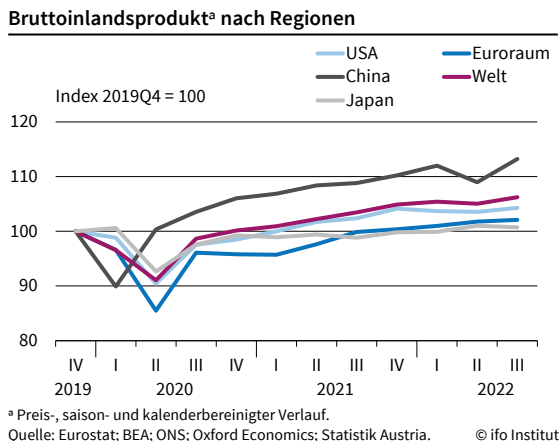
Quelle: IHS Markit.

© ifo Institut

IN KÜRZE

Die deutsche Wirtschaft leidet unter gewaltigen Angebotschocks. Engpässe bei Energie, Vorprodukten und Arbeitskräften belasten die Produktion und treiben die Inflation auf Rekordhöhen. Der Staat versucht, die Folgen mit breit angelegten Entlastungsprogrammen abzufedern. Er schafft damit aber auch Nachfrage, die bei beschränkten Produktionskapazitäten den Preisauftrieb hoch hält. Zwar dürfte als Folge der staatlichen Strom- und Gaspreisbremsen die Inflationsrate von 7,8% in diesem Jahr auf 6,4% im kommenden Jahr sinken. Gleichzeitig wird allerdings die Kernrate voraussichtlich von 4,8% auf 5,8% steigen. Erst im Jahr 2024 dürfte der Preisdruck langsam nachgeben und die Inflationsrate auf 2,8% bzw. die Kernrate auf 2,6% zurückgehen. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Winterhalbjahr 2022/2023 schrumpfen und die deutsche Wirtschaft damit in eine Rezession geraten. Ab dem Frühjahr 2023 dürfte sich die Konjunktur dann erholen und die Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte mit kräftigeren Raten zulegen, wenn die Einkommen wieder stärker steigen als die Preise. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,8% zunehmen und im kommenden Jahr geringfügig um 0,1% schrumpfen. Im Jahr 2024 liegt der Zuwachs dann wieder bei 1,6%.

Abb. 1.3



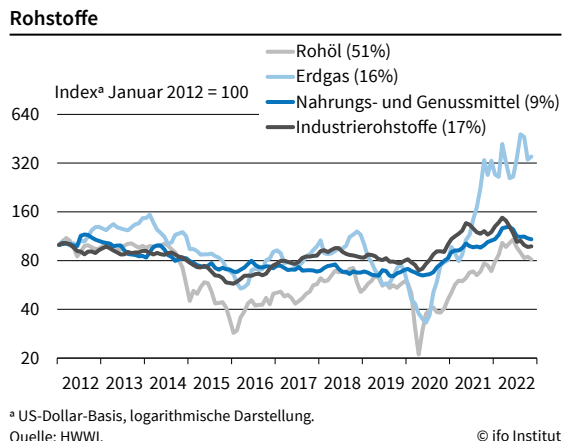
Im Euroraum legte die Wirtschaftsleistung im dritten Vierteljahr 2022 nur mehr geringfügig zu, nachdem sie im ersten Halbjahr noch deutlicher expandierte (vgl. Abb. 1.3). Während die marktbestimmten Dienstleistungen im Frühjahr noch von der Aufhebung der meisten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung profitiert haben, so machten sich im Sommer die Belastungen durch die starken Preissteigerungen zunehmend bemerkbar. Umfragen zufolge hat sich das Geschäftsklima auf breiter Front weiter verschlechtert, und die Stimmung der Verbraucher ist mittlerweile auf einem mehrjährigen Tiefstand.

Die US-Wirtschaft expandierte zuletzt, nachdem das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in den ersten beiden Quartalen 2022 sank. Maßgeblich getragen wurde das Wachstum durch das Auslandsgeschäft. Im Inland fiel das Bild hingegen gemischter aus. Die voranschreitende geldpolitische Straffung belastet zinsabhängige Investitionen im privaten Wohnungsbau und im Gewerbebau. Die privaten Konsumausgaben expandierten moderat und wurden dabei von der guten Arbeitsmarktlage unterstützt.

In China expandierte die wirtschaftliche Aktivität im dritten Quartal, zumal nun ein deutlich kleinerer Teil des Landes von Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus betroffen war als noch im Frühjahr. Das kräftige Wirtschaftswachstum dürfte sich im vierten Quartal 2022 jedoch nicht fortsetzen. In den letzten Wochen zeichneten sich wegen neuer Corona-Fälle vielerorts wieder Verschärfungen der Eindämmungsmaßnahmen ab. Infolgedessen häuften sich zuletzt soziale Unruhen, die die Verbraucherstimmung dämpfen und damit den Konsum belasten. Zudem bleibt die Lage auf dem Immobilienmarkt angespannt. Die kurzfristigen Konjunkturaussichten werden zusätzlich durch das nachlassende Exportgeschäft getrübt.

Viele Rohstoffpreise gingen in den letzten Monaten vor dem Hintergrund der globalen Konjunkturabschwächung zurück (vgl. Abb. 1.4). Dies galt insbesondere für Industrierohstoffe, aber auch für die Ölpreise. Der Beschluss der OPEC, die Rohölförderung ab November zu drosseln, unterbrach den Abwärtstrend der Erdölpreise nur vorübergehend.

Abb. 1.4



Die europäischen Gas- und Strompreise sanken von ihren Rekordhöhen seit Ende August recht deutlich. Der markante Preissprung von Erdgas der Sommermonate wurde dadurch deutlich abgebaut. Wenngleich sich das Ausmaß an Lagerhaltung nunmehr für die Wintermonate 2022/2023 als vorteilhaft darstellt, so ist dies insbesondere deshalb überraschend, weil die Gaslieferungen aus Russland in die EU aufgrund der Nichtverwendbarkeit der Nord-Stream-Pipelines deutlich sanken.

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe gewann im dritten Quartal trotz bereits tendenziell rückläufiger Rohstoffpreise weltweit nochmals an Breite. In den Industrieländern belief sich die Vorjahresrate des Verbraucherpreisindex (VPI) im dritten Quartal auf rund 8%, in den Schwellenländern auf rund 7,3%. Die

Abb. 1.5

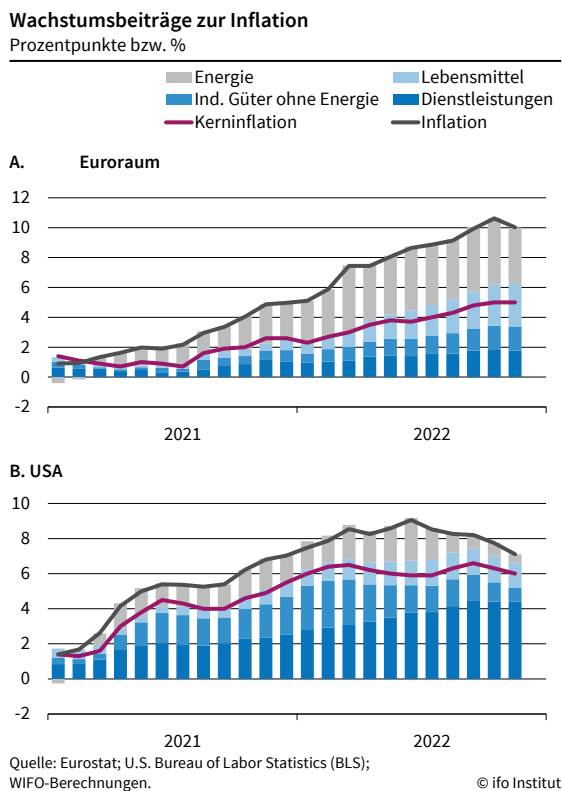
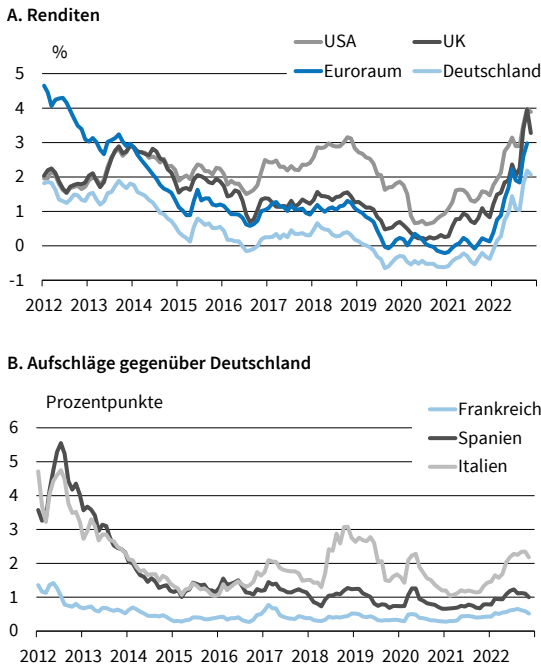


Abb. 1.6
Märkte für Staatsanleihen^a

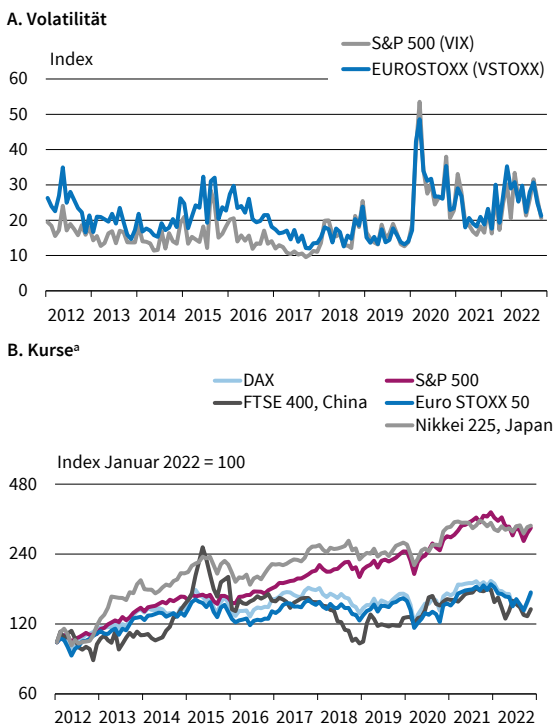


^a 10-jährige Restlaufzeit. Quelle: Eurostat; Federal Reserve. © ifo Institut

Spreizung der Inflationsraten innerhalb dieser Ländergruppen ist jedoch groß (vgl. Abb. 1.5).

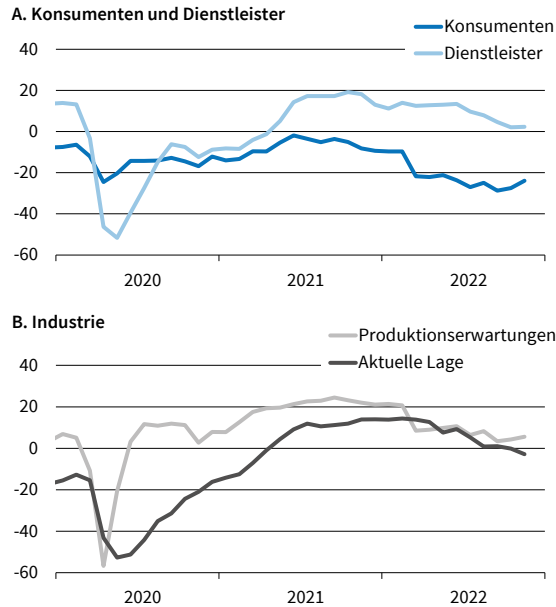
Der anhaltende Inflationsdruck hat in vielen Ländern zu einer raschen und damit synchronen Straff-

Abb. 1.7
Aktienmärkte



^a Logarithmische Darstellung. Quelle: Deutsche Börse; FTSE; Nikkei; S&P Dow Jones; Chicago Board Options Exchange (CBOE); STOXX. © ifo Institut

Abb. 1.8
Vertrauensindikatoren im Euroraum
Saldo in %, saisonbereinigter Verlauf

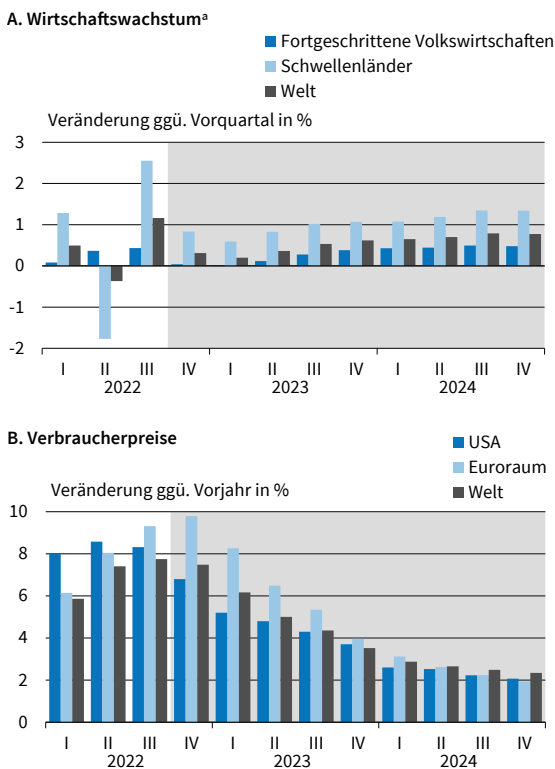


Quelle: EU-Kommission. © ifo Institut

fung der monetären Rahmenbedingungen geführt. Der EZB-Rat beschloss im September und Oktober 2022, die Leitzinssätze um jeweils 75 Basispunkte zu erhöhen. Die Geldpolitik ist daher darauf ausgerichtet, die Nachfrage zu dämpfen, um der Gefahr einer dauerhaften Erhöhung der Inflationserwartungen entgegenzuwirken. Die Straffung der Geldpolitik ließ die langfristigen Zinsen auf Staatsanleihen in vielen Ländern bereits steigen (vgl. Abb. 1.6 A). Die Spreizungen der Renditen französischer, italienischer und spanischer Staatsanleihen gegenüber den deutschen nahmen zwar etwas zu (vgl. Abb. 1.6 B), die vergleichsweise geringe Erhöhung weist jedoch darauf hin, dass die Rückführung der lockeren Geldpolitik den Euroraum nicht wie in den Jahren 2011/2012 zu fragmentieren droht. Dennoch ist die Unsicherheit auf den Aktienmärkten überdurchschnittlich (vgl. Abb. 1.7 A) und die Aktienkurse sind, nicht zuletzt wegen der trüben Konjunkturaussichten tendenziell abwärtsgerichtet (vgl. Abb. 1.7 B). Auch wenn das Konsumentenvertrauen im Euroraum zuletzt nicht mehr weiter sank, so hält der Rückgang der Vertrauensindikatoren für den Dienstleistungsbereich und die Industrie weiter an (vgl. Abb. 1.8).

Während die Covid-19-pandemiebedingte fiskalische Unterstützung nachlässt, haben viele Länder aufgrund des Anstiegs der Energie- und Lebensmittelpreise im Jahr 2022 zusätzliche Ausgabenprogramme eingeführt. Im Euroraum haben die Regierungen Maßnahmen zur Subventionierung des Energieverbrauchs einkommensschwacher Haushalte aufgestockt und zusätzliche Transfers eingeführt. In einigen Ländern wurden die Steuern auf Kraftstoffe gesenkt, Subventionen für Unternehmen erhöht und Sozialleistungen

Abb. 1.9
Vierteljährliche Prognose



^a Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf des Bruttoinlandsprodukts.
Quelle: Eurostat; OECD; Nationale Statistiken; WIFO-Berechnungen;
ab 4. Quartal 2022: Prognose. © ifo Institut

und Löhne im öffentlichen Dienst angehoben. Darüber hinaus hat der Krieg in der Ukraine zu einem Anstieg der Militärausgaben sowie zu Investitionen zur Sicherung der Energieversorgung geführt. Während also die Geldpolitik der EZB darauf abzielt, die Nachfrage zu verringern, um so den Inflationsdruck einzudämmen, wirkt die Fiskalpolitik diesen Bemühungen entgegen. In den USA sind hingegen die während der Pandemie eingeführten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen inzwischen weitgehend zurückgefahren worden. Die Gesamtwirkung des Inflationsbekämpfungsgesetzes auf die Nachfrage wird im Prognosezeitraum begrenzt sein, wobei die Kosten einer Reihe von Klima- und Energieinitiativen und die Ausweitung der Subventionen für das Gesundheitswesen durch die Einführung einer Mindestkörperschaftsteuer weitgehend ausgeglichen werden dürften. Insgesamt wird die Finanzpolitik in den USA in den Jahren 2023 und 2024 wohl weniger expansiv sein als zuvor.

1.2. AUSBLICK

Diese Prognose geht davon aus, dass die Sanktionen gegen Russland fortbestehen, aber die Gaslieferungen aus Russland nach Europa nicht vollständig eingestellt werden. Dennoch werden die Preise an den Spot- und Terminmärkten vorerst hoch bleiben, und angesichts der Notierungen an den Terminmärkten ist erst in der zweiten Hälfte 2023 mit einem allmählichen Rück-

gang der Gaspreise in Europa zu rechnen. Die strenger globalen geldpolitischen Rahmenbedingungen werden sich auf die Konjunktur auswirken und die Nachfrage dämpfen, was in der Folge die Inflationsdynamik abschwächen sollte. Auch sollten die nachlassenden Rohstoffpreise den Anstieg der Verbraucherpreise dämpfen. Überdies sind im Oktober die Preise für Vorleistungsgüter gegenüber dem Vormonat vielerorts kaum mehr gestiegen oder sogar gesunken. Allerdings hat sich einerseits das Lohnwachstum in einigen Industrieländern deutlich verstärkt, was die Inflationsabschwächung hinauszögern könnte, andererseits setzt in vielen Ländern die Fiskalpolitik weiterhin expansive Impulse.

Im Euroraum schrumpft das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Winterhalbjahr 2022/2023, bevor es sich im weiteren Verlauf leicht erholt (vgl. Abb. 1.9 A). Das Jahreswachstum fällt damit 2023 mit 0,6% gering aus und wird sich erst im Folgejahr erhöhen (+1,7%) (vgl. Tab. 1.1). Auf der Angebotsseite schränken Engpässe bei der Versorgung mit Energie, Rohstoffen und Vorprodukten und die damit verbundenen hohen Kosten die Produktion ein, insbesondere in energieintensiven Wirtschaftsbereichen. Auf der Nachfrageseite schmälert vor allem die hohe Inflation die Realeinkommen und dämpft trotz erheblicher Unterstützung durch die Fiskalpolitik den Konsum der privaten Haushalte, während die Verlangsamung des Exportmarktwachstums und die steigenden Zinssätze die privaten Investitionen belasten. Da die öffentlichen Investitionen im Jahr 2023 stark zunehmen und die Inflation aufgrund der sich stabilisierenden Rohstoffpreise allmählich zurückgeht, dürften das Wachstum der Realeinkommen und die Wirtschaftstätigkeit im Quartalsverlauf in den Jahren 2023 und 2024 anziehen. Der Aufschwung könnte jedoch bescheiden bleiben, da die Stützungsmaßnahmen im Rahmen der Energiekrise trotz der nach wie vor außergewöhnlich hohen Energiepreise langsam auslaufen und die Auswirkungen der höheren Realzinsen auf die Wirtschaftstätigkeit stärker zum Tragen kommen.

In den Vereinigten Staaten wird das Wachstum von voraussichtlich 1,9% im Jahr 2022 auf 0,9% im Jahr 2023 zurückgehen und 2024 auf 1,5% steigen (vgl. Tab. 1.2). Das rückläufige real verfügbare Einkommen beeinträchtigt weiterhin die Verbrauchernachfrage, und die höheren Zinssätze dämpfen die Investitionen. Unternehmensumfragen deuten auf eine weitere Abschwächung der Industriekonjunktur hin, die sich zunehmend negativ auf die Ausrüstungsinvestitionen auswirken dürfte, nachdem die Bauinvestitionen (insbesondere im Wohnungsbau) bereits seit einiger Zeit rückläufig sind. Insbesondere im Jahr 2023 dürfte sich dies allmählich stärker auf den Arbeitsmarkt auswirken und letztlich das Lohnwachstum bremsen. Der Inflationsdruck wird sich daher im kommenden Jahr allmählich abschwächen, was auch durch niedrigere Energiepreise begünstigt wird. (vgl. Abb. 1.9 B)

Tab. 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise im Euroraum

	Gewicht in % (2021)	Bruttoinlandsprodukt ^a				Verbraucherpreise ^b			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
		2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Deutschland ^a	29,3	2,6	1,8	0,1	1,6	3,2	8,3	6,7	2,9
Frankreich	20,3	6,8	2,6	0,6	1,5	2,1	6,0	5,1	2,2
Italien	14,5	6,7	3,8	0,4	1,0	1,9	8,3	6,7	2,4
Spanien	9,8	5,5	4,7	1,7	2,6	3,0	8,5	4,9	3,2
Euroraum	100,0	5,3	3,4	0,6	1,7	2,6	8,4	6,0	2,5

^a Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Eurostat; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Dez. 2022

In China wirkt sich die erwartete schrittweise Aufhebung der strengen behördlichen Beschränkungen zur Eindämmung der Ausbreitung von Covid-19-Infektionen im Prognosezeitraum positiv auf die Konjunktur aus. Obwohl der Normalisierungsprozess noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, wird er zu einer spürbar höheren Expansion der Gesamtwirtschaft im Jahr

2023 führen. Staatliche Ausgaben, insbesondere für Infrastrukturprojekte, stützen dabei die Konjunktur. Auch von der Geldpolitik gehen expansive Impulse aus, zumal im Gegensatz zu den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Geldpolitik in China tendenziell gelockert wird, nachdem sie im Vorjahr im Zuge des Immobilienbooms gestrafft wurde. Nach

Tab. 1.2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht in % ^a	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
		2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	65,6	5,3	2,5	0,7	1,6	3,2	7,4	4,7	2,1
USA	29,0	5,9	1,9	0,9	1,5	4,7	7,9	4,5	2,4
Euroraum	18,3	5,3	3,4	0,6	1,7	2,6	8,4	6,0	2,5
Japan	6,2	2,2	1,2	1,6	1,2	-0,2	2,3	1,0	0,7
Vereinigtes Königreich	4,0	7,5	4,4	-0,9	0,8	2,6	8,3	7,6	2,6
Kanada	2,5	5,0	3,3	-1,0	2,6	3,4	7,0	4,7	2,2
Südkorea	2,3	4,1	2,7	1,0	2,4	2,5	5,3	3,6	1,1
Schweiz	1,0	4,2	2,0	0,2	2,1	0,6	2,8	2,3	0,8
Schweden	0,8	4,8	2,8	-0,4	1,8	2,2	8,2	5,3	1,1
Norwegen	0,6	4,0	3,3	1,2	1,8	3,5	6,0	4,8	1,0
Dänemark	0,5	4,9	3,2	0,6	2,3	1,9	7,8	3,1	0,9
Tschechien	0,4	3,5	2,5	-0,4	2,3	3,8	15,8	6,5	1,2
Schwellenländer	34,4	8,0	3,4	3,5	4,6	3,1	6,7	4,7	3,5
China	22,4	8,6	3,4	4,5	4,8	0,9	2,2	2,4	2,1
Indien	4,0	8,0	6,1	4,9	7,1	5,1	6,9	5,5	4,1
Brasilien	2,0	5,3	3,0	0,3	2,3	8,3	9,3	4,7	3,6
Russland	2,2	4,7	-3,1	-2,3	3,7	6,7	13,7	4,8	4,3
Mexiko	1,6	4,9	2,9	0,6	2,2	5,7	8,0	5,6	3,9
Türkei	1,0	11,6	4,9	1,3	2,5	19,6	72,8	40,2	23,7
Polen	0,9	6,7	5,8	0,6	2,6	5,2	14,8	14,9	6,7
Ungarn	0,2	7,1	4,9	-0,4	3,3	5,1	14,4	16,0	5,0
Welt	100,0	6,2	2,8	1,6	2,6	3,2	7,1	4,7	2,6
<i>nachrichtlich:</i>									
Welthandel, real ^b		10,2	3,9	-0,5	4,0				
Annahmen									
Ölpreis US-Dollar/Barrel (Brent)		70,7	99,1	85,5	80,7				
Wechselkurs US-Dollar/Euro		1,18	1,06	1,04	1,04				

^a Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar. ^b Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Dez. 2022

einem Wachstum von 3,4% im Jahr 2022 dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in den Folgejahren um 4,5% und 4,8% zulegen.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt nach einem Anstieg von 2,8% im laufenden Jahr um 1,6% im Jahr 2023 und um 2,6% im Jahr 2024 expandieren. Der Welthandel wird nach einem leichten Rückgang im kommenden Jahr (-0,5%) im Jahr 2024 in etwa wieder mit der Rate (+4,0%) des Jahres 2022 wachsen.

1.3. RISIKEN

Insgesamt sind die Risiken für die Weltwirtschaft weiterhin hoch.

Im Krieg in der Ukraine gibt es keine Anzeichen für eine schnelle Entspannung. Die Bemühungen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Russischen Föderation zu trennen, dauern an. Dies belastet sowohl die russische Wirtschaft als auch die der EU-Mitgliedstaaten. Eine Unterbrechung der Erdgaslieferungen aus Russland würde die Erdgaspreise weiter in die Höhe treiben. Darüber hinaus birgt die Abkehr der EU von Russland als Rohstofflieferant nicht nur kurzfristig, sondern auch mittelfristig Inflationsrisiken, wenn die Länder nicht in der Lage sind, auf dem Weltmarkt, insbesondere bei Erdgas, ausreichend Ersatz zu finden. Dies gilt ebenso für die kürzlich von den EU-Mitgliedstaaten eingeführten Preisobergrenze von 60 US-Dollar für den weltweiten Bezug von russischem Erdöl, deren Folgen aus heutiger Sicht allerdings schwer absehbar sind.

Außerdem besteht das Risiko, dass die inflationären Tendenzen noch länger anhalten. Zwar wird für die kommenden beiden Jahre eine Abkühlung der Inflation prognostiziert, doch könnten weitere Schocks bei den Energie- und Lebensmittelpreisen die Gesamtinflation länger hochhalten. Dies könnte sich auch auf die Kerninflation auswirken und somit eine restriktivere geldpolitische Reaktion rechtfertigen. Hierbei besteht die Gefahr, dass zusätzliche Impulse der in vielen Ländern ohnehin schon expansiv ausgerichteten Fiskalpolitik die Nachfrage und damit die heimische Komponente der Inflation weiter ankurbeln könnten. Unternehmen, deren Produktion aufgrund vielfältiger Hemmnisse auf der Angebotsseite beschränkt ist, dürften einen solchen Nachfrageschub nutzen, um ihre Preise über die Kostenanstiege hinaus anzuheben. Eine länger anhaltende höhere Inflation würde auch das Risiko steigender Inflationserwartungen oder einer Lohn-Preis-Spirale erhöhen. Bislang scheinen sich diese Risiken noch in Grenzen zu halten, was zum Teil auf die spürbare Straffung der Geldpolitik zurückzuführen ist.

Auch die Corona-Pandemie birgt weiterhin Risiken. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Infektionsrate wieder beschleunigt und weitere gefährliche Virusvarianten auftauchen, was zu erneuten Einschränkungen des öffentlichen Lebens, Produktionsstilllegungen, und Einschränkungen der Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte führen wird.

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

2.1. ÜBERBLICK

Die deutsche Wirtschaft leidet unter gewaltigen Angebotschocks. Engpässe bei der Versorgung mit Energie, Schwierigkeiten bei der Lieferung von Rohstoffen, Vorprodukten und Handelswaren sowie ein sich verschärfender Arbeitskräftemangel belasten die Herstellung von Waren und Dienstleistungen in nahezu allen Wirtschaftsbereichen (vgl. Abb. 2.1 sowie Erläuterungen dazu in der Box »Zur Messung angebots- und nachfrageseitiger Behinderungen«). Dadurch werden nicht nur die Produktionsmöglichkeiten eingeschränkt, sondern auch die Produktionskosten als Folge der angebotsseitigen Knappheiten in die Höhe getrieben.

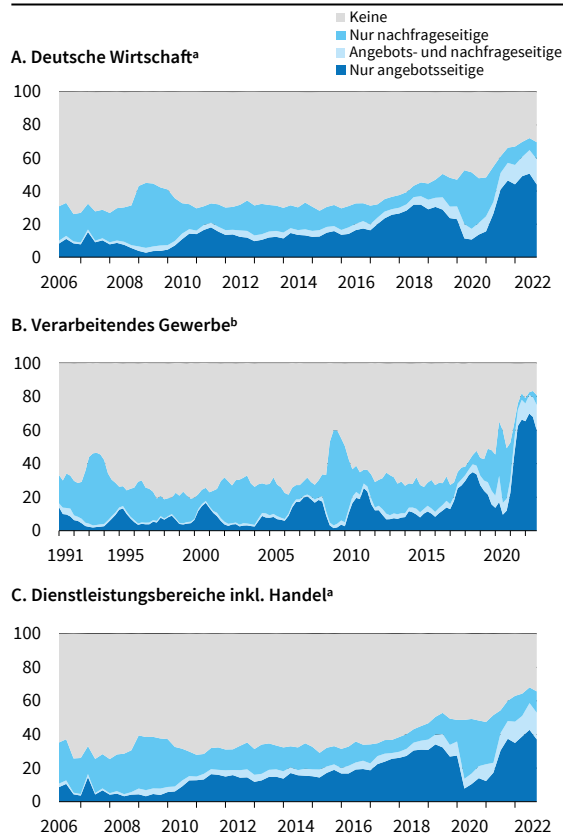
Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen noch kräftig. Zwar gehen die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe allmählich zurück, wohl auch als Folge der hohen Inflation bei Erzeuger- und Verbraucherpreisen. Allerdings sind die Auftragsbücher der Unternehmen immer noch so gut gefüllt, dass die Produktion bis zuletzt leicht gestiegen ist. Auch der private Konsum wurde bis in den Spätsommer hinein ausgeweitet. Zum einen konnten insbesondere die konsumnahen Dienstleistungsbereiche vom Abflauen der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Normalisierung des Ausgabeverhaltens der privaten Haushalte profitieren. Zum anderen haben der Abbau der Corona-Überschussersparnis sowie breit angelegte fiskalische Entlastungspakete dem inflationsbedingten Kaufkraftverlust

entgegengewirkt. Insgesamt sind somit die Produktionskapazitäten der deutschen Wirtschaft, die durch die Angebotschocks reduziert wurden, nach Einschät-

Abb. 2.1

Produktionsbehinderungen

Anteile in %



^a 2006Q2–2022Q3. ^b 1991Q1–2022Q3.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

ZUR MESSUNG ANGEBOTS- UND NACHFRAGESEITIGER BEHINDERUNGEN

Die in Abbildung 2.1 gezeigten angebots- und nachfrageseitigen Behinderungen in den einzelnen Bereichen der deutschen Wirtschaft werden vierteljährlich im Rahmen der ifo Konjunkturumfragen erhoben. Im Verarbeitenden Gewerbe lautet die Frage wie folgt:

Unsere inländische Produktionstätigkeit wird zurzeit behindert: (ja/nein)

Wenn ja, durch folgende Faktoren:

- zu wenige Aufträge/schwache Nachfrage
- Mangel an qualifizierten Fachkräften
- Mangel an geringqualifizierten Arbeitskräften
- Mangel an Rohstoffen/Vormaterialien
- zu geringe technische Kapazitäten

Je nach Umfragebereich weicht die Fragestellung leicht von dieser Formulierung ab. Statt nach inländischer Produktionstätigkeit wird im Baugewerbe nach Bautätigkeit, im Handel nach Umsatztätigkeit und im Dienstleistungssektor nach inländischer Geschäftstätigkeit gefragt. Auch die jeweils abgefragten Faktoren sind spezifisch je nach Wirtschaftsbereich. Zu wenig Aufträge bzw. schwache Nachfrage sowie der Mangel an qualifizierten Fachkräften und geringqualifizierten Arbeitskräften werden überall abgefragt. Hinzu kommen im Baugewerbe die Faktoren Materialknappheit und unzureichende technische Ausstattung, im Handel Lieferengpässe, ein Mangel an geeigneten Räumlichkeiten bzw. Gewerbeflächen sowie unzureichende Geschäftsausstattung und im Dienstleistungs-

sektor zu geringe technische Kapazitäten, Raumangel und mangelnde Geschäftsausstattung.

Unternehmen mit zu wenigen Aufträgen bzw. unzureichender Nachfrage leiden unter nachfrageseitigen Behinderungen. Unternehmen, die von mindestens einem der restlichen Faktoren betroffen sind, werden angebotsseitig behindert. Damit lassen sich die Anteile der Unternehmen mit nur nachfrageseitigen Beeinträchtigungen, ausschließlich angebotsseitigen Beeinträchtigungen, sowohl nachfrage- als auch angebotsseitige Beeinträchtigungen oder gänzlich ohne Beeinträchtigungen berechnen. Diese vier Anteile summieren sich zu 100%. Die Gewichtung der einzelnen Antworten nach Firmengröße und Wirtschaftsbereich richten sich nach der Standardmethodik der ifo Kon-

junkturumfragen. Zunächst werden Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen berechnet und diese anschließend anhand der jeweiligen Bruttowertschöpfung zur Gesamtwirtschaft aggregiert (vgl. Sauer und Wohlrabe 2020).

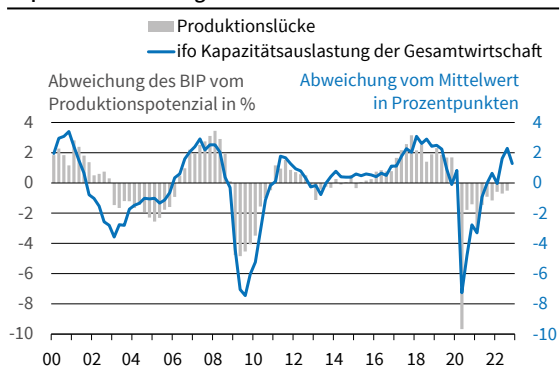
Im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe ist diese Frage bereits seit 1991 im regelmäßigen Frageprogramm der ifo Konjunkturumfragen. Die entsprechenden Zeitreihen in diesen Bereichen starten daher ebenfalls 1991. Im Dienstleistungssektor und im Handel erfolgt die Abfrage und dementsprechend auch die Berechnung von Zeitreihen erst seit dem Jahr 2005 bzw. 2006. Ergebnisse für die Gesamtwirtschaft gibt es daher ebenfalls erst seit dem Jahr 2006.

zung der vom ifo Institut befragten Unternehmen seit Jahresbeginn überausgelastet (vgl. Abb. 2.2).¹

Damit stiegen die Preise nicht nur, weil sich Energie, Rohstoffe und Vorprodukte, die Deutschland größtenteils aus dem Ausland importiert, spürbar verteuerten. In einigen Wirtschaftsbereichen stiegen sie auch, weil eine hohe Nachfrage eine Ausweitung der Unternehmensgewinne ermöglichte. Damit gewann die heimische Komponente der Inflation zunehmend an Bedeutung, nachdem der Preisanstieg bislang vor allem durch die Importpreise getrieben war. Während bei den Importen und den Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes die Preisdynamik ihren Höhepunkt bereits seit einigen Monaten hinter sich gelassen hat, verharret die Inflationsrate seit Oktober mit über 10% auf dem höchsten Wert seit dem Jahr 1951. Die Kernrate, die den Anstieg der Verbraucherpreise von Waren und Dienstleistungen ohne Energie misst, erreichte mit zuletzt 6,5% ebenfalls einen Rekord.

¹ Auffällig ist die derzeitige Diskrepanz der Kapazitätsauslastung zur Produktionslücke, die nach wie vor auf eine Unterauslastung hindeutet. Dies liegt vor allem daran, dass das Verfahren zur Produktionslückenschätzung Angebotsschocks, die die Produktionskapazitäten entweder vorübergehend oder auch dauerhaft senken, nicht abbilden kann (vgl. Abschnitt 3 »Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion«).

Abb. 2.2
Kapazitätsauslastung



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

2.2. AUSBLICK

Die Inflationsrate dürfte in den kommenden Monaten zurückgehen. Dafür sorgen die staatlichen Strom- und Gaspreisbremsen, die ab Dezember ihre Wirkung entfalten. Dennoch wird der heimische Inflationsdruck noch eine Weile hoch bleiben. Zum einen wird die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen auch im kommenden Jahr nicht zuletzt als Folge der breit angelegten staatlichen Entlastungspakete gestützt. Zum anderen dürften hohe Tarifabschlüsse sowohl die Kaufkraft als auch die Lohnkosten merklich steigern. Insgesamt dürfte die Inflationsrate von 7,8% in diesem Jahr auf 6,4% im kommenden Jahr sinken. Gleichzeitig wird die Kernrate voraussichtlich von 4,8% auf 5,8% steigen. Die Prognose für den Anstieg des gesamten Verbraucherpreisindex im kommenden Jahr ist damit deutlich geringer als in der ifo Konjunkturprognose vom Herbst 2022 (+9,3%), die keine Strom- und Gaspreisbremse berücksichtigte. Gleichzeitig wurde aber die Prognose für die Kerninflationsrate im kommenden Jahr um 1,3 Prozentpunkte angehoben. Im Jahr 2024 dürfte der Preisdruck dann langsam nachgeben und die Inflationsrate auf 2,8% bzw. die Kernrate auf 2,6% zurückgehen.

Die konjunkturelle Entwicklung ist im Prognosezeitraum von unterschiedlichen Kräften geprägt. Der hohe Preisauftrieb wird vor allem im Winterhalbjahr die verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte sinken lassen und damit die Konsumkonjunktur abkühlen. Erst ab der zweiten Jahreshälfte dürften die Einkommen im Verlauf wieder stärker zulegen als die Preise und damit der private Konsum an Fahrt aufnehmen. Auch die Baukonjunktur wird sich zunächst weiter abkühlen. Hohe Baupreise und steigende Zinsen lassen die Nachfrage nach Bauleistungen einbrechen. Das Verarbeitende Gewerbe dürfte dank der hohen Auftragsbestände seine Produktion weiter moderat ausweiten und dann mit dem allmählichen Auslaufen der Lieferengpässe wieder deutlich kräftiger expandieren. Bei alledem wird unterstellt, dass es in den

Tab. 2.1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts^a
Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	0,4	-0,3	-0,4	0,1	0,6	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2
Private Konsumausgaben	0,9	0,9	1,0	-0,5	-1,0	-0,3	0,5	0,5	0,5	0,3	0,3	0,2
Öffentlicher Konsum	0,7	0,5	0,0	-1,0	0,2	0,8	0,4	0,1	0,3	0,5	0,1	0,1
Bauten	3,1	-3,2	-1,4	-0,5	-1,0	-0,2	0,3	0,6	0,8	0,8	0,9	0,7
Ausrüstungen	1,9	1,1	2,7	0,5	0,2	0,7	1,2	1,4	1,2	1,0	0,8	0,5
Sonstige Anlagen	-0,1	0,8	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Vorratsinvestitionen ^b	-0,3	0,7	-0,1	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,8	1,1	0,5	-1,0	-0,5	0,0	0,5	0,5	0,6	0,5	0,4	0,3
Außenbeitrag ^b	0,1	-0,9	-0,1	0,7	0,1	0,1	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Exporte	-0,3	0,5	2,0	-0,4	0,6	1,1	1,2	1,0	0,8	0,7	0,7	0,7
Importe	-0,5	2,7	2,4	-2,0	0,4	1,0	1,2	1,1	1,0	0,8	0,8	0,8

^a Saison- und kalenderbereinigte Werte. ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab IV/2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

kommenden beiden Jahren zu keiner Gasmangellage kommt.

Zusammengenommen wird die gesamtwirtschaftliche Leistung in den beiden Quartalen des Winterhalbjahres 2022/2023 wohl um 0,3% bzw. 0,4% gegenüber dem Vorquartal zurückgehen (vgl. Abb. 2.3 sowie Tab. 2.1). Damit wird die deutsche Wirtschaft in

eine technische Rezession geraten. Ab dem Frühjahr 2023 dürfte sich die Konjunktur dann wieder erholen und die Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte mit kräftigeren Raten zulegen. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,8% zunehmen und im kommenden Jahr geringfügig um 0,1% schrumpfen. Im Jahr 2024 liegt der Zuwachs

Tab. 2.2

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	Veränderung ggü. Vorjahr in % ^a			Differenz zur ifo Konjunkturprognose Herbst 2022		
Bruttoinlandsprodukt	1,8	-0,1	1,6	+0,1	+0,2	-0,2
Private Konsumausgaben	4,6	-0,6	1,6	+0,6	+1,3	-0,4
Konsumausgaben des Staates	1,4	0,4	1,2	-3,0	-1,5	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	-0,3	3,1	+0,3	-0,3	-1,2
Bauten	-1,9	-3,3	2,5	-0,4	-1,3	-0,6
Ausrüstungen	3,2	3,0	4,0	+1,6	+0,9	-3,1
Sonstige Anlagen	2,2	3,7	3,3	+0,5	+0,8	-0,1
Inländische Verwendung	3,0	-0,5	1,8	-0,3	0,0	-0,4
Exporte	2,8	2,5	3,2	+1,0	+0,3	-0,6
Importe	5,8	2,0	3,8	+0,2	-0,1	-1,2
Erwerbstätige ^b (1 000 Personen)	45 534	45 611	45 692	+0	-22	-18
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 420	2 503	2 386	+3	+34	+28
Arbeitslosenquote BA ^c (in %)	5,3	5,5	5,3	+0,0	+0,1	+0,1
Verbraucherpreise ^d (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	7,8	6,4	2,8	-0,3	-2,9	+0,4
Lohnstückkosten ^e (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	3,0	4,9	3,2	-0,3	-1,3	-0,8
Finanzierungssaldo des Staates ^f						
- in Mrd. Euro	-68,1	-104,1	-49,7	+3,2	-56,1	+15,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-1,8	-2,6	-1,2	+0,1	-1,4	+0,3
Leistungsbilanzsaldo						
- in Mrd. Euro	139,1	122,9	165,9	-41,9	-118,0	-104,1
- in % des Bruttoinlandsprodukts	3,6	3,1	4,0	-1,1	-2,8	-2,3

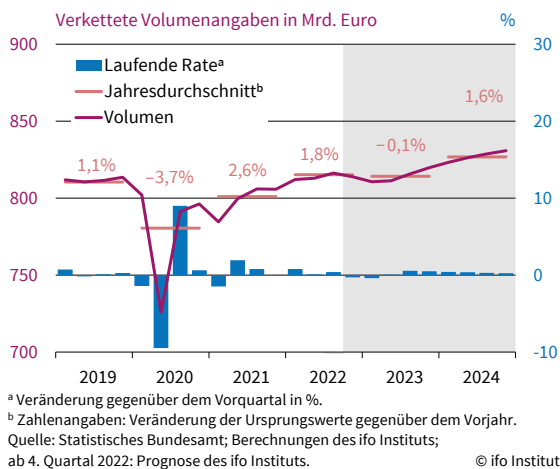
^a Preis-, nicht-kalenderbereinigte Angaben. ^b Inlandskonzept. ^c Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^d Verbraucherpreisindex (2015 = 100). ^e Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ^f In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

Abb. 2.3

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

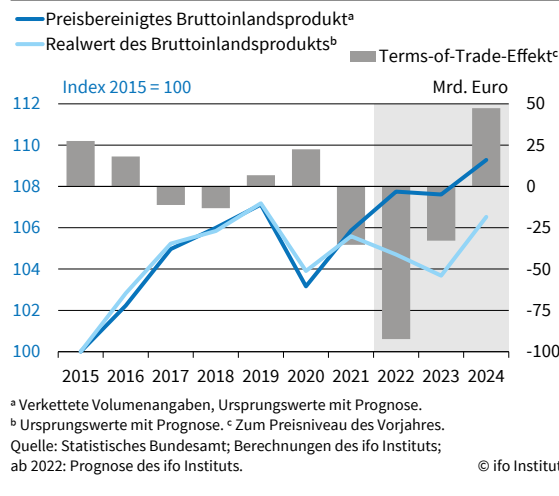


dann wieder bei 1,6%. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Herbst 2022 wurden damit die Wachstumsraten für das laufende und das kommende Jahr um 0,1 bzw. 0,2 Prozentpunkte angehoben und für das Jahr 2024 um 0,2 Prozentpunkte gesenkt (vgl. Tab. 2.2 sowie Box »Zur Revision der ifo Konjunkturprognose für das Jahr 2022«).

Das wahre Ausmaß der derzeitigen Krise lässt sich allerdings nicht am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt ablesen, sondern am Realwert des Bruttoinlandsprodukts, der sowohl im laufenden als auch

Abb. 2.4

Realwert des Bruttoinlandsprodukts und Terms of Trade



im kommenden Jahr um 0,8% bzw. 1,0% sinkt. Die Differenz zur Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts misst die sogenannten Terms-of-Trade-Verluste, die sich in den Jahren 2022 und 2023 auf etwa 125 Mrd. Euro oder 3,5% des Bruttoinlandsprodukts addieren (vgl. Abb. 2.4). Sie beziffern den Teil des gesamtwirtschaftlichen Einkommens in Deutschland, der zur Begleichung der stark gestiegenen Importrechnung an das Ausland zu bezahlen ist und damit die verfügbare inländische Kaufkraft schmälert (vgl. Nierhaus und Wollmershäuser 2022).

ZUR REVISION DER IFO KONJUNKTURPROGNOSE FÜR DAS JAHR 2022

In der ifo Konjunkturprognose vom Winter 2021 hatte das ifo Institut für das Jahr 2022 mit einer jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,7% gerechnet (vgl. Wollmershäuser et al. 2021b). Es wurde davon ausgegangen, dass es in den Wintermonaten zu keinen flächendeckenden und langanhaltenden Schließungen von kontaktintensiven Wirtschaftsbereichen aufgrund der Corona-Pandemie kommt. Gleichwohl wurde ein dynamisches Infektionsgeschehen angenommen, das die Konsumkonjunktur im ersten Quartal 2022 infolge freiwilliger Kontakteinschränkungen belastet. Zudem wurden die anhaltenden Lieferengpässe als Bremse für die deutsche Wirtschaft angesehen. Mit Abebben der Coronawelle und den sich allmählich ab dem Frühjahr auflösenden Lieferschwierigkeiten sollte eine kräftige Erholung einsetzen.

Die konjunkturelle Einschätzung änderte sich jedoch grundlegend mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine. Zwei sehr unterschiedliche konjunkturelle Triebkräfte prägten in der Folge die Konjunktur

in Deutschland. Volle Auftragsbücher bei den Industrieunternehmen und eine allmähliche Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivität nach der Corona-Pandemie sollten der deutschen Wirtschaft eigentlich einen kräftigen Schub geben, doch die gestiegenen Rohstoffpreise, die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland, die zunehmenden Lieferengpässe und die allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit in Folge des russisch-ukrainischen Krieges dämpften die Konjunktur (vgl. Wollmershäuser et al. 2022a). Um diesen Unsicherheiten Rechnung zu tragen, wurden in der ifo Konjunkturprognose vom Frühjahr 2022 zwei Szenarien in Betracht gezogen. Das Basisszenario ging von einer nur vorübergehenden Zunahme der Rohstoffpreise, Lieferengpässe und Unsicherheit aus, während im Alternativszenario von einer verschärfenden Situation bis zur Jahresmitte und einer darauffolgenden Entspannung ausgegangen wurde. Auf Basis der bis März zur Verfügung stehenden Indikatoren wurde daher die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des BIP im Basisszenario um 0,6 Prozentpunkte auf 3,1%

und im Alternativszenario um 1,5 Prozentpunkte auf 2,2% abgesenkt.

Die Entwicklung bis zum Sommer 2022 lag am ehesten in der Mitte beider Szenarien. Aus diesem Grund korrigierte das ifo Institut seine Prognose für das jahresdurchschnittliche preisbereinigte BIP 2022 im Sommer erneut um 0,6 Prozentpunkte (auf 2,5%) gegenüber dem Basisszenario nach unten – zum Alternativszenario hingegen war es eine Korrektur um +0,3 Prozentpunkte. Maßgeblich für die Anpassung war die schwächere Entwicklung der Exporte. Dies ist zum einen auf die Revision der amtlichen Statistik zurückzuführen und zum anderen auf die – aufgrund einer sich eintrübenden weltwirtschaftlichen Entwicklung – zeitliche Verschiebung der hohen Exportverlaufsrate nach hinten. Von Seiten der inländischen Nachfrage hatte sich in Summe keine Prognosekorrektur auf das BIP durchgeschlagen. In der Jahresbetrachtung wurden die Bruttoanlageinvestitionen aufgrund von amtlichen Revisionen, realisierten Prognosefehlern und einer Prognosekorrektur im Vergleich zur Frühjahrsprognose zwar weniger dynamisch eingeschätzt, allerdings wurde in der Sommerprognose für das erste Quartal 2022 ein kräftiger Wachstumsbeitrag aus dem Lager erwartet. (vgl. Wollmershäuser et al. 2022b)

Ab Ende Juni kam es aufgrund der Drosselung der Erdgaslieferung aus Russland und der dadurch erhöhten Unsicherheit zu einem sehr starken Anstieg der Erdgaspreise und in Folge auch der Strompreise. Daher wurde in der Herbstprognose die Jahreswachstums-

rate des realen BIP abermals um 0,9 Prozentpunkte auf 1,6% nach unten korrigiert (vgl. Wollmershäuser et al. 2022c). Ausschlaggebend hierfür war die Annahme, dass die stark steigenden Verbraucherpreise – infolge der Energiekrise und der anhaltenden Lieferengpässen – zu einem Rückgang der privaten Konsumausgaben in den folgenden Quartalen führen dürften. Außerdem nahm das ifo Institut an, dass wegen der hohen Finanzierungs- und Baukosten die Bauinvestitionen deutlich zurückgehen und die Staatsausgaben aufgrund der Entlastungspakete zur Stützung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte kräftig steigen werden.

Die neusten amtlichen Daten für das dritte Quartal 2022 wiesen eine etwas höhere Verlaufsrate des BIP auf als in der Herbstprognose erwartet. Ausschlaggebend war die unterschätzte Binnennachfrage, die vor allem auf die unerwartet hohen privaten Konsumausgaben und Ausrüstungsinvestitionen zurückzuführen ist. In der vorliegenden Winterprognose wird unverändert weiterhin von einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2022 ausgegangen. Insgesamt ergibt sich dadurch eine Aufwärtskorrektur von 0,1 Prozentpunkten beim jahresdurchschnittlichen Anstieg des BIP im Jahr 2022. Für das Gesamtjahr 2022 wurde die Inlandsnachfrage überschätzt, was vor allem am deutlich nach unten revidierten Staatskonsum lag. Hingegen wurde der Außenbeitrag deutlich unterschätzt. Ursächlich hierbei war die deutlich negativere Exporterwartung im dritten Quartal 2022.

Tab. 2.3

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2022

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Herbstprognose		ifo Winterprognose		Prognosekorrektur für 2022	
	Prognosewerte für 2022		Prognosewerte für 2022		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (1)	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^a (2)	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (3)	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^a (4)	Spalte (3) abzüglich Spalte (1) (5)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2) (6)
Inlandsnachfrage	3,3	3,1	3,0	2,9	- 0,3	- 0,3^b
Privater Konsum	4,0	2,0	4,6	2,3	0,6	0,3
Staatlicher Konsum	4,4	1,0	1,4	0,3	- 3,0	- 0,7
Bauten	- 1,5	- 0,2	- 1,9	- 0,2	- 0,4	0,0
Ausrüstungen	1,7	0,1	3,2	0,2	1,6 ^b	0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	1,7	0,1	2,2	0,1	0,5	0,0
Vorratsveränderungen	-	0,2	-	0,2	-	0,0
Außenbeitrag	-	- 1,5	-	- 1,1	-	0,4
Ausfuhr	1,8	0,8	2,8	1,3	1,0	0,5
Einfuhr	5,6	- 2,3	5,8	- 2,4	0,2	- 0,1
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,6	1,8	1,8	0,1^b	0,1^b

^a Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr.

^b Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

Tab. 2.4

Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2022

	Prognosekorrektur = Summe der Spalten (I) bis (V)	Revision ^a der VGR			Prognosefehler ^b	Prognoseanpassung ^c
		Überhang (I)	1. Quartal 2022 (II)	2. Quartal 2022 (III)	3. Quartal 2022 (IV)	4. Quartal 2022 (V)
Inlandsnachfrage	- 0,3	0,0	- 0,6	0,3	0,2	- 0,1
Privater Konsum	0,6	- 0,2	0,1	0,1	0,6	0,0
Staatlicher Konsum	- 3,0	0,2	- 1,2	- 1,4	- 0,4	- 0,2
Bauten	- 0,4	0,0	0,0	0,1	- 0,6	0,1
Ausrüstungen	1,6	0,0	0,2	0,0	1,1	0,2
Sonstige Anlageinvestitionen	0,5	0,0	0,0	0,0	0,3	0,2
Vorratsveränderungen ^d	0,0	0,1	- 0,4	0,5	0,0	- 0,1
Außenbeitrag^d	0,4	0,0	0,6	- 0,3	0,0	0,1
Ausfuhr	1,0	0,0	0,4	0,1	0,9	- 0,4
Einfuhr	0,2	0,0	- 1,0	0,9	1,1	- 0,7
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0

^a Beitrag der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch das Statistische Bundesamt. ^b Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das dritte Quartal 2022 aus dem Herbstgutachten 2022 und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. ^c Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das vierte Quartal des Jahres 2022. ^d Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

Die konjunkturelle Abschwächung wird auch am Arbeitsmarkt ihre Spuren hinterlassen. Der Beschäftigungsaufbau dürfte in den kommenden Monaten weitestgehend zum Erliegen und im weiteren Prognosezeitraum nur schleppend wieder in Gang kommen. Damit dürfte sich der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen von etwa 554 000 im Jahr 2022 auf 77 000 im Jahr 2023 und 80 000 im Jahr 2024 verlangsamen. Die Arbeitslosigkeit wird im kommenden Jahr voraussichtlich um 84 000 Personen steigen und im Jahr 2024 wieder um 117 000 sinken. In der Folge liegt die Arbeitslosenquote in den Jahren 2023 und 2024 bei 5,5% bzw. 5,3% nach 5,3% im laufenden Jahr. Auch die Kurzarbeit dürfte im Winterhalbjahr vorübergehend wieder ausgeweitet werden.

Die Finanzpolitik ist in diesem und vor allem im kommenden Jahr deutlich expansiv ausgerichtet. Durch die zahlreichen Entlastungspakete wird das Finanzierungsdefizit des Staates von 68 Mrd. Euro bzw. 1,8% des nominalen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr auf 104 Mrd. Euro bzw. 2,6% des Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr deutlich zunehmen. Durch das Auslaufen der Preisbremsen im Jahr 2024 wird die Finanzpolitik dann restriktiv, und das Defizit sinkt auf 50 Mrd. Euro bzw. 1,2% des Bruttoinlandsprodukts.

2.3. PROGNOSEUNSIKERHEIT UND RISIKEN

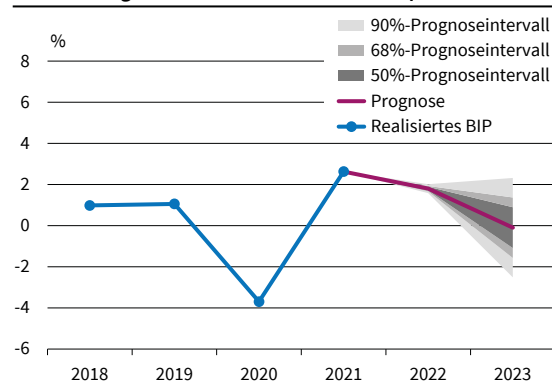
Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die zu prognostizierende Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen (vgl. Abb. 2.5). Zur Berechnung der konkreten Intervalle für die Jahre 2022 und 2023 wurden

die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2021 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne z.B. für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2022 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68%) überdeckt, ±0,1 Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von 1,8% reicht das Intervall also von 1,7% bis 1,9%. Die Punktprognose von 1,8% stellt den mittleren Wert dar (vgl. rote Linie in Abb. 2.5). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass sich das entsprechende Prognoseintervall auf ±1,5 Prozentpunkte weitet. Bei der vorliegenden Punktprognose von -0,1% reicht das 68%-Prognoseintervall dann von -1,6% bis 1,4%.

Insbesondere könnte die Konjunktur deutlich schlechter laufen als hier prognostiziert, wenn sich die Energieknappheit über den Winter hinweg spürbar verschärfen würde. In der vorliegenden Konjunktur-

Abb. 2.5

Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

prognose wurde eine Gasmangellage ausgeschlossen und damit implizit normale Wintertemperaturen, fortgesetztes Energiesparen der privaten Haushalte und der Unternehmen sowie eine Ausweitung des Angebots an Flüssiggas unterstellt. Sollte sich eine dieser Annahmen als falsch herausstellen, könnte es zu einer Rationierung industrieller Gasabnehmer kommen. Damit dürfte die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe mit hoher Wahrscheinlichkeit einbrechen (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2022). Zum Risiko einer Gasmangellage kommen die im internationalen Teil genannten Risiken, die sich aus dem Zusammenspiel von expansiver Fiskalpolitik und restriktiver Geldpolitik sowie erneuten Infektionswellen mit dem Coronavirus ergeben.

2.4. FINANZPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Energiekrise veranlasst den deutschen Staat zu umfangreichen Maßnahmen, die sowohl Haushalte als auch Unternehmen unterstützen sollen. Im Verlaufe des Jahres 2022 verabschiedete die Bundesregierung daher drei Entlastungspakete mit einem gesamten Volumen in Höhe von knapp 135 Mrd. Euro (vgl. Lay und Peichl 2022). Während das erste Entlastungspaket vor allem steuerliche Maßnahmen, wie die Anpassung des Grundfreibetrags, beinhaltete, wurden mit dem zweiten Entlastungspaket direkte Transfers und Einmalzahlungen verabschiedet, die ausgabenseitig wirken. Auf der Einnahmenseite wurde die als Tankrabatt bekannt gewordene temporäre Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe eingeführt. Im dritten Entlastungspaket wurde mit dem Inflationsausgleichsgesetz die umfangreichste steuerliche Entlastung auf den Weg gebracht. Durch die Anpassung des Einkommensteuertarifs und von Freibeträgen entgehen dem Staat im Jahr 2023 und 2024 Einnahmen im mittleren zweistelligen Milliardenbereich. Weitere einnahmensenkende Maßnahmen aus dem dritten Entlastungspaket sind die temporäre Umsatzsteuersenkung auf Gaskäufe, die Verschiebung der CO₂-Preiserhöhung, sowie weitere steuerliche Maßnahmen, die größtenteils im Jahressteuergesetz 2022 zusammengefasst wurden. Darin ist auch der EU-Energiekrisenbeitrag geregelt, der auf Gewinne von fossilen Energieunternehmen erhoben wird und zur Finanzierung der Strompreisbremse beitragen soll.

Die Sozialversicherungen profitieren im Prognosezeitraum von Mehreinnahmen durch die Anhebung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung, für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung, sowie durch die Erhöhung des Beitragssatzes bei der Arbeitslosenversicherung. Einnahmensenkend wirken hingegen der Anstieg der Mini- und Midijobgrenzen. Die Midijobgrenze soll nach der Erhöhung im Oktober 2022 auf 1 600 Euro bereits Anfang 2023 nochmals auf dann 2 000 Euro steigen.

Unter den Ausgaben der Gebietskörperschaften sammeln sich zahlreiche Maßnahmen, die den naht-

losen Übergang von der Corona- zur Energiekrise abbilden. Zum einen wirken verminderte Ausgaben für Coronahilfen und gesundheitsbezogene Ausgaben vor allem im laufenden Jahr restriktiv. Auf der anderen Seite erhöhen die Transfers, Zuschüsse und Einmalzahlungen aus dem zweiten und dritten Entlastungspaket die staatlichen Ausgaben. Weiterhin übernimmt der Staat die Abschlagszahlung für Gas und Fernwärme im Dezember 2022. Darüber hinaus werden bereits dieses Jahr Abflüsse aus dem Sondervermögen Bundeswehr und dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) zum insgesamt expansiven Impuls beitragen. Im Jahr 2023 werden die Ausgaben des Bundes allein durch die Gas- und Strompreisbremsen massiv erhöht, wobei der hier quantifizierte expansive Effekt mit hoher Unsicherheit verbunden ist (vgl. Box »Zu den fiskalischen Kosten der Gas- und Strompreisbremsen« in Abschnitt 2.16. »Preisbremsen belasten öffentliche Haushalte«). Zusätzlich sorgen strukturelle Veränderungen, wie die Einführung des Bürgergeldes oder die Wohngeldreform, für Mehrausgaben im nächsten Jahr. Im Jahr 2024 kommt es bei den Ausgaben der Gebietskörperschaften dann durch das Auslaufen von Gas- und Strompreisbremse zu einem restriktiven Effekt.

Bei den Ausgaben der Sozialversicherungen führen im laufenden Jahr vor allem die Grundrente und das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz zu Mehrausgaben. Dem entgegen wirken restriktive Effekte durch den Rückgang der Kurzarbeit im Vergleich zu den Vorjahren.

Insgesamt ist in diesem Jahr mit einem expansiven Impuls in Höhe von -0,3% des nominalen Bruttoinlandsprodukts zu rechnen (vgl. Tab. 2.5). Letztendlich überwiegen nach der Maßnahmenmethode die zusätzlichen Ausgaben der Entlastungspakete und weiterer Maßnahmen im Zuge der Energiekrise bzw. des Kriegs in der Ukraine die entlastende Wirkung der auslaufenden Corona-Maßnahmen. Im Jahr 2023 wird es im Zuge der Gas- und Strompreisbremsen zu einem deutlichen expansiven Impuls der finanzpolitischen Maßnahmen in Höhe von -1,8% des Bruttoinlandsprodukts kommen. Ohne die Preisbremsen wäre die Finanzpolitik neutral ausgerichtet. Mit dem Auslaufen der Preisbremsen folgt im Jahr 2024 dann die Gegenbewegung, und die Finanzpolitik wird restriktiv ausgerichtet sein (1,2% des BIP).

2.5. GELDPOLITIK VERSUCHT, REKORDINFLATION ZU ZÄHMEN

Die Europäische Zentralbank (EZB) reagierte zuletzt auf die anhaltend hohen Inflationsraten im Euro-Währungsgebiet mit kräftigen Leitzinserhöhungen. Dies geschah vor dem Hintergrund einer im September korrigierten Inflationsprojektion, die nun von einer längeren Phase höherer Inflationsraten ausgeht. Auf die erste Zinserhöhung im Sommer in Höhe von 50 Basispunkten folgten zwei weitere Zinsschritte im

Tab. 2.5

Finanzpolitische Maßnahmen^a

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2022	2023	2024
Einnahmen der Gebietskörperschaften^b			
Inflationsausgleichsgesetz: Tarifverschiebung und Freibeträge	0,0	- 12,0	- 15,0
Anhebung Grundfrei-, Arbeitnehmerpauschbetrag und Pendlerpauschale	- 4,3	- 0,3	0,0
Absenkung der Energiesteuer von Juni bis August 2022	- 3,1	3,1	0,0
Umsatzsteuersenkung auf Gas vom 1.10.2022 bis zum 31.3.2024	- 2,0	- 4,5	5,5
Zweites Familienentlastungsgesetz (inkl. Tarifverschiebung)	- 4,4	- 0,7	0,0
Anhebung der Tabaksteuer	1,8	0,6	0,0
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computerhardware und Software	- 3,8	0,8	2,3
CO ₂ -Bepreisung in Verkehr und Wärme	1,6	0,0	2,0
Alterseinkünftegesetz	- 1,6	- 1,6	- 1,6
Jahressteuergesetz 2022 ^c	0,0	- 3,2	0,2
Temporäre Umsatzsteuersenkung (Corona)	3,3	0,0	0,0
Anhebung Lkw-Maut	0,0	0,7	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen ^d	- 7,2	- 4,2	2,1
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte zum 1. Januar 2022	- 0,3	0,0	0,0
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,3 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	0,0	3,2	0,0
Erhöhung des Beitragszuschlags für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2022	0,4	0,0	0,0
Erhöhung Beitragssatz Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1.1.2023	0,0	2,6	0,0
Erhöhung der Mini- und Midijobgrenzen	- 0,2	- 1,3	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Gaspreisbremse	0,0	- 42,0	33,1
Dezember-Abschlag für Gasrechnung	- 6,0	6,0	0,0
Strompreisbremse inklusive Stabilisierung Übertragungsnetzengelle	0,0	- 28,2	16,2
Corona-Hilfen	39,0	6,7	0,0
Ausgaben für Tests, Schutzausrüstung, Impfungen, Impfböden	5,0	7,0	5,0
Erhöhung Kindergeld	0,0	- 6,3	1,5
Kinderboni (Corona, Energiekrise)	0,0	- 3,6	0,0
Kindersofortzuschlag + Erhöhung Kinderzuschlag	- 0,2	- 0,2	0,0
Einmalzahlung an Transferempfänger	- 0,9	0,9	0,0
Coronabonus für Grundsicherungsempfänger 2021	0,9	0,0	0,0
Heizkostenzuschüsse	- 1,1	1,1	0,0
Wohngeldreform	0,0	- 3,0	0,3
9-Euro-Ticket und Folgeregelung	- 2,5	- 0,5	- 0,5
Einführung Bürgergeld	0,0	- 4,8	- 0,3
Energiepreispauschale (Nettoeffekt)	- 10,0	10,0	0,0
Einmalzahlung an Rentner (Nettoeffekt)	- 6,0	7,0	- 1,0
Einmalzahlung an Studierende	- 0,7	0,7	0,0
Zusätzliche Ausgaben des EKf/KTF	- 2,5	- 5,5	- 3,0
Mehrausgaben für Verteidigung/ Aufstockung Bundeswehretat	- 1,0	- 3,0	- 3,0
Zuschuss für Unternehmen mit hohen Zusatzkosten aufgrund gestiegener Erdgas- und Strompreise	- 3,0	- 0,5	3,0
Pflegebonus 2022	- 1,0	1,0	0,0
Soforthilfe und Wiederaufbaufonds »Aufbauhilfe 2021«	- 2,5	0,0	0,0
Aufstockung der Gasreserve	- 5,5	2,5	0,5
Ertüchtigungshilfe/Unterstützungsleistungen Ukraine	- 2,5	1,5	0,0
Erhöhung Eigenkapital Deutsche Bahn	2,6	0,0	0,0
Spitzenausgleich bei Strom- und Energiesteuern	0,0	- 1,7	1,7
Förderung Bund Digitalisierung	- 0,5	- 1,0	0,5
Zusätzliche finanzielle Unterstützung für sozialen Wohnungsbau	- 0,5	- 0,5	0,0
Sonstige Maßnahmen ^f	0,1	- 2,1	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Anpassung der Renten Ost	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Grundrente	- 1,8	0,8	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	- 1,3	- 0,8	- 0,3
Einmalzahlung an ALG I-Empfänger	- 0,1	0,1	0,0
Leistungsausweitung Kurzarbeit	8,0	1,2	0,1
Wiedereinführung Nachholfaktor	1,2	0,0	0,0
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	0,0	1,9	0,3
Insgesamt	- 13,2	- 72,7	49,1
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	- 0,3	- 1,8	1,2

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen. ^b Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. ^c U.a. Entfristung Homeoffice-Pauschale, vollständiger steuerlicher Abzug Altersvorsorgeaufwendungen, Sparerpauschbetrag, EU-Energiekrisenbeitrag. ^d Fondsstandortgesetz, Erstes Familienentlastungsgesetz, Erhöhung der Behindertenpauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen, Teilabschaffung Solidaritätszuschlag, Viertes Corona Steuerhilfegesetz, steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung, Anhebung Luftverkehrsabgabe, degressive Afa, Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung, zusätzliche steuerliche Maßnahmen (Beschluss des Klimakabinetts). ^e Ohne Berücksichtigung des Übergangs in den Rechtskreis SGB II/XII von Geflüchteten aus der Ukraine. ^f Strukturstärkungsgesetz Kohlereionen, Senkung Trassenpreise im Fernverkehr, Arbeit-von-Morgen Gesetz, Förderung Kita und Ganztagesbetreuung Bund, Teilhabechancengesetz, Änderungen beim BAföG.

September und Oktober von jeweils 75 Basispunkten. Somit liegt der Einlagesatz Ende November bei 1,5%, der Hauptrefinanzierungssatz bei 2,0% und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 2,25%. Jedoch deutete die Zentralbank zuletzt an, das hohe Tempo der Zinsstraffung etwas abzuschwächen, da mit einer konjunkturellen Abkühlung gerechnet wird.

Zudem beschloss der EZB-Rat im Oktober, die Bedingungen für die dritte Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) zu ändern. Der Zinssatz für diese Geschäfte, bei denen sich Banken bisher besonders günstige Refinanzierungsbedingungen sichern konnten, wird seit Ende November an den Durchschnitt der EZB-Leitzinsen indexiert. Damit bringt die EZB dieses Instrument in Einklang mit dem allgemeinen geldpolitischen Kurs, und die Finanzierungskosten der Banken dürften deutlich steigen. Weitgehend unberührt vom geldpolitischen Wechsel bleiben hingegen bisher die Anleihebestände der Zentralbank, da die fälligen Tilgungsbeträge der im Rahmen der Ankaufprogramme erworbenen Wertpapiere weiter reinvestiert werden.

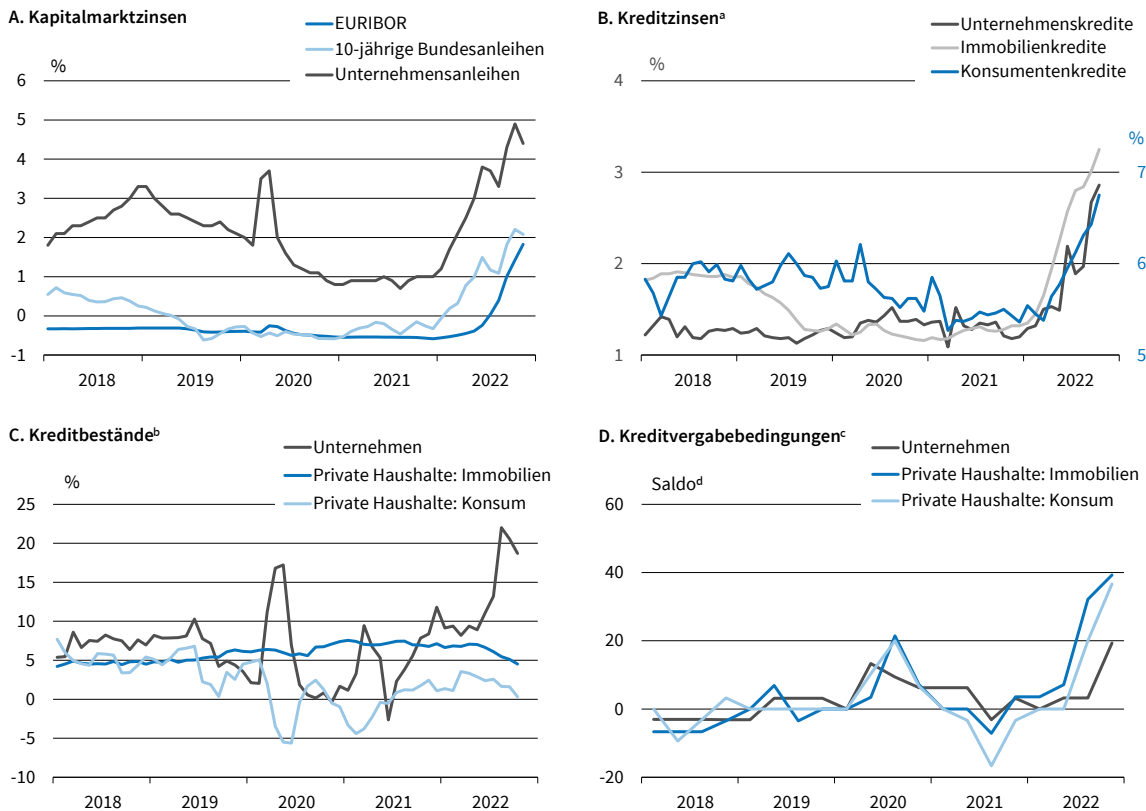
Im Einklang mit der geldpolitischen Straffung haben die Zinsen an den Kredit- und Kapitalmärkten deutlich reagiert. So stiegen die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen seit Jahresanfang um rund 200 Basispunkte und lagen Ende Novem-

ber bei rund 2% (vgl. Abb. 2.6 A). Noch stärker erhöhten sich sogar die Umlaufrenditen deutscher Unternehmensanleihen, die im Oktober mit durchschnittlich 4,9% den höchsten Wert seit 2009 erreichten, seitdem aber wieder leicht gefallen sind. Die Kreditmärkte spiegeln die Entwicklung an den Kapitalmärkten mit etwas Verzögerung wider. Die Zinsen für Unternehmenskredite sind bis Oktober auf 2,9% gestiegen, während sich die Immobilienkreditzinsen auf 3,3% erhöht haben (vgl. Abb. 2.6 B). Dies entspricht Anstiegen von rund 160 bzw. 190 Basispunkten im Vergleich zum Jahresanfang.

Trotz der steigenden Zinsen expandierte die Kreditvergabe an die Unternehmen zuletzt außerordentlich kräftig (vgl. Abb. 2.6 C). Dazu beigetragen haben unter anderem die staatlichen Hilfskredite an Unternehmen. In der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) berichteten die teilnehmenden Banken von einer weiterhin stabilen Kreditnachfrage von Seiten der Unternehmen aufgrund eines erhöhten Finanzierungsbedarfs für Lagerhaltung und Betriebsmittel. Außerdem dürften viele Unternehmen momentan die vergleichsweise teurer gewordene Kapitalmarktfinanzierung durch Bankkredite substituieren.

Im Gegensatz dazu ging die Nachfrage für Immobilienkredite gemäß Bankenumfrage deutlich zurück, wobei die steigenden Zinsen eine wesentliche

Abb. 2.6
Zur monetären Lage in Deutschland



^a Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte.
^b Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt). ^c Kreditvergabebedingungen in den vergangenen drei Monaten (Bank Lending Survey).
^d Saldo der Einschätzungen »verschärft« minus »gelockert« in %.

Quelle: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts.

Rolle spielen dürften. Nach vielen Jahren der Expansion schwächte sich das Kreditwachstum in diesem Segment zuletzt deutlich ab und dürfte in den kommenden Monaten stagnieren oder sogar fallen. Dafür spricht auch, dass die Banken bei der Kreditvergabe deutlich restriktiver geworden sind und zunehmend höhere Risiken aufgrund eines sich abkühlenden Immobilienmarktes sehen (vgl. Abb. 2.6 D).

Insgesamt betrachtet ist das Finanzierungsumfeld im Vergleich zu den Vorjahren restriktiver geworden, aber immer noch auf einem relativ günstigen Niveau. So stiegen die erwarteten Realzinsen von zehnjährigen Bundesanleihen² seit Jahresbeginn deutlich (um rund 150 Basispunkte), liegen aber mit -0,5% immer noch im negativen Bereich. Angesichts dessen wird die EZB in den nächsten Monaten ihren Zinserhöhungszyklus fortsetzen. Die Zinsschritte dürften jedoch etwas schwächer ausfallen als zuletzt. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte wird bis Mitte 2023 voraussichtlich auf 4,0% steigen. Im Einklang mit der sich abschwächenden Inflationsrate dürften dann die Leitzinsen im Jahr 2024 wieder leicht um rund 50 Basispunkte fallen und sich damit in Richtung des neutralen Niveaus bewegen. Die Kredit- und Kapitalmarktzinsen werden diese Entwicklungen nachvollziehen. So dürften die Rendite auf zehnjährige Bundesanleihen bis Mitte nächsten Jahres auf rund 3,5% steigen.

2.6. WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die vorliegende Prognose basiert auf der Annahme, dass der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent allmählich von durchschnittlich 99,1 US-Dollar in diesem Jahr auf 85,5 US-Dollar im nächsten und 80,7 US-Dollar im übernächsten Jahr sinkt (vgl. Tab. 2.6). Auch Erdgas verbilligt sich von 134,4 Euro pro MWh im Durchschnitt dieses Jahres auf 129,3 Euro im Jahr 2023 und 103,2 Euro im Jahr 2024. Außerdem wird angenommen, dass der Euro im laufenden Jahr durchschnittlich 1,06 US-Dollar und in den kommenden zwei Jahren 1,04 US-Dollar kostet.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbrau-

² Die erwarteten realen Zinssätze ergeben sich aus den Nominalrenditen zehnjähriger Staatsanleihen abzüglich der für die gleiche Laufzeit erhobenen Inflationserwartungen aus Analystenumfragen (Consensus Economics).

Tab. 2.6

Annahmen der Prognose Jahresdurchschnitte

	2022	2023	2024
Erdgas Euro/MWh (ICE Natural Gas Germany)	134,4	129,3	103,2
Ölpreis US-Dollar/Barrel (Brent)	99,1	85,5	80,7
Welthandel ^a	3,9	-0,5	4,0
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,06	1,04	1,04
Hauptrefinanzierungssatz der EZB	0,81	3,88	3,63

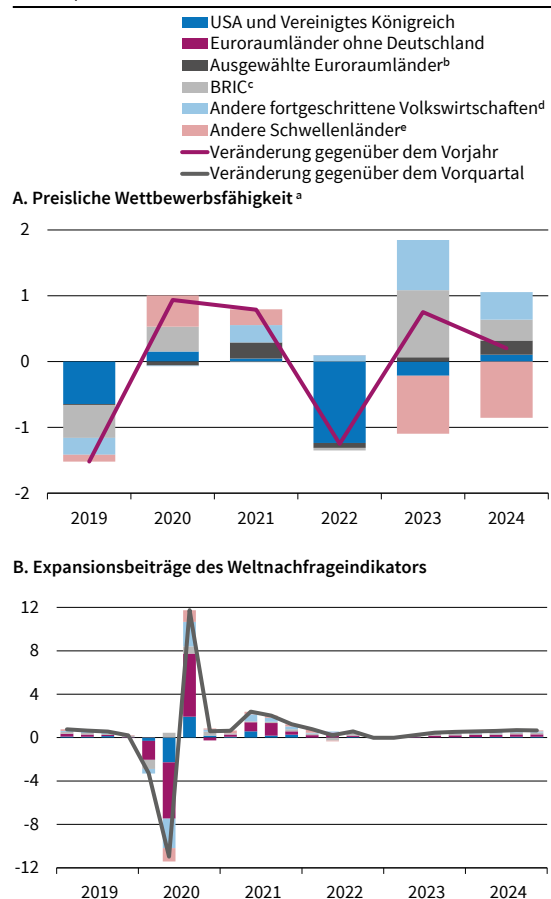
^a Preisbereinigt; Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Annahmen des ifo Instituts.

cherpreisindizes wird sich in diesem Jahr um 1,3% verbessern (vgl. Abb. 2.7 A). Der dominante Faktor hinter der Verbesserung ist die deutliche Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um knapp 10% zwischen Januar und November 2022. Im nächsten Jahr dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit um 0,8% verschlechtern. Zwar wird die deutsche Wirtschaft gegenüber der Türkei kräftig an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, denn der Preisdruck in Deutschland dürfte

Abb. 2.7

Exportindikatoren
Prozentpunkte bzw. %



^a Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

^b Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien.

^c Brasilien, Russland, Indien und China.

^d Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.

^e Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfonds; OECD;

Berechnungen des ifo Instituts;

2022, 2023 und 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

merklich niedriger ausfallen als in der Türkei. Aber gleichzeitig werden deutsche Exporteure die jüngsten Aufwertungen des Euro gegenüber dem Yen und dem Renminbi zu spüren bekommen. Unter der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse dürfte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2024 weitgehend unverändert bleiben.

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, belasten adverse Angebotschocks aktuell die Weltkonjunktur. Entsprechend stagniert der ifo Weltnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Expansionsraten der wichtigsten deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Exporte zusammenfasst, im laufenden Winterhalbjahr (vgl. Abb. 2.7 B). Im weiteren Prognosezeitraum kehrt der Indikator zur Expansion zurück, die sich mit dem Nachlassen des weltweiten Preisauftriebs allmählich beschleunigt.

2.7. INFLATION TROTZ ENERGIEPREISBREMSEN WEITER HOCH

Der Anstieg der Verbraucherpreise erreichte zuletzt Rekordraten von über 10%. Neben Energie (+38,4% im November) und Nahrungsmitteln (+21,0%) verteuerten sich auch die sonstigen Waren (+7,6%) spürbar

im Vergleich zum Vorjahr. Somit gewinnt die Inflation immer mehr an Breite. Zwar gibt es Anzeichen, dass der Inflationsdruck auf den vorgelagerten Produktionsstufen langsam abnimmt (siehe Box »Zur Entwicklung der Erzeugerpreise im Verarbeitenden Gewerbe«), nicht zuletzt aufgrund sinkender Weltmarktpreise für Öl und andere Rohstoffe. Dennoch wird es wohl noch eine ganze Weile dauern, bis sich der Preisdruck auf der Verbraucherstufe signifikant abbauen wird.

In den bisherigen Inflationsprognosen wurde davon ausgegangen, dass der Höhepunkt der Inflationsrate erst zu Beginn des kommenden Jahres erreicht werden würde. Zum 1. Januar 2023 kündigten viele Energieversorger an, die Tarifpreise deutlich anzuheben, da sie in den letzten zwölf Monaten erheblich mehr für die Energiebeschaffung auf den Terminmärkten bezahlen mussten. Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Deckelung der Energiepreise dürften allerdings ab Dezember diesem starken Anstieg der Gas-, Strom- und Fernwärmekosten entgegenwirken. Bereits die einmalige Übernahme der Abschlagszahlung für Gas und Wärme wird die Inflationsrate im Dezember deutlich sinken lassen. Ab Januar werden dann die Preisbremsen die ursprünglich erwartete Teuerung bei Energie weitgehend dämpfen. Die Implementierung der Maßnahmen dürften

ZUR ENTWICKLUNG DER ERZEUGERPREISE IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Ein Teil der kräftigen Anstiege bei Erzeuger- und Verbraucherpreisen kann auf die hohen Kosten der Unternehmen bei der Beschaffung von Energie, Rohstoffen und Vormaterialien, die größtenteils aus dem Ausland bezogen werden, zurückgeführt werden. So lagen im 3. Quartal 2022 die Preise importierter Waren um 30% höher als ein Jahr zuvor. Haupttreiber waren dabei Energieeinfuhren, deren Preise um über 140% zulegten, gefolgt von Vorprodukten mit einem Plus von 17%. Im Verlauf der vergangenen Monate zeichnete sich eine gewisse Entspannung ab. So scheinen die Preise für importierte Vorprodukte und Energie bereits ihre Hochpunkte hinter sich gelassen zu haben.

Auf Ebene der industriellen Erzeugerstufe, die dem Endverbrauch vorgelagert ist, ist die Kostenweitergabe in vielen Bereichen schon weit vorangeschritten. Im Rahmen der ifo Konjunkturumfrage vom Oktober 2022 gaben die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes an, bereits gut 50% der Kosten für Energie, Rohstoffe und Vormaterialien an ihre Kunden weitergegeben zu haben (vgl. Gödl-Hanisch und Menkhoff 2022). In den kommenden sechs Monaten rechneten sie damit, den Grad der Kostenweitergabe um weitere 18 Prozentpunkte auf knapp 68% erhöhen zu wollen.¹

Die Umfrageergebnisse deuteten auch darauf hin, dass es zwischen den Industriezweigen sehr große

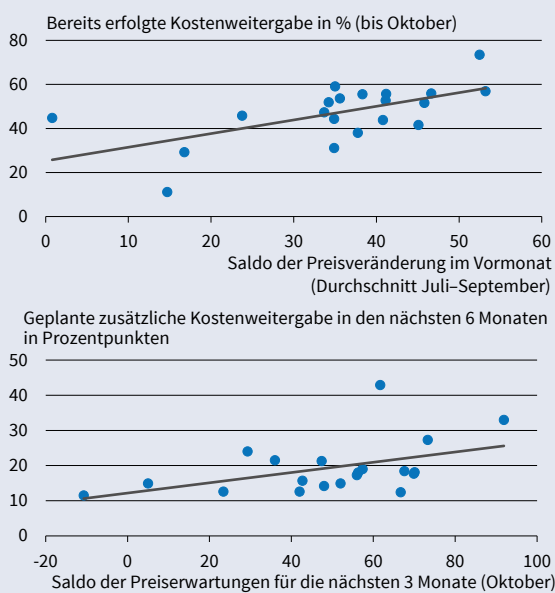
Unterschiede im Umfang und der Geschwindigkeit der Kostenweitergabe gibt (vgl. Abb. 2.8). So gaben industrielle Großabnehmer von Gas und Strom, wie z.B. die Hersteller von chemischen Erzeugnissen, die gestiegenen Energiepreise recht zügig an ihre Kunden in Form von Preisanstiegen weiter. Da die Großhandelspreise für Energie ihren Hochpunkt bereits überschritten haben und damit zumindest dieser Teil der Produktionskosten nicht weiter steigt, gehen die ifo Preiserwartungen vor allem dort zurück, wo die Kosten bereits zu großen Teilen überwältigt worden sind (vgl. Abb. 2.9). Im Gegensatz dazu sind in Industriezweigen, in denen ein Großteil der Kosten noch weitergegeben werden soll, wie z.B. den Bekleidungsherstellern, auch die Preiserwartung überdurchschnittlich hoch. Für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt zeichnet sich bereits eine Verlangsamung des Anstiegs der Erzeugerpreise in den vergangenen Monaten ab. Den ifo Preiserwartungen zufolge dürfte sich diese Verlangsamung fortsetzen, wengleich ein Rückgang der Erzeugerpreise noch nicht in Sicht ist.²

¹ Gegen eine schnellere bzw. vollständige Weitergabe sprachen aus Sicht der Unternehmen vor allem der Wettbewerbsdruck, langfristige Vertragsbindungen sowie eine schwache Nachfrage und Zahlungsbereitschaft der Kunden.

² Die ifo Preiserwartungen sind ein zuverlässiger Frühindikator zur Prognose der sektorspezifischen Preisentwicklung (vgl. Lehmann und Wollmershäuser 2017).

Abb. 2.8

Kostenweitergabe und Preisanpassungen im Verarbeitenden Gewerbe

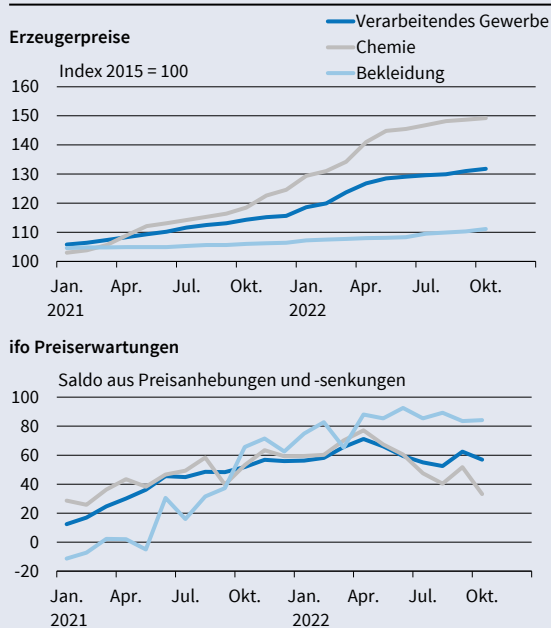


Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Abb. 2.9

Preisentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

ZU DEN AUSWIRKUNGEN DER GAS- UND STROMPREISBREMSE AUF DIE INFLATIONSRATE

Die von der Bundesregierung beschlossenen Energiepreisbremsen sowie die Übernahme des Gasabschlags im Dezember dürften im Prognosezeitraum einen wesentlichen Einfluss auf die Inflationsentwicklung haben. Unter der Annahme, dass die verabschiedeten Maßnahmen preiswirksam werden, wird im Folgenden deren Effekt auf die Inflationsprognose dargestellt. Gemäß Beschluss der Bundesregierung übernimmt der Staat einmalig die Abschlagszahlung für Gas und Wärme im Dezember 2022. Zudem soll im Zeitraum zwischen Januar 2023 und April 2024 der Gaspreis für Verbraucher auf 12 Cent/kWh und der Strompreis auf 40 Cent/kWh begrenzt werden. Für ein Kontingent von 80% des Vorjahresverbrauchs übernimmt der Staat die Differenz zwischen Marktpreis und gedeckeltem Preis. Für den restlichen Verbrauch von 20% müssen die Haushalte den Marktpreis gemäß ihrem Vertrag bezahlen.

Im ersten Schritt der Analyse wird ein Verlauf für die Gas- und Stromkomponente des Verbraucherpreisindex unter der Annahme hergeleitet, dass keine Energiepreisbremse umgesetzt wird (»kontrafaktisches Szenario«). Dies spiegelt die tatsächlichen Marktpreise wider, die die Haushalte ohne die beschlossenen Maßnahmen bezahlen müssten. Dazu werden die Verbraucherpreise für Strom und Gas auf Basis von Großhandelspreisen prognostiziert, die die Beschaffungskosten der Versorger reflektieren. Da sich die Versorger über Terminmärkte vorab Einkaufspreise sichern, werden

die gestiegenen Großhandelspreise erst mit einiger Verzögerung an die Verbraucher weitergegeben.¹ Neben den Beschaffungskosten sind jedoch auch andere Preisbestandteile relevant, wie etwa Netzentgelte, Steuern, Vertriebskosten und Gewinne. Tabelle 2.7 stellt die in der Prognose unterstellten Beschaffungspreise der Versorger sowie die daraus resultierenden Bruttopreise für Strom- und Gaskunden dar. Die Bruttopreise für Gas und Strom werden dann in die jeweilige Komponente des Verbraucherpreisindex übersetzt.

Auf Basis der Marktpreisannahme wird im zweiten Schritt der Effekt der Preisbremsen auf die Inflationsrate in den Jahren 2023 und 2024 abgeschätzt. Dabei wird unterstellt, dass sich die Verbraucherpreise für Gas und Strom zu 20% aus den tatsächlichen Marktpreisen und zu 80% aus den gedeckelten Preisen zusammensetzen.² Zudem wird angenommen, dass die

¹ Energieversorger beginnen üblicherweise mindestens zwölf Monate im Voraus damit, Liefermengen auf den Terminmärkten zu beschaffen, während nur kleinere Mengen kurzfristig auf dem Spotmarkt eingekauft werden. Daher spiegeln die Vertragspreise der Verbraucher in einem gegebenen Jahr zu einem großen Teil die Terminmarktpreise des Vorjahrs wider. Dieser Umstand sorgt dafür, dass die Vertragspreise für Gas und Strom trotz annahmegemäß sinkender Spotmarktpreise (vgl. Tab. 2.6) im nächsten Jahr weiter steigen werden. Erst im Jahr 2024 dürften sich die in den Terminmärkten sichtbaren Preisrückgänge in den Verbraucherpreisen niederschlagen.

² Etwaige Gas- und Stromeinsparungen seitens der privaten Haushalte spielen beim Verbraucherpreisindex keine Rolle, da die Gewichte der Bestandteile des Warenkorbes fixiert sind und das Ausgabeverhalten der Haushalte aus dem Jahr 2015 widerspiegeln.

Tab. 2.7

Annahmen zur Entwicklung des Gas- und Strompreises ohne Energiepreisbremse

	Gaspreis (ct/kWh) ^a				Gaspreis (ct/kWh) ^a			
	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Beschaffungskosten (inkl. Vertrieb)	3,3	11,3	18,0	10,0	7,9	17,2	35,0	25,0
Bruttopreis (inkl. Mehrwertsteuer)	7,1	16,2	22,2	15,2	32,2	38,2	56,7	44,8

^aErdgaspreis für Haushalte (Einfamilienhaus) in ct/kWh. ^bDurchschnittlicher Strompreis für einen Haushalt in ct/kWh (Jahresverbrauch 3 500 kWh).

Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

Übernahme der Abschlagszahlung die Gaskomponente des Verbraucherpreisindex im Dezember 2022 auf einen Indexwert von 0 sinken lässt. Auf Basis dieser Annahmen dürfte die Gaskomponente im Jahr 2022 um 41% im Vergleich zum Vorjahr steigen (statt um 52% ohne politische Maßnahmen), während im nächsten Jahr ein Anstieg von 31% (statt um 67%) zu erwarten ist. Die Verbraucherpreise für Strom dürften nach 20% in diesem Jahr um rund 11% (statt um 37%) im nächsten Jahr steigen. Demnach dürften die politischen Maßnahmen die Inflationsrate insgesamt in diesem Jahr um rund 0,3 Prozentpunkte und im nächsten Jahr um rund 1,7 Prozentpunkte sinken lassen.

Nach dem Auslaufen der Preisbremsen Ende April 2024 werden die Verbraucherpreise für Gas und Strom wohl wieder steigen. Zwar deuten die Terminmärkte für das Jahr 2024 auf sinkende Beschaffungspreise hin, doch bewegen sich diese immer noch oberhalb der gedeckelten Preise von 12 Cent/KWh für Gas bzw.

40 Cent/KWh für Strom. Zudem wird die vorübergehende Umsatzsteuersenkung auf Gaslieferungen Ende März 2024 auslaufen, wodurch der Gaspreis dann wieder mit 19% statt mit 7% versteuert wird. Die getroffenen Annahmen für die Beschaffungspreise im Jahr 2024 sind jedoch mit einer hohen Unsicherheit verbunden, da die Energiepreise im Wesentlichen von den Entwicklungen an den Terminmärkten im nächsten Jahr beeinflusst werden.

Die hier berücksichtigten mechanischen Effekte der Strom- und Gaspreisbremse dürften die Auswirkung auf die Inflationsrate nicht vollständig darstellen. Zum einen könnte die durch die Maßnahmen freigesetzte Kaufkraft zu höherer Nachfrage von Seiten der Konsumenten und damit zu steigenden Preisen bei anderen Komponenten des Verbraucherpreisindex führen. Zum anderen könnte die Deckelung den Einfluss der gestiegenen Energiepreise auf die Kosten anderer Güter abschwächen.

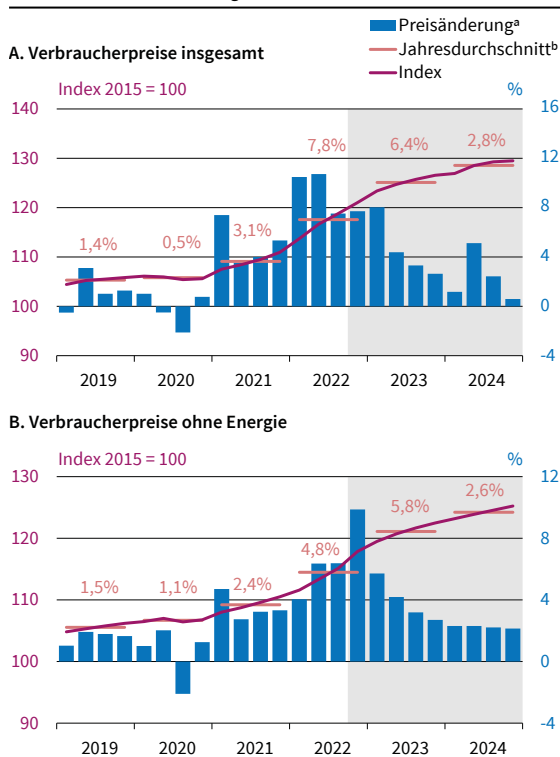
für sich genommen die Inflationsrate in diesem Jahr um 0,3 Prozentpunkte und im nächsten Jahr um 1,7 Prozentpunkte reduzieren (vgl. Box »Zu den Auswirkungen der Gas- und Strompreisbremse auf die Inflationsrate«). Nach Auslaufen der Energiepreisbremsen Ende April 2024 dürften die Preise für Gas und Strom aufgrund der weiterhin hohen Großhandelspreise wieder leicht steigen.

Auch wenn die Energiepreise durch die Preisbremsen weniger stark steigen werden, dürfte die Inflation im nächsten Jahr weiterhin hoch bleiben. Allen voran die Preise für Nahrungsmittel und sonstige Waren werden voraussichtlich weiter kräftig expandieren und dadurch die Kernrate, die den Anstieg der Verbraucherpreise für Waren und Dienstleistungen ohne Energie misst, hochhalten. Dies dürfte nicht zuletzt auch daran liegen, dass die staatlichen Entlastungspakete die Kaufkraft der privaten Haushalte in der Breite und damit die Nachfrage der Verbraucher stützen. Unternehmen nutzen diese Nachfrage, um ihre Verkaufspreise über die angebotsseitigen Kostensteigerungen hinaus zu erhöhen und damit ihre Gewinne auszuweiten. Jedenfalls legen diesen Zusammenhang die bereits kräftigen Anstiege der Wertschöpfungsdeflatoren im vergangenen Halbjahr nahe (vgl. Box »Zu den heimischen Determinanten der Inflation«). Darüber hinaus wird im Prognosezeitraum auch die Lohnentwicklung und deren Einfluss auf die Preissetzung der Unternehmen in den Fokus rücken. Auch wenn eine

Abb. 2.10

Verbraucherpreisentwicklung

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^aVeränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet in %.

^bZahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;

ab 4. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

ZU DEN HEIMISCHEN DETERMINANTEN DER INFLATION

Die gestiegenen Beschaffungspreise für Energie, Rohstoffe und Vormaterialien sind nicht der alleinige Grund für die gestiegene Inflation. Vielmehr scheinen einige Unternehmen mit der Erhöhung ihrer Absatzpreise auch ihre Gewinnsituation zu verbessern. Dies legen jedenfalls die kräftigen Anstiege der Wertschöpfungsdeflatoren in einigen Wirtschaftsbereichen nahe (vgl. Ragnitz 2022). Die Leistung eines Wirtschaftsbereichs wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) anhand seiner Bruttowertschöpfung gemessen, die als Gesamtwert der Produktion (vereinfacht also: der Verkaufserlös) abzüglich der bezogenen Vorleistungen bzw. Handelswaren definiert ist. Wenn die Wettbewerbssituation es zulässt, werden Unternehmen Preiserhöhungen bei Vorleistungsgütern bzw. Handelswaren in die Absatzpreise ihrer Endprodukte überwälzen. Unter der Annahme einer konstanten nominalen Vorleistungsquote entspricht somit der Preisanstieg für die Endabnehmer (gemessen anhand der Erzeuger- oder Verbraucherpreise) der gewichteten Summe des Preisanstiegs bei den Vorleistungsgütern bzw. Handelswaren und des Preisanstiegs der Bruttowertschöpfung.

Im dritten Quartal lag der Deflator der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche um 5,1% über

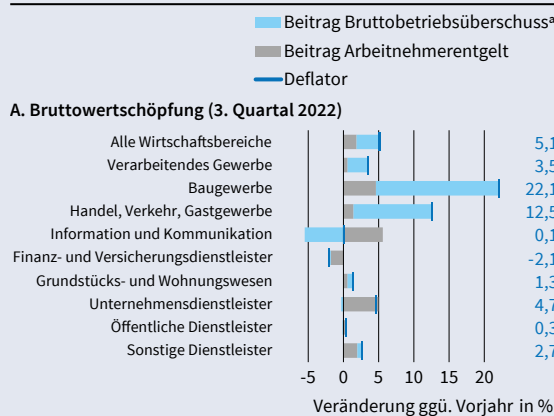
seinem Vorjahreswert und damit deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 1,2% (2000 bis 2019). Insbesondere im Baugewerbe stieg er mit 22,1% sehr kräftig, aber auch im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe lag der Deflator mit 12,5% spürbar höher als noch ein Jahr zuvor (vgl. Abb. 2.11). Damit haben neben den kräftig gestiegenen Kosten für die Vorprodukte bzw. Handelswaren auch eine Verteuerung der heimischen Wertschöpfung zur Inflation beigetragen.

Verteilungsseitig setzt sich die Bruttowertschöpfung primär aus den Arbeits- und den Gewinneinkommen zusammen. Deshalb misst der Deflator der Bruttowertschöpfung vor allem die heimische Komponente des Anstiegs der Erzeuger- und Verbraucherpreise, die durch Lohn- bzw. Gewinnsteigerungen zu den Kosten der vorwiegend importierten Vorleistungen bzw. Handelswaren hinzugerechnet werden müssen. In der amtlichen Statistik wird zur Messung der Unternehmensgewinne häufig die Größe »Nettobetriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen« herangezogen. Für alle Wirtschaftsbereiche zusammengenommen ist der Nettobetriebsüberschuss im dritten Quartal 2022 lediglich um 1,8% höher als im Vorjahr. Gleichzeitig aber sind die Abschreibungen um gut 12% gestiegen. Da die Abschreibungen in den VGR anders als im betrieblichen Rechnungswesen zu Wiederschaffungspreisen ausgewiesen und somit um die laufenden Preissteigerungen bei Investitionsgütern korrigiert werden (vgl. Gühler und Schmalwasser 2020), dürften die tatsächlichen Gewinnsteigerungen der Unternehmen weitaus höher sein als in den VGR dargestellt.¹ Abweichend von der amtlichen Statistik wird deshalb der Nettobetriebsüberschuss als Maß für die Unternehmensgewinne betrachtet. Er setzt sich zusammen aus dem Nettobetriebsüberschuss bzw. dem Selbstständigeneinkommen zuzüglich der Abschreibungen (sowie der Nettoproduktionsabgaben).² Der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Nettobetriebsüberschusses im Vergleich zum Vorjahr lag im dritten Quartal 2022 bei 5,1%.³

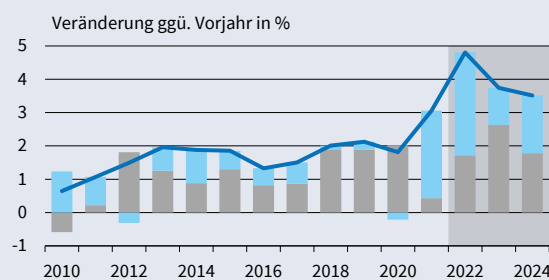
Da für die einzelnen Wirtschaftsbereiche in der vierteljährlichen Statistik nur die Veränderung der Arbeitnehmerentgelte bekannt ist, lässt sich indirekt ermitteln, inwieweit die Unternehmen zusätzlich ihre Gewinne erhöht haben. Vor allem im Baugewerbe, im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe sowie im

Abb. 2.11

Deflatoren



B. Bruttoinlandsprodukt^b



^a Nettobetriebsüberschuss bzw. Selbstständigeneinkommen zzgl. Abschreibungen abzgl. Nettoproduktionsabgaben.

^b Ab 2022: Prognose des Ifo Instituts.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Ifo Instituts.

¹ Die handelsrechtliche Rechnungslegung erlaubt Abschreibungen nur von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

² Die Nettoproduktionsabgaben entsprechen dem Saldo aus geleisteten sonstigen Produktionsabgaben und empfangenen sonstigen Subventionen. Diese machten zuletzt aber nur -0,3% der Bruttowertschöpfung aus und sind in der Regel für die Bestimmung der Bruttowertschöpfung vernachlässigbar.

³ Gewinnmindernd aus Unternehmenssicht wirkten sich zudem der Rückgang der Subventionszahlungen aus, was durch das Auslaufen der im Jahr 2021 gewährten Corona-Hilfen erklärt werden kann. Ohne die Subventionen gerechnet ist der Nettobetriebsüberschuss sogar um 7,1% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Verarbeitenden Gewerbe kann der Anstieg der Deflatoren der Bruttowertschöpfung nur durch eine kräftige Ausweitung des Bruttobetriebsüberschusses erklärt werden (vgl. Abb. 2.11 A). Damit ist die hohe Inflation bei Erzeuger- und Verbraucherpreisen nicht nur eine Folge der Kostensteigerungen bei Energie, Rohstoffen und Vormaterialien, die die Unternehmen an ihre Kunden weitergegeben haben. In einigen Wirtschaftsbereichen trug dazu eine spürbare Ausweitung der Unternehmensgewinne bei.

Gesamtwirtschaftlich treiben die Unternehmensgewinne bereits seit dem vergangenen Jahr die heimische Inflationskomponente (vgl. Abb. 2.11 B). Im Prognosezeitraum dürfte der Beitrag der Arbeitnehmerentgelte zwar allmählich zunehmen, was auf den erwarteten Anstieg der Löhne und Gehälter in den kommenden beiden Jahren zurückzuführen ist. Allerdings steigt auch der Bruttobetriebsüberschuss weiter kräftig, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie in diesem und im vergangenen Jahr.

Lohn-Preis-Spirale derzeit unwahrscheinlich scheint, dürften hohe Tarifabschlüsse die Lohnkosten merklich steigern und damit den Preisauftrieb noch für eine längere Zeit hochhalten.

Unter Berücksichtigung der genannten Effekte dürfte die Inflationsrate von 7,8% in diesem Jahr auf 6,4% im kommenden Jahr sinken (vgl. Abb. 2.10), wobei die Kernrate gleichzeitig von 4,8% auf 5,8% steigen dürfte. Die Prognose für den Anstieg des gesamten Verbraucherpreisindex im kommenden Jahr ist damit deutlich geringer als noch in der ifo Konjunkturprognose Herbst 2022 erwartet (+9,3%). Dies ist in erster Linie auf die neu beschlossenen Energiepreisbremsen zurückzuführen. Allerdings haben sich auch die Großhandelspreise von Öl, Strom und

Gas etwas günstiger entwickelt als noch im Herbst angenommen. Gleichzeitig wurde aber die Prognose für die Kerninflationsrate im kommenden Jahr um 1,3 Prozentpunkte angehoben. Im Jahr 2024 dürfte der Preisdruck dann langsam nachgeben, aber mit 2,8% für die Gesamtinflationsrate und 2,6% für die Kernrate immer noch über dem Preisstabilitätsziel der Europäischen Zentralbank liegen.

2.8. TECHNISCHE REZSSION IM WINTERHALB-JAHR 2022/2023 WAHRSCHEINLICH

Die öffentliche Debatte zur gesamtwirtschaftlichen Produktion im dritten Quartal 2022 war maßgeblich von einer rezessiven Grundtendenz geprägt.

Tab. 2.8

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen
Veränderung in %

	2022				2023				2024				2022	2023	2024
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV			
	Veränderung ggü. Vorquartal ^a												Veränderung ggü. Vorjahr ^b		
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	0,4	-0,3	-0,4	0,1	0,6	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	1,8	-0,1	1,6
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	1,6	-0,6	1,4	-0,4	-0,4	0,1	0,6	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	2,0	0,1	1,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-0,2	-0,2	0,6	-0,5	0,3	0,6	1,0	0,8	0,7	0,6	0,6	0,5	0,0	0,9	2,8
Verarbeitendes Gewerbe	0,0	-0,2	0,9	0,2	0,3	0,6	1,1	0,9	0,8	0,7	0,7	0,6	0,3	1,6	3,0
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-0,8	0,5	-1,6	-5,1	0,0	0,6	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,2	-1,3	-3,8	1,7
Baugewerbe	3,3	-2,4	-4,2	-0,2	-0,8	0,1	0,5	0,6	0,4	0,3	0,2	0,2	-2,8	-3,7	1,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,8	-1,5	3,3	-0,9	-1,7	-0,5	0,8	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3	4,7	-1,3	1,7
Information und Kommunikation	1,2	0,2	0,1	-0,3	-0,7	0,1	0,4	0,7	0,7	0,7	0,5	0,4	2,2	-0,5	2,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	3,5	0,5	1,6	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	4,7	1,2	0,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	0,3	-0,4	-0,7	-0,2	0,2	0,4	0,4	0,3	0,2	0,1	0,1	0,7	-0,4	1,0
Unternehmensdienstleister	1,5	0,0	-0,5	-0,7	-0,9	-0,6	0,3	0,5	0,6	0,5	0,3	0,2	2,1	-2,0	1,5
Öffentliche Dienstleister	2,9	-1,5	4,5	0,0	0,4	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	3,0	2,5	0,4
Sonstige Dienstleister	5,9	1,3	5,4	-0,8	-1,6	-0,4	0,6	0,5	0,3	0,2	0,1	0,1	7,2	0,7	1,1

^a Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt. ^b Ursprungswerte, Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab IV/2022: Prognose des ifo Instituts.

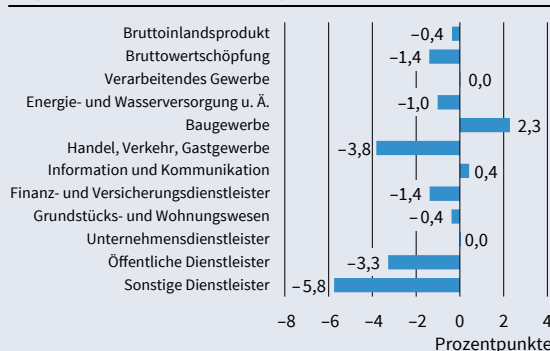
© ifo Institut Dez. 2022

ZUR PROGNOSE DES DRITTEN QUARTALS 2022

Die Prognose des ifo Instituts für das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2022 erwies sich als recht zuverlässig. Im Gegensatz zum Consensus Forecast vom September 2022 (vgl. Consensus Economics 2022), der von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,2% ausging, stellte das ifo Institut in seiner Konjunkturprognose vom Herbst 2022 einem leichten Anstieg in Höhe von 0,04% gegenüber dem Vorquartal ein. Nach derzeitigem Berechnungsstand des Statistischen Bundesamts stieg das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,40% über den Wert des Vorquartals. Dies entspricht einem Prognosefehler des ifo Instituts von knapp 0,4 Prozentpunkten (vgl. Abb. 2.12).

Überraschenderweise expandierte die Bruttowertschöpfung um 1,4% und damit sehr viel kräftiger als das Bruttoinlandsprodukt. Die Diskrepanz ergibt sich durch einen deutlichen Rückgang der Nettogütersteuern um 9,1% gegenüber dem Vorquartal. Für gewöhnlich hat der Übergang von Herstellungs- zu Marktpreisen kaum konjunkturellen Einfluss. Dieser Umstand änderte sich mit dem Jahr 2021, was maßgeblich auf ein Corona-Steuerpaket zurückzuführen ist, das auf Anpassungen bei den Steuerstundungen der Unternehmen abzielt. Die sich dadurch ergebenden Modellanpassungen bei der Fortschreibung der Nettogütersteuern wirkte sich massiv auf deren Verlauf aus (vgl. Schmidt und Hauf 2022), was deren Prognostizierbarkeit drastisch reduziert. Auf der Seite der Wirtschaftsbereiche lag die kräftige Expansion der Bruttowertschöpfung maßgeblich an der Entwicklung der konsumnahen und öffentlichen Dienstleister. Während bei Letzteren das ifo Institut – unter Argumentation nachzuholender Operationen im Gesundheitswesen – zwar von einem kräftigen Anstieg ausging (1,2% in der ifo Konjunkturprognose Herbst 2022), fiel die Expansion mit 4,5% erheblich stärker aus; daraus resul-

Abb. 2.12
Prognosefehler der ifo Entstehungsrechnung für 2022Q3
Vergleich zur ersten Fortschreibung

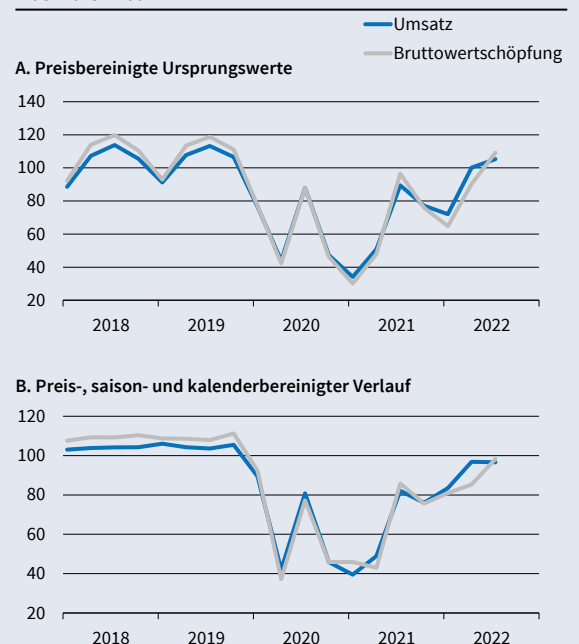


Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

tiert der Prognosefehler von 3,3 Prozentpunkten. Bei den konsumnahen Dienstleistern ging das ifo Institut hingegen davon aus, dass die hohe Inflation schneller die Kaufkraft der privaten Haushalte aufzehren und zu Kaufzurückhaltung führen würde. Während sich diese Annahme für den Einzelhandel bewahrheitete, erwies sich diese als falsch im Handel mit Kraftfahrzeugen, dem Gastgewerbe und bei den sonstigen Dienstleistern. So sanken die realen Einzelhandelsumsätze im dritten Quartal 2022 um 0,9% unter den Wert des Vorquartals. Der Handel mit Kraftwagen setzte hingegen preis-, saison- und kalenderbereinigt 5,1% mehr um als im zweiten Vierteljahr. Diese Entwicklung spiegelt sich ebenfalls in einem deutlichen Anstieg der Neuzulassungen von Pkw durch private Halter wider. Im Gastgewerbe stieg die reale Bruttowertschöpfung sogar um 15,2%, was jedoch nicht zur Entwicklung der dortigen Umsätze passt; auf diesen Aspekt wird am Ende dieser Box nochmal näher eingegangen. Aus dieser falschen Annahme resultieren die großen Prognosefehler im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (3,8 Prozentpunkte) sowie bei den Sonstigen Dienstleistern (5,8 Prozentpunkte).

Im Baugewerbe ging das ifo Institut richtigerweise von einem Rückgang der Bruttowertschöpfung aus. Dieser war jedoch deutlich kräftiger (-4,2%) als erwartet (-1,9%). Als exakt erwiesen sich die Prognosen für das Verarbeitenden Gewerbe und die Unternehmens-

Abb. 2.13
Umsatz und Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe
Index 2015 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt. © ifo Institut

dienstleister. Die Prognosen der übrigen Wirtschaftsbereiche wiesen keine Auffälligkeiten auf.

Auf der Seite der konsumnahen Dienstleister rückt vor allem die Entwicklung im Gastgewerbe in den Fokus der Betrachtung. Allein der Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung i.H.v. 15,2% wirkt sich erheblich auf die gesamte Wertschöpfung aus, trotz des nominal geringen Anteils dieses Wirtschaftsbereichs. So betrug der Wachstumsbeitrag im dritten Quartal mehr als 0,2 Prozentpunkte. In aller Regel leitet das Statistische Bundesamt die Bruttowertschöpfung am aktuellen Rand aus den realen Umsätzen aus der Konjunkturstatistik ab. Während die realen Umsätze sowie die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in Ursprungswerten recht gut zusammenlaufen, zeigt sich eine deutliche Diskrepanz in den saison- und kalenderbereinigten Verläufen (vgl. Abb. 2.13). Auf diesen Umstand hatte das ifo Institut

bereits in seiner Sommerprognose 2021 hingewiesen (vgl. Wollmershäuser et al. 2021).

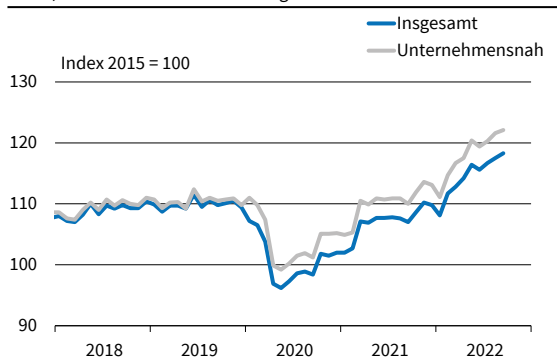
Nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamts sanken die preis-, saison- und kalenderbereinigten Umsätze im Gastgewerbe im dritten Quartal 2022 um 0,2% gegenüber dem Vorquartal. Das ist eine erhebliche Diskrepanz zur Entwicklung der Bruttowertschöpfung von weit mehr als 15 Prozentpunkten. Eine Erklärung hierfür könnten Unterschiede zwischen den Saisonmustern der monatlichen Konjunkturstatistik und der vierteljährlichen VGR sein. Es wäre dringend angebracht, die saisonalen Muster aufeinander abzustimmen, um solch kräftige Diskrepanzen zu vermeiden. So würden nicht nur die Ursprungswerte, sondern auch die saison- und kalenderbereinigten Verläufe mehr im Einklang zueinanderstehen und keine Debatten über mögliche ökonomische bzw. inhaltliche Erklärungen für das Auseinanderdriften initiieren.

Das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist jedoch nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamts (T+55 Veröffentlichung, Stichtag: 25. November 2022) um 0,4% gegenüber dem Vorquartal gestiegen (vgl. Tab. 2.8). In seiner Herbstprognose 2022 ging das ifo Institut von einer geringfügigen Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion aus, was sich im Nachhinein als recht treffsicher herausstellte (vgl. Box »Zur Prognose des dritten Quartals 2022«). Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung legte im dritten Quartal 2022 sogar um 1,4% gegenüber dem Vorquartal zu, was einer annualisierten Steigerungsrate von fast 6% entspricht. Trotz anhaltend hoher Inflation sind vor allem die konsumnahen Dienstleister ausschlaggebend für diesen kräftigen Anstieg. So expandierte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Bereich Handel um 3,2%, wobei hier maßgeblich – neben dem Einzelhandel – der Handel mit Kraftfahrzeugen beigetragen haben dürfte. Im Gastgewerbe betrug der Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung sogar 15,2%, was möglicherweise auch Ausdruck einer gestiegenen Nachfrage

nach Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen aufgrund der preislichen Vergünstigungen im Bahnverkehr ist. Jedoch wurde diese kräftige Entwicklung so von den Konjunkturindikatoren in diesem Bereich nicht angezeigt (vgl. Box »Zur Prognose des dritten Quartals 2022«). Darüber hinaus trugen die Sonstigen Dienstleister mit einem Zuwachs von 5,4% und die öffentlichen Dienstleister mit einem Anstieg von 4,5% überdurchschnittlich zur gesamtwirtschaftlichen Expansion im dritten Quartal 2022 bei. Letztere konnten ihre Bruttowertschöpfung wohl aufgrund zunächst coronabedingt aufgeschobener und nun nachgeholter Operationen im Gesundheitswesen stark ausweiten. Auch im Verarbeitenden Gewerbe stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung, so dass hier die Auftriebskräfte der hohen Auftragsbestände wohl die dämpfenden Effekte gestiegener Energiekosten der Unternehmen und die anhaltenden Lieferengpässe bei wichtigen Vorprodukten überkompensierten. Das Baugewerbe und die Energieversorger mussten hingegen deutliche Einbußen bei ihrer Wertschöpfung hinnehmen, was Ausdruck eines kräftigen Nachfrage-

Abb. 2.14

Produktion im Dienstleistungsbereich
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

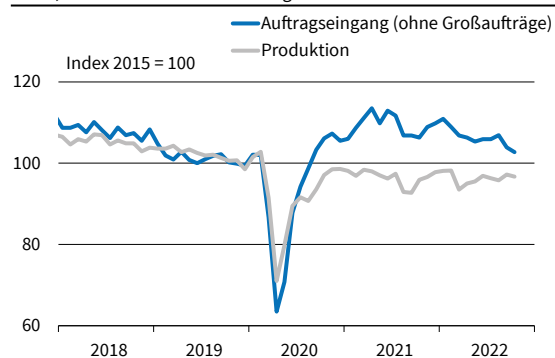


Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

Abb. 2.15

Konjunkturindikatoren im Verarbeitenden Gewerbe
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

rückgangs bzw. von Energieeinsparungen sowohl im industriellen als auch im privaten Bereich ist.

Im Winterhalbjahr 2022/2023 wird die deutsche Wirtschaft aller Voraussicht nach in eine technische Rezession geraten. Dabei dürfte das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal 2022 um 0,3% gegenüber dem Vorquartal sinken. Trotz der zuletzt aufwärtsgerichteten Dienstleistungskonjunktur (vgl. Abb. 2.14), dürften für den Rückgang im Schlussquartal die konsumnahen Dienstleister maßgeblich sein, da die hohe Inflation allmählich die Kaufkraft der Haushalte aufzehrt und zu Konsumzurückhaltung führen wird. So werden einzelne Konsumbereiche in unterschiedlichem Maße davon erfasst, was sich auf der Entstehungsseite im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (-0,9%), dem Bereich Information und Kommunikation (-0,4%), den Sonstigen Dienstleistern (-0,8%) und den Unternehmensdienstleistern³ (-0,7%) niederschlagen dürfte. Dem gegenüber stehen die öffentlichen Dienstleister. Einerseits dürfte die wirtschaftliche Aktivität des Staates aufgrund sinkender Corona- und Flüchtlingsausgaben nachlassen. Andererseits dürften weiterhin aufgestaute Leistungen im Gesundheitswesen (bspw. Operationen) positiv zur Entwicklung in diesem Bereich beitragen, wenngleich in vermindertem Tempo. Angesichts der kräftigen Zuwachsrate im dritten Quartal 2022 dürften die öffentlichen Dienstleister ihr bereits sehr hohes Aktivitätsniveau im Schlussquartal des laufenden Jahres allenfalls halten.

Auf der industriellen Seite der deutschen Wirtschaft zeichnen sich unterschiedliche Tendenzen zum Jahresende ab. So dürfte die preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um 0,2% expandieren. Zwar ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im Oktober 2022 gegenüber dem Vormonat um 0,5% gesunken (vgl. Abb. 2.15). Jedoch bestand im September 2022 ein deutlich höheres Niveau als im Durchschnitt des zweiten Vierteljahres 2022, was für sich genommen positiv auf das Jahresende wirkt. Auch die Zahlen des Verbands der Automobilindustrie e. V. sprechen für eine anhaltende Expansion. Zudem hat die Knappheit bei Vorprodukten zuletzt nachgelassen (vgl. ifo Institut 2022a). Zwar ist die Zahl der Neuaufträge zuletzt spürbar zurückgegangen. Jedoch ist die Anzahl aufgestauter Aufträge anhaltend hoch, was sich u.a. in der ifo Auftragsreichweite widerspiegelt. In der Befragung vom Oktober 2022 gaben die Unternehmen für das vierte Quartal 2022 einen neuen Höchststand von 4,7 Monaten an. Unter der Prognose einer moderaten Gangart der Produktion im November und Dezember wird das Verarbeitende Gewerbe seine Wertschöpfung wohl abermals ausweiten.

Im Bereich Energieversorgung hingegen hat sich das konjunkturelle Bild deutlich verfinstert, da sowohl private Haushalte als auch Industrieunterneh-

³ Zu den Unternehmensdienstleistern zählen zum Beispiel die Reisebüros.

men ihren Gasverbrauch erheblich gedrosselt haben. Zum einen dürfte dazu die milde Witterung im Oktober beigetragen haben, die sich insbesondere auf den Energieverbrauch der privaten Haushalte günstig ausgewirkt hat. Zum anderen scheinen Industrieunternehmen die Energieeffizienz ihrer Produktion deutlich erhöht zu haben. So konnten laut einer Umfrage des ifo Instituts 75% der befragten Unternehmen Erdgas in den zuvor liegenden sechs Monaten einsparen, ohne ihre Produktion zu drosseln (vgl. ifo Institut 2022b).⁴ Diese Einsparungen spiegeln sich nunmehr zu großen Teilen in der Energieproduktion wider. Laut Angaben des Statistischen Bundesamts sank die Produktion im Bereich Energieversorgung im Oktober 2022 um 7,6% gegenüber dem Vormonat; im Vergleich zum Durchschnitt des zweiten Quartals entspricht dies einem Rückgang von annähernd 10%. Die weiteren Einsparpotenziale der Industrie dürften deutlich geringer ausfallen, so dass sich die Nachfrage nach Energie auf dem niedrigeren Niveau bewegt. Unter Maßgabe der aktuellen Zahlen wird die preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttowertschöpfung im Bereich Energieversorgung, Wasserversorgung u. Ä. im vierten Quartal 2022 voraussichtlich um 5,1% nachgeben.

Das Baugewerbe überraschte im Oktober mit einer sehr kräftigen Ausweitung der Produktion. Jedoch stehen zwischen der Produktion und der Wertschöpfung noch die Vorleistungen, über die am aktuellen Rand keine Angaben zur Verfügung stehen. Unter Beachtung der hohen Preissteigerungen für Bauleistungen, der hohen Anzahl an Stornierungen und der schwachen Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe kann für das Schlussquartal des laufenden Jahres von einem erneuten Rückgang der preis-, saison- und kalenderbereinigten Bruttowertschöpfung um 0,2% ausgegangen werden.

Zum Jahresauftakt 2023 dürfte das Bruttoinlandsprodukt dann um 0,4% sinken. Bremsen werden vor allem die hohen Preissteigerungen auf der Verbraucherebene. Sinkende verfügbare Realeinkommen dürften die Kaufkraft der privaten Haushalte dämpfen, was die Wertschöpfung der konsumnahen Dienstleister belastet. Die hohen Preissteigerungen werden darüber hinaus wohl auch die Nachfrage nach Bauleistungen weiter reduzieren. Die Industrie dürfte dank der hohen Auftragsbestände ihre Expansion moderat fortsetzen und dann mit dem allmählichen Auslaufen der Lieferengpässe wieder deutlich kräftiger expandieren. Auf die Wertschöpfung der anderen Dienstleister wirken unterschiedliche konjunkturelle Kräfte zu Jahresbeginn 2023. Das Grundstücks- und Wohnungswesen dürfte im Zuge der schwachen Baukonjunktur ebenfalls zur Schwäche tendieren. Bei den öffentlichen Dienstleistern laufen die Sondereffekte (z. B. aufgeschobene Operationen) allmählich aus. Die

⁴ Die zitierten Zahlen sind konditional und beziehen sich auf jene Firmen, die zunächst die Frage nach der generellen Nutzung von Erdgas im Produktionsprozess mit »ja« beantwortet haben. Damit ist davon auszugehen, dass sich ein Großteil der Gaseinsparungen um Reduktionen zur Herstellung eigener Produkte handelt.

Tab. 2.9

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

	2021	2022	2023	2024
Statistischer Überhang ^a	2,2	0,8	0,0	0,7
Jahresverlaufsrate ^b	1,2	1,0	0,7	1,3
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	2,6	1,8	0,1	1,6
Kalendereffekt ^c	0,0	-0,1	-0,2	0,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung	2,6	1,8	-0,1	1,6

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. ^b Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. ^c In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

Industrie dürfte kräftigere Rückgänge bei den Unternehmensdienstleistern verhindern.

Mit dem allmählichen Abebben der Inflationsrate werden im weiteren Prognosezeitraum die konsumnahen Dienstleister wieder an Fahrt gewinnen. So dürfte sich die wirtschaftliche Aktivität in der Mitte des Jahres 2023 wieder deutlich beschleunigen. Auch die Industrie kann mit dem Auslaufen der Lieferengpässe vermehrt den Auftragsstau abarbeiten und mit kräftigen Raten expandieren. Die Baukonjunktur dürfte recht schwach bleiben. Im Jahr 2024 wird die gesamtwirtschaftliche Leistung dann voraussichtlich merklich langsamer expandieren, da einerseits die konjunkturellen Sondereffekte auslaufen dürften und sich andererseits die demografischen Rahmenbedingungen erheblich verschlechtern werden.

Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2022 wohl um 1,8% expandieren (vgl. Tab. 2.9), so dass das ifo Institut an dieser Stelle seine Prognose vom Herbst 2022 (+1,6%) leicht nach oben korrigiert. Maßgeblich hierfür ist die bereits realisierte positivere Entwicklung der konsumnahen Wirtschaftsbereiche, die trotz hoher Inflation ihre Ausfälle während der Coronakrise aufholen konnten. Im kommenden Jahr wird die gesamtwirtschaftliche Leistung in etwa auf dem Niveau des Vorjahres stagnieren (-0,1%), wobei im Gegensatz zu 2022 die konsumnahen Dienstleister die Expansion bremsen werden. Im Jahresdurchschnitt 2024 wird das Bruttoinlandsprodukt wohl um 1,6% expandieren, was maßgeblich durch das Verarbeitende Gewerbe getragen wird.

Abb. 2.16

Frühindikatoren für den Export

Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank; internationale und nationale Statistikämter; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

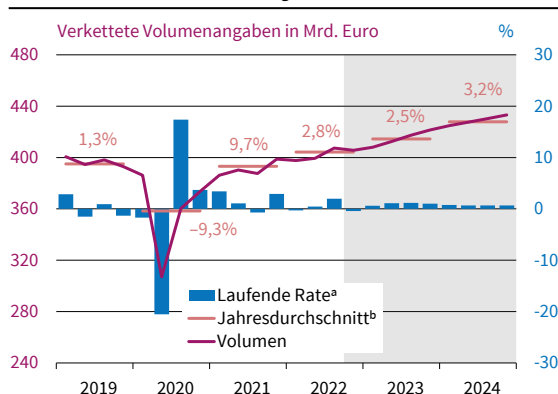
2.9. SCHWACHES WINTERHALBJAHR FÜR DEN AUSSENHANDEL

Der deutsche Außenhandel zeigte sich im dritten Quartal überraschend stark. Der preisbereinigte Export stieg um 2,0% gegenüber dem Vorquartal; der Import nahm um 2,4% zu. Die spürbaren Zuwachsraten sind trotz der weiterhin angespannten Lieferketten vor allem auf den Warenhandel zurückzuführen.

Abb. 2.17

Exporte

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

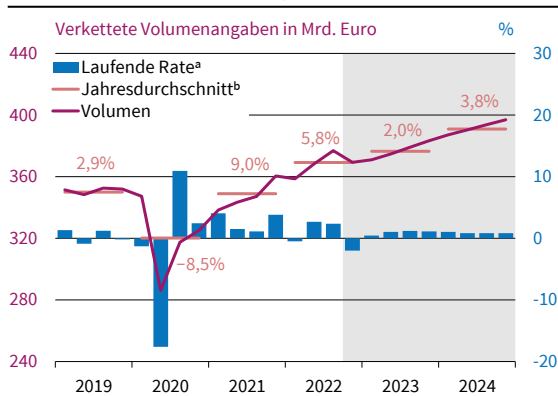
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2.18

Importe

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 2.10

**Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
in Prozentpunkten**

	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge ^a			
	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Konsumausgaben	1,0	2,6	-0,2	1,1	0,4	1,8	-0,3	0,7
Private Konsumausgaben	0,2	2,3	-0,3	0,8	-0,2	1,6	-0,4	0,5
Konsumausgaben des Staates	0,8	0,3	0,1	0,3	0,6	0,2	0,0	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	0,1	-0,1	0,7	-0,1	-0,1	-0,1	0,3
Bauten	0,0	-0,2	-0,4	0,3				
Ausrüstungen	0,2	0,2	0,2	0,3				
Sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,1	0,1				
Vorratsveränderungen	0,5	0,2	-0,2	0,0	0,3	0,0	-0,1	0,0
Letzte inländische Verwendung	1,8	2,9	-0,4	1,8	0,7	1,6	-0,6	1,0
Außenbeitrag	0,8	-1,1	0,3	-0,3				
Exporte	4,2	1,3	1,3	1,6	2,0	0,2	0,5	0,6
Importe	-3,4	-2,4	-1,0	-1,9				
Bruttoinlandsprodukt^b	2,6	1,8	-0,1	1,6	2,6	1,8	-0,1	1,6

^a Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts. ^b Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

Im laufenden Quartal werden die Exporte voraussichtlich einen Rückgang von 0,4% verzeichnen. Darauf deuten die monatlichen Daten der Warenausfuhr hin. Für das erste Quartal 2023 lassen die zuletzt aufgehellten ifo Exporterwartungen auf einen mäßigen Anstieg der Ausfuhren von 0,6% schließen (vgl. Abb. 2.16). Im weiteren Prognosezeitraum dürften die Exporte von der Belebung der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und der Wiedererstarkung der ausländischen Nachfrage profitieren (vgl. Abb. 2.17). Insgesamt wird der preisbereinigte Export in diesem Jahr um 2,8%, im kommenden Jahr um 2,5% und im Jahr 2024 um 3,2% expandieren.

Ähnlich wie der Export dürfte auch der Import im aktuellen Quartal zurückgehen. Die jüngsten Monatsdaten des Spezialhandels weisen auf einen deutlichen Rückgang der Importe von 2,0% hin. Zum Jahresauftakt dürfte die Einfuhr nur leicht um 0,4% zunehmen. Im späteren Verlauf dürften sich die Importe im Einklang mit den stärkeren Exporten und Ausrüstungsinvestitionen dynamischer entwickeln (vgl. Abb. 2.18). Alles in allem wird die preisbereinigte Einfuhr in diesem Jahr um 5,8%, im nächsten Jahr um 2,0% und im Jahr 2024 um 3,8% zulegen. Die Nettoexporte werden in diesem Jahr rein rechnerisch einen negativen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Expansion leisten (vgl. Tab. 2.10). Im kommenden Jahr dürfte der Außenbeitrag einen positiven Impuls zur Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts liefern.

Die Terms-of-Trade verschlechterten sich im dritten Quartal erneut. Die Importpreise stiegen um 4,4% gegenüber dem Vorquartal, wobei die Exportpreise um 2,3% zunahmen. Im Schlussquartal werden sich die Energiepreiserückgänge der vergangenen Wochen bemerkbar machen. Auf Basis der verfügbaren monatlichen Preisindizes der Außenhandelsstatistik sind Rückgänge sowohl bei den Export- als auch den Im-

portpreisen von 1,3% beziehungsweise 0,6% zu erwarten. Unter den dieser Prognose zugrunde liegenden Rohstoff- und Wechselkursannahmen dürfte es ab dem nächsten Jahr zu einer allmählichen Verbesserung der Terms-of-Trade kommen: Die Exportpreise werden aller Voraussicht nach stärker als die Importpreise zulegen. Somit könnte die deutsche Wirtschaft einen Teil ihrer Terms-of-Trade-Verluste, die sie in den letzten zwei Jahren erlitt, wettmachen. Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird in diesem Jahr 139 Mrd. Euro, im kommenden Jahr 123 Mrd. Euro und im Jahr 2024 166 Mrd. Euro betragen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt bedeutet es 3,6%, 3,1% und 4,0% (vgl. Tab. 2.2).

2.10. AUSRÜSTUNGEN STÜTZEN UNTERNEHMENSINVESTITIONEN

Die Unternehmensinvestitionen konnten seit Jahresbeginn trotz der Belastungen infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie der andauernden Lieferengpässe zulegen. Auf den starken Jahresbeginn folgte eine Stagnation im zweiten Quartal, die durch den deutlichen Rückgang der gewerblichen Bauinvestitionen verursacht wurde (-2,4%). Im dritten Quartal expandierten die Unternehmensinvestitionen mit 1,4% erneut, vor allem wegen des Anstiegs der privaten Ausrüstungsinvestitionen (+2,2%). Zunehmende Neuzulassungen für gewerbliche Kfz sowie steigende Umsätze der Kfz-Hersteller deuten drauf hin, dass dieser Anstieg vor allem auf Investitionen in Fahrzeuge zurückzuführen war. Aber auch die Investitionen in elektronische Ausrüstungen dürften den Umsätzen zufolge kräftig zugelegt haben. Schließlich konnten auch die Investitionen in Sonstige Anlagen, zu denen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Software zählen, mit einem Plus von 1% erneut zulegen.

ZU DEN NEUESTEN ERGEBNISSEN DER IFO INVESTITIONSERWARTUNGEN UND IHRER ROLLE IN DER INVESTITIONSPROGNOSE

Im Rahmen der ifo Konjunkturumfrage geben Unternehmen zweimal jährlich Auskunft zu ihrer tatsächlichen sowie geplanten Investitionstätigkeit. Während die Unternehmen im Frühjahr nach ihren Investitionen im vergangenen sowie im laufenden Jahr befragt werden, geben sie im Herbst neben einer erneuten Einschätzung ihrer Investitionstätigkeit im laufenden Jahr auch eine erste Prognose über ihre Investitionen im kommenden Jahr ab (für eine ausführliche Beschreibung der ifo Investitionserwartungen vgl. Wollmershäuser 2018). Abbildung 2.19 illustriert das sich daraus ergebende Investitionsklima für das Verarbeitende Gewerbe (sowohl mit als auch ohne den Kraftfahrzeugbau), den Kraftfahrzeugbau sowie die Dienstleister. Dabei wird für die Jahre 2019 bis 2021 die tatsächliche Veränderung der privaten Ausrüstungsinvestitionen in Form der Ergebnisse der Frühjahrsfrage bezüglich der Investitionen im vergangenen Jahr dargestellt. Für das Jahr 2022 und 2023 wird jeweils das Ergebnis der geplanten Investitionstätigkeit im kommenden Jahr aus der Herbstumfrage gezeigt.

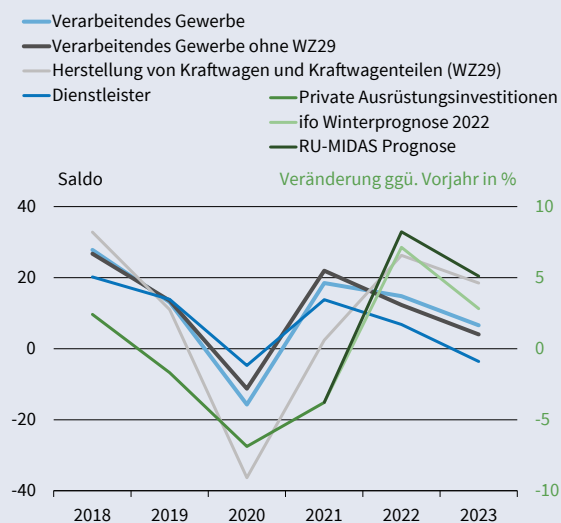
Zunächst fällt der Optimismus der Kraftfahrzeughersteller im Vergleich zu den übrigen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes auf. Deutlich mehr Kraftfahrzeughersteller investieren demzufolge im laufenden Jahr in einem größeren Umfang als im vorherigen Jahr. Hingegen hat sowohl im übrigen Verarbeitenden Gewerbe als auch bei den Dienstleistern der Anteil der Unternehmen, die angeben, ihre Investitionen auszuweiten, im Vergleich zum Vorjahr abgenommen. Dabei

wurde die Prognose der Investitionstätigkeit für das laufende Jahr in der Umfrage vom März 2022 (kurz nach Kriegsausbruch) sowohl von den Dienstleistern als auch von den Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zur Befragung aus dem Herbst 2021 kaum korrigiert (vgl. Abb. 2.20). Im Verlauf dieses Jahres zeigt sich allerdings eine deutliche Anpassung. Obwohl noch immer eine Mehrheit der Unternehmen im Herbst 2022 angab, in diesem Jahr mehr als im Vorjahr zu investieren, nahm der Anteil der Unternehmen im Vergleich zum Frühjahr signifikant ab. Somit ziehen der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Folgen nicht spurlos an den Unternehmensinvestitionen vorbei. Die Dynamik bei der Ausweitung der Investitionen dürfte im Verlauf des Jahres nachgelassen haben. Dies trifft besonders auf die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe zu. Während deren Ausblick in Bezug auf die Investitionstätigkeit im kommenden Jahr jedoch optimistischer ist, als dies im Herbst 2020 während der Pandemie der Fall war, rechnet eine kleine Mehrheit der Dienstleister derzeit mit einem Rückgang ihrer Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2023. Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2023 demzufolge weniger stark ausgeweitet werden als im laufenden Jahr.

Die qualitative ifo Investitionsumfrage wurde 2015 vereinheitlicht und im Rahmen der Konjunkturumfragen für den Handel, das Verarbeitende Gewerbe so-

Abb. 2.19

ifo Investitionsklima^a



^a 2018–2021: Tatsächliche Veränderung der Ausrüstungsinvestitionen (Befragung im Mai des Folgejahres); 2022–2023: Erwartete Veränderung der Ausrüstungsinvestitionen (Befragung im November 2022).

Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

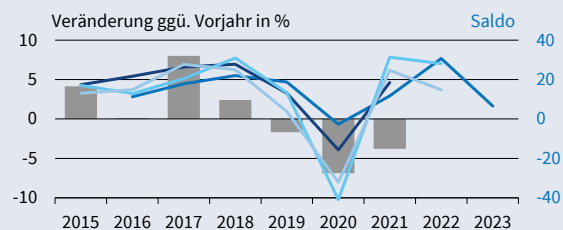
© ifo Institut

Abb. 2.20

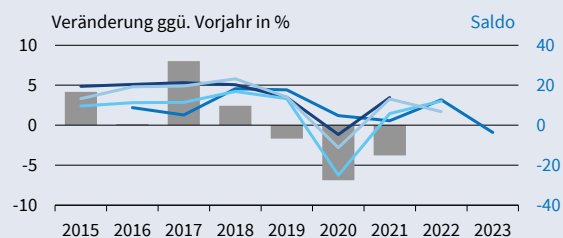
Erwartungen Ausrüstungsinvestitionen



A. Verarbeitendes Gewerbe



B. Dienstleister



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

wie die Dienstleister eingeführt (vgl. Wollmershäuser 2018). Die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe wurden jedoch bereits seit den 1950er Jahren zweimal jährlich quantitativ zu ihren Investitionen befragt. Diese Ergebnisse lassen sich in qualitative Werte umrechnen. Die somit mehrere Jahrzehnte umfassende Zeitreihe der Investitionserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe eignet sich gut als Indikator für die Prognose der privaten Ausrüstungsinvestitionen: das Hinzunehmen der Herbst-Investitionserwartungen als Indikator in ein einfaches autoregressives Modell mit jährlichen Daten verbessert die Prognose der privaten Ausrüstungsinvestitionen bereits signifikant. Im Vergleich zu einem Modell, das ausschließlich den letzten Wert der privaten Ausrüstungen als Information benutzt, ist der Prognosefehler des Modells, das zusätzlich die ifo Investitionserwartungen berücksichtigt, um 40% geringer. Da die Dienstleister erst seit 2005 zu ihren Investitionsplänen befragt werden, ist die Zeitreihe der Investitionserwartungen leider noch zu kurz, um in Prognosemodellen berücksichtigt werden zu können.

Für die ifo Konjunkturprognose sind über jahresdurchschnittlichen Veränderungsraten hinaus besonders die vierteljährlichen Verläufe der privaten Ausrüstungsinvestitionen von Bedeutung. Um die halbjährlich verfügbaren ifo Investitionserwartungen, die sich auf ein gesamtes Kalenderjahr beziehen, für die vierteljährliche Prognose zu nutzen, kann ein sogenanntes Reverse-Unrestricted-Mixed-Data-Sampling-(RU-MIDAS)-Modell angewendet werden.¹ Während in klassischen MIDAS-Modellen höherfrequente Indikatoren zur Prognose niederfrequenter Zeitreihen verwendet werden², ist dies in RU-MIDAS-Modellen umgekehrt: Hier werden Informationen aus den jährlichen Investitionserwartung zur Schätzung der vierteljährlichen Änderungsrate der privaten Ausrüstungsinvestitionen genutzt. Dafür muss die Quartalsreihe der privaten Ausrüstungsinvestitionen an die jährliche Frequenz der in das Modell eingehenden Investitionserwartungen (jeweils die Reihe der aktuellen Erwartungen im Frühjahr, Herbst sowie die Reihe der Prognose für das kommende Jahr im Herbst) angepasst werden, um ein klassisches Zeitreihenmodell, bei dem alle Variablen in der gleichen Frequenz beobachtet werden, zu schätzen. Dementsprechend wird die vierteljährliche Reihe in vier Reihen aufgeteilt, die jeweils ausschließlich die Änderung der privaten Ausrüstungsinvesti-

onen eines Quartals angeben. Da MIDAS-Modelle als direkte Prognosemodelle spezifiziert werden, muss für jedes Quartal und für jeden Prognoseschritt ein neues RU-MIDAS-Modell mit der zum jeweiligen Zeitpunkt verfügbaren Information spezifiziert werden.

So wird beispielsweise aktuell der Nowcast für das vierte Quartal 2022 mit Hilfe eines Modells geschätzt, das als Regressoren die verzögerten Veränderungsraten der privaten Ausrüstungsinvestitionen seit 2022Q1, die Prognoseerwartung für das Jahr 2022 aus dem Herbst 2021, dem Frühjahr 2022 sowie dem Herbst 2022 verwendet. Für das laufende Quartal prognostiziert das beschriebene Modell eine Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um 2%, während sich für das erste Quartal 2023 mit -0,2% ein schwacher Rückgang ergibt. Die übrigen prognostizierten Quartalsveränderungsrate bis Ende 2023 sind dann wieder positiv. Gegenüber der vorliegenden ifo Konjunkturprognose, die mit einem Zuwachs von 1,0% im laufenden und einem Rückgang von 0,3% im kommenden Quartal rechnet, sind die vom RU-MIDAS-Modell prognostizierten Werte vor allem für das laufende Quartal optimistischer. In Abbildung 2.19 werden zusätzlich zum Investitionsklima die Vorjahresveränderungsrate der privaten Ausrüstungsinvestitionen für die Jahre 2022 und 2023 dargestellt, die sich zum einen aus dem RU-MIDAS-Modell ergeben und zum anderen nach der vorliegenden ifo Konjunkturprognose erwartet werden. Dabei fällt auch im Jahresvergleich die optimistischere Prognose des RU-MIDAS-Modells auf.

Der Unterschied zwischen den beiden Prognosen ist dadurch bedingt, dass sich das RU-MIDAS-Modell nur auf die Ausrüstungsinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe bezieht und neben den Erwartungen der Unternehmen keine weiteren Indikatoren verwendet. Dagegen trägt die vorliegende ifo Konjunkturprognose auch zusätzlichen Indikatoren, wie den Auftragseingängen für Investitionsgüter oder den gewerblichen Kfz-Neuzulassungen, Rechnung. Somit wird auch das Investitionsverhalten der Dienstleister berücksichtigt, die rund zwei Drittel der privaten Ausrüstungsinvestitionen tätigen. Da beispielsweise die Auftragseingänge aber seit einiger Zeit rückläufig sind, fällt die ifo Konjunkturprognose für die privaten Ausrüstungsinvestitionen im Vergleich zur RU-MIDAS-Prognose etwas schwächer aus. Dies steht auch im Einklang mit den weniger zuversichtlichen Investitionserwartungen der Dienstleister für das kommende Jahr (vgl. Abb. 2.19). Als Indikator für die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe bietet die Prognose des RU-MIDAS-Modells in jedem Fall einen wichtigen Anhaltspunkt für den weiteren Verlauf der Ausrüstungsinvestitionen.

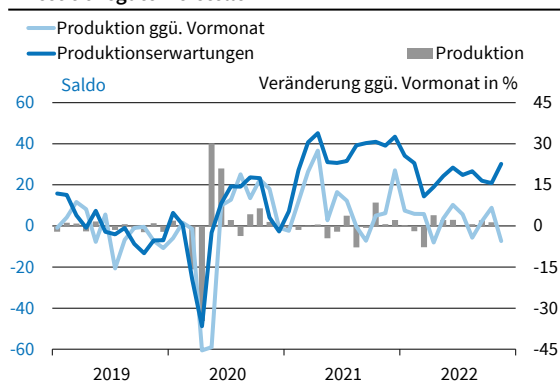
¹ Eine ausführliche Einführung in das RU-MIDAS-Modell findet sich in Foroni et al. (2018).

² Eine detaillierte Beschreibung des MIDAS-Ansatzes findet sich in Wohlrabe (2009).

Hingegen wirkten die gewerblichen Bauinvestitionen weiterhin bremsend auf die unternehmerische Investitionstätigkeit (-0,2%), wenn auch in einem geringeren Umfang als noch zuvor.

Im Winterhalbjahr dürfte sich die Dynamik bei den Unternehmensinvestitionen wohl etwas abschwächen. Die inländischen Bestellungen für Investitionsgüter waren bereits im dritten Quartal rückläufig, besonders

Abb. 2.21
Investitionsgüterhersteller



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Großaufträge fielen aus. Der Order-Capacity-Index, der den Auftragseingang in Relation zur Produktionskapazität setzt, ist seit Beginn des Jahres stark zurückgegangen. Ungeachtet dessen berichten die Investitionsgüterhersteller laut ifo Konjunkturumfragen weiter von einem hohen Auftragsbestand, weil andauernde Lieferengpässe bei der Beschaffung von Vorprodukten das Abarbeiten aufgestauter Aufträge verzögert. Zwar haben die Produktionsbehinderungen durch Lieferengpässe zuletzt etwas nachgelassen, im Vergleich zu anderen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe sind die Investitionsgüterhersteller jedoch weiter überdurchschnittlich stark beeinträchtigt. Hinzu kommt der Fachkräftemangel, der von immer mehr Investitionsgüterherstellern als produktionseinschränkender Faktor erwähnt wird. Schließlich dürften auch die sich eintrübenden Finanzierungsbedingungen zeitnah dämpfend auf die Unternehmensinvestitionen wirken. Da sich die Zinsen für Unternehmenskredite im September im Vergleich zum Jahresbeginn bereits mehr als verdoppelt haben, hat sich die Kreditnachfrage der Unternehmen zuletzt verlangsamt. Trotz anziehender Kreditvergabestandards ist das Volumen der Unternehmenskredite im dritten Quartal allerdings noch nicht gesunken. Hierbei dürfte die immer teurer gewordene Kapitalmarktfinanzierung eine Rolle spielen, die bis zuletzt durch vergleichsweise günstige Bankkredite substituiert wird. Die so aufgenommenen Mittel werden die Unternehmen wohl aber weniger zur Ausweitung ihrer Investitionen nutzen, sondern vielmehr zum Begleichen der stark gestiegenen Kosten für Energie- und Vorprodukte. Darauf deuten zumindest die spürbar nach unten revidierten Investitionspläne hin (vgl. Box »Zu den neusten Ergebnissen der ifo Investitionserwartungen und ihrer Rolle in der Investitionsprognose«).

Im Schlussquartal des laufenden Jahres dürfte die unternehmerische Investitionstätigkeit zunächst weiter zulegen, wenn auch verhaltener als zuvor. Die Produktion der Investitionsgüterhersteller hat im Oktober angezogen, ebenso ist die Zuwachsrate der gewerblichen Kfz-Zulassungen sowohl im Oktober als auch im November positiv. Zwar sind die Neuaufträge im Oktober erneut zurückgegangen, die Bücher der Investi-

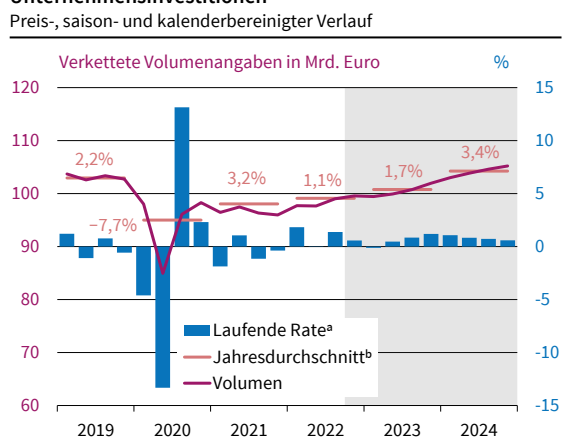
tionsgüterhersteller sind allerdings noch immer gut mit Aufträgen gefüllt. Optimistisch stimmen auch die zuletzt deutlich aufgehellten Produktionserwartungen der Investitionsgüterhersteller (vgl. Abb. 2.21). Schließlich hat sich auch das Geschäftsklima der Vorleistungsgüterproduzenten sowie der Leasinggesellschaften im November zum ersten Mal seit dem Frühjahr verbessert.

Im ersten Quartal des kommenden Jahres dürften die Unternehmensinvestitionen im Einklang mit der konjunkturellen Abkühlung leicht zurückgehen (vgl. Abb. 2.22). So zeigen sich die Unternehmen bei den ifo Investitionserwartungen für das kommende Jahr weniger zuversichtlich. Auch von Seiten der gewerblichen Bauinvestitionen dürfte zunächst nicht mit einem Impuls für die Unternehmensinvestitionen gerechnet werden, die Stimmung in der Branche befindet sich auf historischem Tiefstand. Im November gab eine deutliche Mehrheit der im gewerblichen Bau tätigen Unternehmen im Rahmen der ifo Konjunkturumfragen an, im nächsten halben Jahr mit einer Verschlechterung ihrer Geschäftslage zu rechnen. Im Zuge der erwarteten Normalisierung der Lieferketten ab der zweiten Jahreshälfte 2023 ist allerdings mit einer erneuten Ausweitung der Unternehmensinvestitionen zu rechnen. Viele angestaute Projekte dürften dann verwirklicht werden. Auch dürften Investitionen in die Energieeffizienz von Produktionsanlagen und von Gebäuden sowie die sich beruhigende Baupreisdynamik ab der zweiten Jahreshälfte 2023 zu einer Ausweitung der Unternehmensinvestitionen beitragen. Insgesamt dürften die Unternehmen ihre Investitionen in diesem Jahr um 1,1% gegenüber dem Vorjahr ausweiten. In den kommenden beiden Jahren wird sich der Anstieg auf 1,7% bzw. 3,4% (vgl. Tab. 2.11) beschleunigen.

2.11. WOHNUNGSBAU BRICHT EIN

Die Bauwirtschaft hat nach einem kräftigen Jahresauftakt im Sommerhalbjahr über alle Sparten hinweg einen starken Dämpfer erlitten. So sind allein

Abb. 2.22
Unternehmensinvestitionen



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 2.11

Reale Bruttoanlageinvestitionen

Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in % ^a	2021	2022	2023	2024
Bauten	48,9	0,0	-1,9	-3,3	2,5
Wohnungsbau	30,3	0,6	-1,9	-3,9	2,0
Nichtwohnungsbau	18,5	-0,9	-1,8	-2,4	3,1
Gewerblicher Bau	12,7	0,1	-2,2	-2,2	2,6
Öffentlicher Bau	5,9	-2,9	-0,9	-3,0	4,1
Ausrüstungen	32,1	3,4	3,3	3,0	4,0
Sonstige Anlagen	18,8	1,0	2,2	3,7	3,3
Bruttoanlageinvestitionen	100	1,2	0,3	-0,3	3,1
<i>nachrichtlich:</i>					
<i>Unternehmensinvestitionen^b</i>	<i>58,3</i>	<i>3,2</i>	<i>1,1</i>	<i>1,7</i>	<i>3,4</i>

^a Bezogen auf das Jahr 2021. ^b Investitionen des nicht-staatlichen Sektors, d.h. private Ausrüstungsinvestitionen und sonstige Anlagen zuzüglich gewerblicher Nichtwohnungsbau.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

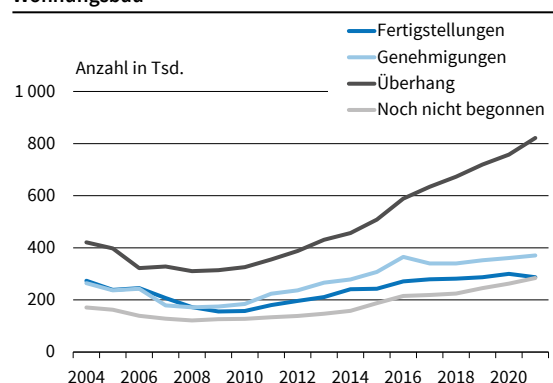
im September die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe um 22,6% im Vorjahresvergleich eingebrochen. Dieses düstere Bild wird insbesondere vom Wohnungsbau bestimmt, wo der Auftragseingang bereits seit April rückläufig ist. Auch die für den Wohnungsbau wichtige Produktion im Ausbaugewerbe ist über das Sommerhalbjahr gesunken. Somit gingen die Wohnungsbauinvestitionen sowohl im zweiten (-3,1%) als auch im dritten Quartal (-1,7%) deutlich zurück. Die Baupreise stiegen zuletzt weiter, wenn auch deutlich langsamer als noch im vorherigen Quartal, was auf Preisrückgänge einiger wichtiger Baumaterialien wie Stahl und Bitumen (-21,8% bzw. -24,5% gegenüber dem Januarpreis) zurückzuführen ist. Auch sinkende ifo Preiserwartungen bestätigen eine sich andeutende Entschleunigung der Baupreisdynamik. Dennoch befinden sich die Preise weiter auf hohem Niveau. So lag der Wohnbaupreisindex im August um 16,5% höher als ein Jahr zuvor. Auch die über alle Laufzeiten gemittelten Bauzinsen, die sich mit 3% im September seit Jahresbeginn mehr als verdoppelt haben, dürften die Nachfrage dämpfen. Über das dritte Quartal ließ sich bereits ein deutlich langsamer expandierendes Immobilienkreditvolumen beobachten. Auch haben die Banken aufgrund des gestiegenen Kreditrisikos und in der Erwartung fallender Immobilienpreise die Vergabestandards bei Wohnungsbaukrediten deutlich verschärft. Zusätzlich dürften auch die zunächst weiter sinkenden Realeinkommen die Finanzierung von Wohnbauprojekten für Privathaushalte erschweren. Das Zusammenspiel des deutlich ungünstigeren Finanzierungsumfelds mit den hohen Preisen dürfte somit maßgeblich zu den seit Monaten hohen Stornierungsraten im Wohnbau beitragen haben. Im November berichten die Wohnbauunternehmen zwar von einem leichten Rückgang der Stornierungswelle (vgl. ifo Institut 2022c), der Anteil der betroffenen Unternehmen bleibt aber weiterhin hoch. Auch sind die Baugenehmigungen im Neubau von Einfamilienhäusern von Januar bis September bereits um 15,4% im Vergleich zum Vorjahr gefallen. Neben den

gestiegenen Finanzierungskosten dürfte hierfür jedoch auch der Wegfall des Baukindergeldes eine Rolle spielen.

Im Schlussquartal des laufenden Jahres dürften die Investitionen in Wohnbauten weiter zurückgehen. Die Nachfrage nach Wohnbau ist am aktuellen Rand weiter rückläufig, und auch das Geschäftsklima der Wohnungsbauunternehmen hat sich von bereits niedrigem Niveau noch einmal verschlechtert. Angebotsseitig behindert besonders der hohe Fachkräftemangel, der zu längeren Produktionszeiten führt und es vielen Bauunternehmen erschwert, ihre Aufträge fristgerecht fertigzustellen. Daher nimmt der Bauüberhang weiter kräftig zu: Im vergangenen Jahr lag die Anzahl an genehmigten, aber noch nicht begonnenen Wohnungsbauvorhaben auf Rekordniveau, beinahe gleichauf mit der Anzahl an fertiggestellten Wohnungen (vgl. Abb. 2.23). Im Oktober ist die Produktion im Ausbaugewerbe mit 5,3% allerdings kräftig gestiegen. Da auch der Materialmangel laut ifo Konjunkturumfrage zuletzt weiter abgenommen hat, dürfte wieder verfügbares Material die Fertigstellung begonnener Projekte am aktuellen Rand beschleunigt haben. Daher ist für das laufende Quartal mit einem weniger starken Rückgang zu rechnen.

Abb. 2.23

Wohnungsbau



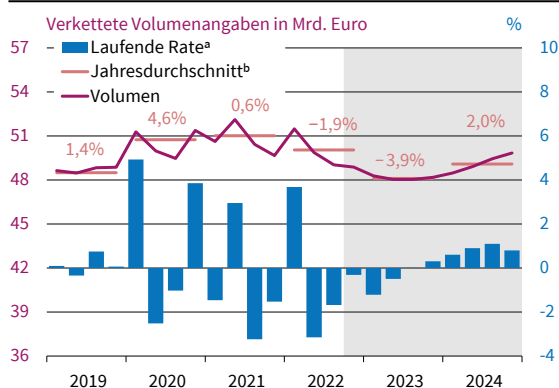
Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

Abb. 2.24

Wohnungsbauinvestitionen

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Auch im weiteren Prognosezeitraum dürfte eine Expansion der Wohnungsbauinvestitionen zunächst auf sich warten lassen. Die Geschäftsaussichten der Wohnungsbauunternehmer stagnieren auf historisch niedrigem Niveau. Zwar ist der Bedarf an Wohnungen, auch durch den Zuzug von Flüchtlingen aus der Ukraine, weiter hoch. Die derzeit verfügbaren niedrigen Fördermittel, sinkende Realeinkommen, die steigenden Kreditvergabestandards und die hohen Baupreise dürften den Wohnungsbau aber deutlich bremsen. Nach dem KfW-Förderstopp für Wohnbau in diesem Jahr sollen überarbeitete Förderprogramme der Bundesregierung im Umfang von 1 Mrd. Euro pro Jahr für den Neubau wohl ab März 2023 zur Verfügung stehen. Da der Fokus der Programme auf Sanierungen bestehender Wohngebäude liegt und die hohen Energiekosten starke Anreize dafür bieten, dürfte im weiteren Prognosezeitraum mit einem Rückgang der Neubauten und einem Anstieg der Sanierungen von Wohngebäuden gerechnet werden. Das Ziel der Bundesregierung, 400 000 Wohnungen pro Jahr zu errichten wird aber wohl weder in diesem noch in den kommenden Jahren erreicht werden.

Insgesamt dürften die Investitionen in Wohnbauten im laufenden Jahr um 1,9% sinken. Im kommenden Jahr wird dann mit einem Einbruch von -3,9% gerechnet, erst im Jahr 2024 dürfte wieder ein Zuwachs von 2% erreicht werden. Darüber hinaus bleibt die Teuerung zunächst weiter hoch. Im laufenden Jahr wird der Deflator des Wohnungsbaus wohl um 14,6% zunehmen. Ab 2023 wird dann mit einem Abschwächen der Preisdynamik gerechnet, in den kommenden beiden Jahren wird der Wohnungsbaudeflator voraussichtlich um 3,4% bzw. 3,2% steigen.

2.12. KONSUMKONJUNKTUR KÜHLT NACH ÜBERRASCHUNGSHOCH AB

Die privaten Konsumausgaben entwickelten sich im dritten Quartal deutlich robuster, als vor dem Hintergrund historischer Tiefstände beim Konsumklima

und rekordhoher Inflationsraten zu erwarten war. Mit einem preisbereinigten Zuwachs von 1,0% im Vorquartalsvergleich setzte sich der Aufwärtstrend der vergangenen Quartale nicht nur fort, sondern gewann zusätzlich an Fahrt. Treibende Kraft hinter dieser Entwicklung waren die Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (+5,9%) sowie für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+5,6%). Positiv entwickelten sich zudem die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (+0,6%) sowie für Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe (+0,8%), nachdem die Konsumenten hier ihre Ausgaben im Vorquartal noch reduzierten. Rückläufig entwickelten sich hingegen die Ausgaben für Einrichtungsgegenstände für Haushalte (-1,0%) und übrige Verwendungszwecke (-1,8%).

Zu diesem überraschenden Konsumanstieg dürfte unter anderem der kräftige Zuwachs bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte beigetragen haben. Im dritten Quartal legten diese im Vorquartalsvergleich in jeweiligen Preisen um 1,9% zu, nachdem sie bereits im zweiten Quartal mit 3,1% kräftig gestiegen waren. Während die Zuwächse bei den verfügbaren Einkommen im zweiten Quartal noch wesentlich durch die gestiegenen Vermögenseinkommen der privaten Haushalte getrieben waren, trug dazu im dritten Quartal vor allem die Ausweitung monetärer Sozialleistungen (wie zum Beispiel die Anhebung des Rentensatzes zum 1. Juli 2022) bei. Zudem stützte der Staat die verfügbaren Einkommen durch die Energiepreispauschale mit Einmalzahlungen für Erwerbstätige. Damit übertraf der Zuwachs der privaten Einkommen erneut die Preisanstiege für Konsumausgaben, wodurch die Kaufkraft der Haushalte stabilisiert werden konnte.

Hierbei spielt auch eine Rolle, dass sich die kräftigen Anstiege bei den Verbraucherpreisen im Sommerhalbjahr nur in abgeschwächter Form im Deflator des privaten Konsums niederschlugen. Während der Verbraucherpreisindex saisonbereinigt im zweiten Quartal um 2,6% und im dritten Quartal um 1,8% höher als im jeweiligen Vorquartal war, zogen die Preise für die Konsumausgaben der privaten Haushalte nur um 1,9% bzw. 1,3% an. Die Diskrepanz zwischen den beiden Preisindizes dürfte insbesondere auf konzeptionelle Unterschiede zurückzuführen sein. Während der Verbraucherpreisindex einen festen Warenkorb aus dem Jahr 2015 abbildet, wird der Deflator des privaten Konsums als Paasche-Index ermittelt und ermöglicht entsprechend eine stetige Mengenanpassung der inbegriffenen Güter (vgl. Nierhaus 2001). Ebendiese Mengenanpassungen dürften derzeit als Reaktion auf unterschiedliche Preisänderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen eine Rolle spielen. So ist das Gewicht von Gas im Wägungsschema des Verbraucherpreisindex mit 2,5% deutlich höher als der nominale Anteil von Gas an den privaten Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland, der zuletzt (im Jahr 2021) lediglich bei 1,1% lag. Somit

fallen Preissteigerungen der Gaskomponente beim Deflator der privaten Konsumausgaben deutlich weniger ins Gewicht als beim Verbraucherpreisindex. Die kräftigen Gaspreisanstiege führten deshalb in den vergangenen Quartalen zu deutlich größeren Anstiegen des Verbraucherpreisindex im Vergleich zum Deflator der privaten Konsumausgaben. Die mit dem Konsumdeflator gemessenen Teuerungsraten dürften daher den tatsächlichen Kaufkraftverlust der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte besser beziffern als die höheren Inflationsraten.

Für die kommenden Quartale wird mit einem Abschwung der Konsumkonjunktur gerechnet. Im Oktober kam es bereits zu einem kräftigen Rückgang der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze um 2,8% im Vergleich zum Vormonat. Das historisch niedrige Konsumklima, die eingetrübte Erwartungshaltung im Einzelhandel sowie der durch die Inflationsdynamik getriebene Kaufkraftverlust dürften im Schlussquartal sowie zu Jahresbeginn 2023 den Konsum der privaten Haushalte dämpfen, womit eine wichtige Stütze der deutschen Konjunktur wegfällt. Auch wenn annahmegemäß die Inflationsdynamik im vierten Quartal 2022 bereits ihren Hochpunkt erreichen wird, dürften die Preissteigerungen bis in die erste Jahreshälfte 2023 hinein die Zuwächse der nominal verfügbaren Einkommen übersteigen und dementsprechend zu Kaufkraftverlusten der Konsumenten führen. Dabei wird berücksichtigt, dass sowohl durch den Erlass des fälligen Dezemberabschlags auf Gas- und Fernwärme als auch durch die ab dem nächsten Jahr geltende Gas- und Strompreisbremse die privaten Haushalte spürbar entlastet werden.

Insgesamt wird für das laufende Quartal wird mit einem Rückgang des Konsums um 0,5% gerechnet, der sich im darauffolgenden Quartal auf 1,0% ausweiten dürfte (vgl. Abb. 2.25). Erst in der zweiten Jahreshälfte 2023, wenn die real verfügbaren Einkommen insbesondere aufgrund einer zunehmenden Dynamik bei den Nettolöhnen und -gehältern wieder steigen, ist

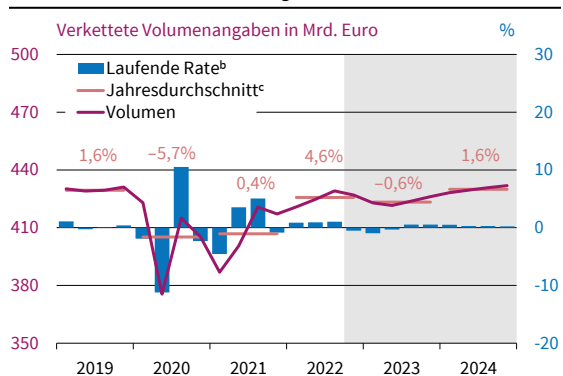
mit einer Erholung der Konsumkonjunktur zu rechnen. Insgesamt ergibt sich damit für das laufende Jahr ein Anstieg der privaten Konsumausgaben um 4,6% im Vergleich zum Vorjahr. Im nächsten Jahr dürfte die rückläufige Entwicklung zu Jahresbeginn auch das Jahresergebnis bestimmen, so dass mit einem Rückgang der Konsumausgaben um 0,6% gerechnet wird. Im Jahr 2024 dürfte der private Konsum dann wieder mit 1,6% zulegen, so dass sich das Konsumniveau gegen Ende des Prognosezeitraum wieder dem Vor-Corona-Niveau annähern dürfte. Die nominal verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften im laufenden Jahr um 6,7% und in den kommenden Jahren um jeweils mehr als 4% steigen. Reale Einkommensgewinne der privaten Haushalte dürften allerdings erst wieder im Jahr 2024 realisiert werden können, nachdem die Verbraucher im kommenden Jahr mit Kaufkraftverlusten rechnen müssen.

2.13. STAATSKONSUM STABILISIERT SICH AUF HOHEM NIVEAU

Die Konsumausgaben des Staates waren in den vergangenen zwei Jahren geprägt von Ausgaben in Verbindung mit der Corona-Pandemie. Dazu zählen neben Unterstützungsleistungen im Gesundheitsbereich insbesondere Ausgaben für Tests, die Impfzentren sowie die Impfstoffe selbst. Darüber hinaus bewirkten Regelungen zur Verbuchung von geschlossenen Kindertagesstätten unterschiedliche Reaktionen der Preisentwicklung der staatlichen Konsumaufwendungen. Dadurch unterlag die unterjährige Entwicklung des Staatskonsums teils heftigen Schwankungen (vgl. Abb. 2.26). Insgesamt sind die realen Konsumausgaben des Staates während der Corona-Pandemie kräftig gewachsen. Auch in diesem Jahr werden die Ausgaben weiter zulegen, wenn auch nicht in dem Umfang der vergangenen Jahre. Zu Beginn des laufenden Jahres prägten weiterhin Ausgaben für die Beschaffung von

Abb. 2.25

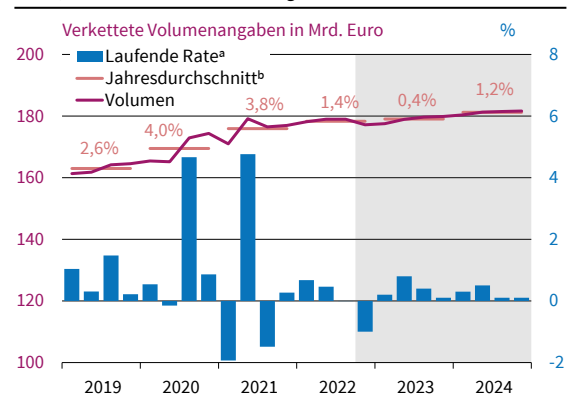
Konsumausgaben der privaten Haushalte^a
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^c Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.26

Konsumausgaben des Staates
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Impfstoffen und Tests den Staatskonsum. Darüber hinaus wurden aufgeschobene Operationen nachgeholt, was die Konsumausgaben weiter steigen ließ. Zudem kamen Ausgaben im Rahmen der Fluchtmigration aus der Ukraine ab dem zweiten Quartal hinzu. Auch im dritten Quartal machten sich diese Ausgaben im Staatskonsum bemerkbar, auch wenn viele Geflüchtete ab Mitte des Jahres für Leistungen im Rahmen der Grundsicherung (SGB II) berechtigt waren. Dazu kam, dass die Ausgaben für Tests und Impfungen weiter zurückgingen, wodurch der Staatskonsum im dritten Quartal im Vergleich zum Vorquartal stagnierte.

Im vierten Quartal dürften die preis-, saison- und kalenderbereinigten Konsumausgaben des Staates durch ein weiteres Auslaufen von pandemiebezogenen Ausgaben und abnehmender Fluchtmigration dann sinken. Zudem drückt das steigende allgemeine Preisniveau den realen Konsum. Im laufenden Jahr werden die realen Konsumausgaben des Staates dennoch um 1,4% steigen. Im kommenden Jahr kommt es zunächst zu einem Abflachen der Dynamik der von der Corona-Pandemie geprägten Jahre. Dennoch bleibt der Staatskonsum weiter auf hohem Niveau. Gesundheitsbezogene Ausgaben dürften nicht nur aufgrund des demographischen Wandels, sondern auch wegen zusätzlicher Belastungen im Zuge der Corona-Pandemie weiter steigen. Darüber hinaus werden die Arbeitnehmerentgelte durch höhere Tarifabschlüsse zum Ausgleich des derzeitigen inflationären Umfelds in den kommenden Jahren ebenfalls zulegen. Insgesamt dürfte der Staatskonsum im Jahr 2023 um 0,4% und im Jahr 2024 um 1,2% steigen.

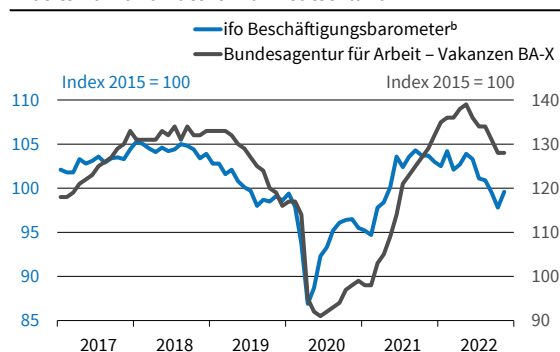
2.14. DEUTLICH NACHLASSENDE DYNAMIK AM ARBEITSMARKT

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt sich im Angesicht sprunghaft gestiegener Energiepreise und Unsicherheiten durch den Krieg in der Ukraine in robuster Verfassung. Dennoch hat sich der Beschäftigungsaufbau im Sommerhalbjahr vor diesem Hintergrund stark abgeschwächt. Nachdem die Zahl der Erwerbstätigen im Winterhalbjahr 2021/2022 noch um 352 000 (+0,8%) gestiegen war, nahm sie im Sommerhalbjahr 2022 saisonbereinigt nur noch um 93 000 (+0,2%) zu. Die Zahl der ukrainischen StaatsbürgerInnen in sozialversicherungspflichtiger oder ausschließlich geringfügiger Beschäftigung stieg in diesem Zeitraum um 74 000 und entsprach damit einem Großteil des verbliebenen Beschäftigungsaufbaus. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg zwischen März und September um saisonbereinigt insgesamt 184 000 Personen (+0,5%). Dabei verzeichneten vor allem die gewerblichen Dienstleistungssektoren – mit Ausnahme der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und der Zeitarbeit – fortwährend einen robusten Beschäftigungsaufbau. Im Baugewerbe, im Verarbeitenden Gewerbe und im öffentlichen Sektor erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig

Beschäftigten hingegen nur in geringem Maße. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum um 37 000 (+0,9%), was vor allem auf die stark verbesserte Lage im Gastgewerbe zurückzuführen sein dürfte. Dem hingegen sank die Zahl der Selbständigen im zweiten und dritten Quartal um zusammengekommen 23 000.

Vor dem Hintergrund der rückläufigen wirtschaftlichen Dynamik dürfte der Beschäftigungsaufbau in den kommenden Monaten weitestgehend zum Erliegen und im weiteren Prognosezeitraum nur schleppend wieder in Gang kommen. Die Frühindikatoren deuten dabei auf eine deutliche Verlangsamung, aber keinen massiven Stellenabbau hin (vgl. Abb. 2.27). Beispielsweise ist das ifo Beschäftigungsbarometer im November wieder gestiegen, nachdem es zuvor fünf Monate in Folge kräftig gefallen war. Während der Indikator vor allem im Dienstleistungssektor per saldo wieder deutlich im positiven Bereich liegt, deutet er im Bauhauptgewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe in etwa eine Stagnation der Beschäftigtenzahl und im Handel einen leichten Beschäftigungsabbau an. Dem entsprechend zeigt der BA-X der Bundesagentur für Arbeit (BA) an, dass die Zahl der offenen Stellen in den vergangenen Monaten zwar spürbar rückläufig war, aber weiterhin auf recht hohem Niveau ist. Dieser gedämpften Arbeitsnachfrage steht entgegen, dass es Unternehmen zusehends schwerer fällt, ihre offenen Stellen zu besetzen. In den ifo Konjunkturumfragen gab zuletzt knapp die Hälfte der Unternehmen an, dass sie in ihrer Geschäftstätigkeit durch Fachkräftemangel behindert seien, was ein neues Rekordhoch markierte. Daher dürfte sich die prognostizierte konjunkturelle Schwächephase zuvorderst in einer geringeren Arbeitszeit und Produktivität niederschlagen. Zudem dürfte die starke Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde im Oktober 2022 zu bedeutsamen Beschäftigungsverlusten führen. Dieser dürfte sich zwar vorwiegend in einer Reduktion der Arbeitszeit auswirken, dennoch dürfte der negative Beschäftigungseffekt auch nach und nach auf die Zahl der Erwerbstätigen durchschlagen (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2022, S. 55 f.).

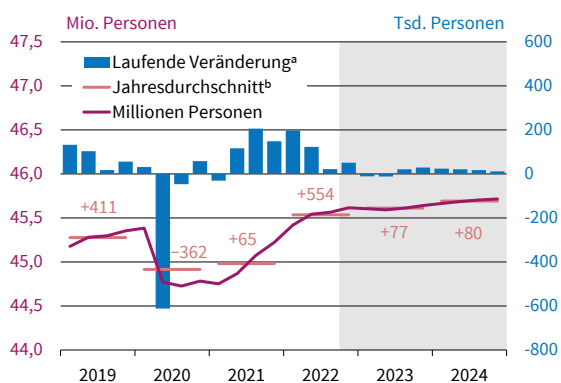
Abb. 2.27
Arbeitsmarktindikatoren für Deutschland^a



^a Saisonbereinigter Verlauf, ^b Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Abb. 2.28

Erwerbstätige
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

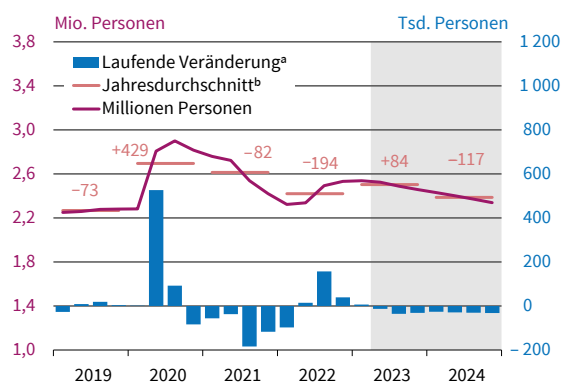
Zudem führt die fortschreitende Alterung der Bevölkerung für sich genommen zu einem Rückgang des Arbeitsangebots gegen Ende des Prognosezeitraums. Diesem wirkt die voranschreitende Integration von Flüchtlingen aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt entgegen, die das Erwerbspersonenpotenzial kurzfristig substantiell anhebt (vgl. Abschnitt »Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion«).

Zusammengenommen dürfte sich der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen in den kommenden Quartalen spürbar abschwächen, nachdem sie – vor allem aufgrund eines vergleichsweise kräftigen Anstiegs im Oktober – im vierten Quartal 2022 noch um saisonbereinigt voraussichtlich 51 000 steigt. Insgesamt dürfte sich der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen von etwa 554 000 im Jahr 2022 auf 77 000 im Jahr 2023 und 80 000 im Jahr 2024 verlangsamen (vgl. Abb. 2.28).

Die saisonbereinigte Zahl der registrierten Arbeitslosen ist seit Juni kontinuierlich gestiegen und lag im November bei 2,5 Millionen (Quote: 5,6%). Dies ging zunächst auf den Sondereffekt der erstmaligen Erfassung ukrainischer Flüchtlinge ab Juni zurück. Allerdings dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft laut vorläufigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit im September mit 205 000 (nach 8 000 im Februar) ihren bisherigen Hochpunkt erreicht haben und im Zuge zunehmender Beschäftigungsaufnahme bis November wieder auf 189 000 zurückgegangen sein. Die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Monaten dürfte daher zuvorderst auf die sich abschwächende konjunkturelle Grunddynamik zurückzuführen sein. In den kommenden Monaten dürfte die Zahl ukrainischer Arbeitsloser weiter deutlich zurückgehen und den Folgen der wirtschaftlichen Schwächephase und der Mindestlohnanhebung entgegenwirken, so dass die Zahl der Arbeitslosen insgesamt in etwa stagnieren dürfte. Im Zuge der prognostizierten Erholung im Sommerhalbjahr 2023 dürfte die Zahl der Arbeitslosen dann wieder deutlicher zurückgehen. Auf Jahressicht

Abb. 2.29

Arbeitslose
Saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit aufgrund des sehr hohen statistischen Überhangs in diesem Jahr um etwa 194 000 Personen unter dem Vorjahreswert liegen, ehe sie im kommenden Jahr um 84 000 ansteigen und im Jahr 2024 wieder um 117 000 sinken dürfte (vgl. Abb. 2.29). In der Folge liegt die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2023 und 2024 bei 5,5% bzw. 5,3% nach 5,3% im laufenden Jahr (vgl. Tab. 2.12).

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen hat im dritten Quartal 2022 saison- und kalenderbereinigt in etwa stagniert (+0,1%) und fiel damit schwächer aus als der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (+0,4%). Maßgeblich für diese unterproportionale Ausweitung des Arbeitsvolumens ist der Krankenstand, der im dritten Quartal mit 6,0% um 2,4 Prozentpunkte über dem Mittelwert der Jahre 1998-2019 lag und den Krankenstand des zweiten Quartals (5,5%; +1,9 Prozentpunkte relativ zu 1998-2019) nochmals deutlich übertroffen hat. In Folge sinkender Corona-Fallzahlen war der Krankenstand zuletzt deutlich rückläufig, was für sich genommen zu einem Anstieg des Arbeitsvolumens im vierten Quartal führen wird. Diese Entwicklung dürfte zunächst den dämpfenden Effekt der Kurzarbeit überwiegen, die in den vergangenen Monaten auf niedrigem Niveau wieder ausgeweitet wurde. Nachdem die Zahl der Personen in konjunkturell bedingter Kurzarbeit im August 2022 mit 76 000 auf den mit Abstand geringsten Wert seit Ausbruch der Coronakrise gefallen war, dürfte sie nach Schätzungen des ifo Instituts auf Basis der ifo Konjunkturumfragen im November wieder auf etwas unter 200 000 gestiegen sein. Im ersten Quartal 2023 dürfte die Kurzarbeit in Folge der rückläufigen Wertschöpfung ausgeweitet werden und die durchschnittliche Arbeitszeit sinken, ehe sie im Zuge der konjunkturellen Erholung wieder steigt. Zusammengenommen dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer im laufenden Jahr um 0,4% steigen, im Jahr 2023 um 0,2% sinken und im Jahr 2024 wieder um 0,5% zulegen (vgl. Tab. 2.13).

Tab. 2.12

Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2021	2022	2023	2024
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	60 281	61 272	61 283	61 722
Erwerbstätige im Inland	44 980	45 534	45 611	45 692
Arbeitnehmer	41 022	41 634	41 757	41 882
darunter				
SV Beschäftigte	33 897	34 513	34 737	34 908
Geringfügig Beschäftigte	4 101	4 113	4 075	4 031
Selbstständige	3 958	3 901	3 854	3 809
Pendlersaldo	- 114	- 139	- 143	- 143
Erwerbstätige Inländer	44 866	45 396	45 469	45 549
Arbeitslose	2 613	2 420	2 503	2 386
Arbeitslosenquote BA ^a	5,7	5,3	5,5	5,3
Erwerbslose ^b	1 536	1 321	1 304	1 242
Erwerbslosenquote ^c	3,3	2,8	2,8	2,7

^a Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^b Definition der ILO. ^c Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

2.15. LÖHNE ZIEHEN AN, KAUFKRAFTVERLUST BLEIBT

Die Tarifverdienste nehmen trotz hoher Inflation nur sehr langsam an Fahrt auf. Für das laufende Jahr sind die Tarifverhandlungen weitestgehend abgeschlossen, und die Tarifverdienste dürften um 2,3% über dem Vorjahr liegen (vgl. Tab. 2.13). Damit stiegen diese zwar deutlich stärker als im Jahr 2021, als die Tarifverdienste lediglich um sehr schwache 1,3% zugelegt hatten, bleiben aber weiter deutlich hinter der Teuerung zurück. Die Tarifyndynamik im Jahr 2022 war dabei vor allem durch Sonderzahlungen, wie z.B. die Einmalzahlung im öffentlichen Dienst der Länder in Höhe von 1 300 Euro im ersten Quartal oder der »Brückenzahlung« in Höhe von 1 400 Euro in der chemischen Industrie im zweiten Quartal, und die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde im Oktober 2022 beeinflusst. Umfangreiche Anhebungen der regulären Tabellenentgelte bleiben hingegen weitestgehend aus. Für den Prognosezeitraum ist eine merkliche Beschleunigung der Tarifverdienste abzusehen, da auslaufende Tarifverträge mit bisher niedrigen vereinbarten Tarifsteigerungen zusehends durch neue Verträge ersetzt werden, die vor dem Hintergrund des inflationsbedingten Kaufkraftverlustes und der hohen Arbeitskräfteknappheit, deutlich höhere Abschlussraten

vorsehen werden. Hierbei wirkt allerdings dämpfend, dass der gegenwärtige Inflationsanstieg vor allem die hohen Kosten widerspiegelt, die für importierte Energie und Vorprodukte bezahlt werden müssen. Durch sie fließt ein spürbarer Teil des in Deutschland erwirtschafteten Einkommens ins Ausland ab, was den Verteilungsspielraum für die Tarifpartner deutlich einschränkt (vgl. Nierhaus und Wollmershäuser 2022). Diese Abwägung spiegelt sich auch in den jüngsten Abschlüssen in der Chemiebranche und der Metall- und Elektroindustrie wider. Diese sehen zwar ein deutliches nominales Lohnplus vor, das allerdings zu einem Gutteil darauf zurückgeht, dass die neu geschaffene Möglichkeit der Auszahlung steuer- und abgabenfreier »Inflationsprämien« in Höhe von insgesamt 3 000 Euro komplett ausgeschöpft wurde. Die dauerhaften Anhebungen der Tarifentgelte fallen hingegen mit je 3,25% im Januar 2023 und Januar 2024 in der Chemiebranche und um 5,2% im Juni 2023 und 3,3% im Mai 2024 in der Metall- und Elektroindustrie eher moderat aus und wirken auch deshalb dämpfend, da sie – entgegen bisheriger Gepflogenheiten – nicht rückwirkend zum Datum des Auslaufens des letzten Tarifvertrages angehoben wurden, sondern erst mit Verzögerung im kommenden Jahr umgesetzt werden. Vor diesem Hintergrund dürften sich die Tarifverdienste im kommenden Jahr um 3,6% und im Jahr 2024 um 4,4% steigern.

Tab. 2.13

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2021	1,5	3,3	1,8	2,0	1,3
2022	0,4	4,0	3,6	1,7	2,3
2023	- 0,2	4,5	4,7	0,9	3,6
2024	0,5	4,7	4,2	0,3	4,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

Die monatlichen Effektivverdienste der Arbeitnehmer dürften im Jahr 2022 mit 4,0% gestiegen sein und damit wesentlich kräftiger als die Tariflöhne. Die stark positive Lohndrift von 1,7 Prozentpunkten ist vor allem auf den Abbau der Kurzarbeit und die starken Anhebungen des gesetzlichen Mindestlohns zurückzuführen, der binnen Jahresfrist in drei Schritten um 25% von 9,60 Euro pro Stunde im zweiten Halbjahr 2021 auf 12 Euro pro Stunde ab Oktober 2022 erhöht wurde. Für eine anhaltend hohe Lohndynamik spricht neben der höheren Inflation, dass die Arbeitskräfteknappheit weiterhin von hoher Bedeutung ist. Des Weiteren dürfte in einem nicht unerheblichen Maße auf die Möglichkeit der Auszahlung steuer- und abgabenfreier »Inflationsprämien« zurückgegriffen werden. Zusammengenommen dürften die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im kommenden Jahr um 4,5% und im Jahr 2024 um 4,7% steigen. Damit sollte im Jahr 2024 wieder ein Reallohnzuwachs zu verzeichnen sein, der den akkumulierten Reallohnverlust der Vorjahre allerdings bei Weitem noch nicht ausgleichen wird.

2.16. PREISBREMSEN BELASTEN ÖFFENTLICHE HAUSHALTE

Wie in den vorherigen Jahren werden die öffentlichen Haushalte auch im laufenden Jahr mit einem Minus abschließen. Das Budgetdefizit wird jedoch trotz zahlreicher Unterstützungsmaßnahmen im Zuge der Energiekrise deutlich geringer ausfallen als noch im Jahr 2021, das von den umfangreichen Corona-Hilfen dominiert wurde. Im weiteren Prognosezeitraum wird sich das Defizit zunächst aufgrund der Gas- und Strompreisminderungen deutlich erhöhen und dann wieder zurückgehen.

Bei den staatlichen Einnahmen sorgen im laufenden Jahr vor allem die Steuern als Haupteinnahmequelle des Staates für einen kräftigen Anstieg. Die konjunkturelle Erholung nach den Hochphasen der Corona-Pandemie haben vor allem die Einnahmen aus Einkommens- und Unternehmenssteuern stark steigen lassen. Auch bei den indirekten Steuern ist trotz der Senkungen bei der Umsatz- und der Energiesteuer nicht zuletzt wegen des steigenden Preisniveaus ein kräftiges Plus zu verzeichnen. Im weiteren Prognoseverlauf flacht sich die Dynamik bei den Steuern merklich ab. Das liegt insbesondere an der Anpassung des Einkommensteuertarif, der im Vergleich zu einer Situation ohne Anpassung zu deutlichen Mindereinnahmen führt. Die Einnahmen aus dem EU-Energiekrisenbeitrag für fossile Energieunternehmen erhöhen die Steuereinnahmen nur leicht. Zudem wird angenommen, dass die Abschöpfung der Übergewinne der Stromerzeuger zur Finanzierung der Strompreise wie von der Bundesregierung kommuniziert in einem geschlossenen, privatwirtschaftlich organisierten System geregelt ist, was die staatlichen Steuereinnahmen nicht erhöht.

Auch die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen profitieren in diesem Jahr von einem weiterhin robusten Arbeitsmarkt, wenngleich ihr Anstieg hinter dem der Bruttolöhne und -gehälter aufgrund des Rückgangs der Kurzarbeit zurückbleibt. Im kommenden Jahr legt die Dynamik nochmal zu, was vor allem auf die Erhöhungen beim Beitrag der Arbeitslosenversicherung und beim Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenversicherung zurückzuführen ist.

Trotz weiter ausbleibender Rückführung des Gewinns der Bundesbank an den Bundeshaushalt wachsen die Vermögenseinkünfte im laufenden Jahr kräftig. Auch in den kommenden Jahren dürften die Zuwächse hoch sein, da mit steigenden Zinsen auch diese staatlichen Einkommen steigen werden. Die empfangenen sonstigen Transfers gehen aufgrund geringerer Einnahmen aus dem »NextGenerationEU«-Programm im laufenden Jahr zurück. In den Jahren 2023 und 2024 ist dann hingegen wieder mit weiteren Mittelzuweisungen zu rechnen, wodurch sich die Einnahmen wieder erhöhen werden. Bei den empfangenen Vermögensübertragungen wird in dieser Prognose unterstellt, dass ein Teil der Zuschüsse des Bundes zur Zwischenfinanzierung der Strompreisminderungen im Jahr 2024 wieder an den Bund zurückfließen wird, wenn die Abschöpfung der Übergewinne angelaufen ist.

Auf der Seite der staatlichen Ausgaben lässt die Dynamik aufgrund des Wegfallens vieler Pandemiebezogener Maßnahmen im laufenden Jahr deutlich nach. Dazu tragen insbesondere die Ausgaben für Vorleistungen bei, unter die der Betrieb der Impfzentren fiel. Die Vorleistungskäufe bleiben im laufenden Jahr trotzdem weiterhin hoch, da im Zuge der Fluchtmigration aus der Ukraine mit weiteren Kosten zu rechnen ist. In den kommenden Jahren dürften diese Ausgaben kaum noch eine Rolle spielen, es sind jedoch weiterhin nominale Anstiege bei den Vorleistungen zu erwarten. Trotz geringerer Energieintensivität des Staatskonsum ist vor allem bei diesem Posten mit höheren Preisen im Zuge der Inflation zu rechnen ist.

Bei den Arbeitnehmerentgelten wurde im ersten Halbjahr 2022 aufgrund der Einmalzahlung im öffentlichen Dienst ein kräftiges Plus verbucht. Aufgrund der vergleichsweise moderaten Anpassung des Tarifvertrags für die Beschäftigten der Länder im Dezember 2022 dürfte sich der Anstieg zunächst verlangsamen. Im Jahr 2024 ist dann wieder ein deutlicheres Plus zu erwarten, da mit neuen, höheren Tarifabschlüssen für sämtliche Beschäftigte des öffentlichen Diensts zu rechnen ist.

Die Zinsausgaben werden aufgrund des veränderten Zinsumfelds im gesamten Prognosezeitraum deutlich an Gewicht gewinnen. Trotz eines relativ geringen Anteils an der Staatsschuld treiben im laufenden Jahr vor allem inflationsindexierte Anleihen die Zinsausgaben nach oben.

Die Ausgaben für Subventionen halbieren sich im laufenden Jahr nahezu, da die während der Coro-

ZU DEN FISKALISCHEN KOSTEN DER GAS- UND STROMPREISBREMSEN

Auf Grundlage der Prognose zum Effekt der Gas- und Strompreisbremsen auf die Inflationsentwicklung wurden in dieser Prognose auch die Kosten, die dem Staat durch die Preisdeckelung entstehen, mit einbezogen. Es wurde angenommen, dass die Differenz zwischen der Marktpreisentwicklung und der jeweils festgelegten Preisobergrenze bis zu einem Verbrauch von 80% des Vorjahresverbrauchs für Privathaushalte und Gewerbe bzw. 70% des Vorjahresverbrauchs in der Industrie vom Staat bezahlt wird. Dazu subventioniert er die Versorgungsunternehmen, sozusagen als Ausgleich für den durch die Preisdeckelung nicht realisierten Gewinn. Die berechnete Differenz zwischen Marktpreis und Preisobergrenze wird mit einem sektorspezifischen Faktor multipliziert, um die gesamten fiskalischen Kosten zu berechnen. Dieser Faktor gibt an, welche Kosten durch die Senkung des Gas- oder Strompreises um 1 ct/kWh entstehen würde und wurde anhand historischer Verbrauchsdaten der privaten Haushalte, des Gewerbes und der Industrie abgeleitet.

Für die Entwicklung der Gas- und Strompreise im Verarbeitenden Gewerbe liegt keine explizite Prognose vor. Die Entwicklung dürfte sich allerdings von der der Verbraucherpreise für Haushalte und kleineren Unternehmen unterscheiden, da vor allem am aktuellen Rand die Gaspreise für die Industrie aufgrund eines höheren Anteils an Börsenstrom deutlich schneller gestiegen sind. Daher wurde vereinfachend angenommen, dass das Verhältnis zwischen fiskalischen Kosten für die Entlastung der privaten Haushalte und fiskalischen Kosten für die Entlastung der Industrie dem Verhältnis der historischen Gesamtausgaben für Gas der beiden Sektoren entspricht. Für das Gewerbe wurde dieselbe Gaspreisentwicklung wie für die privaten Haushalte unterstellt.

Im Gegensatz zur Gaspreisbremse soll die Strompreisbremse allerdings nicht nur vom Staat finanziert werden, sondern auch durch ein Umwälzungssystem ähnlich der EEG-Umlage. Dafür werden jeweils technologiespezifische Erlösbergrenzen festgelegt, das heißt, für Strom aus erneuerbaren Energien kann womöglich eine andere Erlösbergrenze gelten als für Strom aus Kohlekraftwerken. Die Gewinne, die über dieser Grenze liegen, werden zu 90% abgeschöpft und auf ein »Strompreisbremsen-Konto« verbucht, über das schlussendlich die Strompreisbremse finanziert wird. In dieser Prognose wird unterstellt, dass deutlich über die Hälfte der Kosten der Strompreisbremse über diesen Überwälzungsmechanismus gedeckt werden.

Insgesamt entstehen dem Staat für die Gaspreisbremse inklusive Übernahme der Abschlagszahlung im Dezember 2022 Kosten in Höhe von knapp 57 Mrd. Euro. Die Strompreisbremse schlägt dank der Abschöpfung von Übergewinnen voraussichtlich mit knapp 20 Mrd. Euro zu Buche, wobei angenommen wird, dass ein weiterer Teil dieser Kosten an den Staat zurückfließen wird. Diese Zahlen liegen unter den von der Bundesregierung veröffentlichten Kostenschätzungen, was womöglich auf unterschiedliche Annahmen zur Marktpreisentwicklung zurückzuführen ist.

Die Berechnungen zu den fiskalischen Kosten sind mit einer hohen Unsicherheit verbunden. Zum einen könnte die tatsächliche Entwicklung der Marktpreise für Gas und Strom anders verlaufen als die hier abgeleitete Preisprognose. Darüber hinaus könnten sich die Annahmen zu den fiskalischen Kosten für die Preisbremsen in der Industrie als nichtzutreffend herausstellen.

na-Pandemie eingeführten Unternehmenshilfen, wie beispielsweise die Überbrückungshilfen, ausgelaufen sind. Dem entgegen wirken in diesem Jahr das 9-Euro-Ticket für den ÖPNV sowie die Übernahme der Abschlagszahlungen für Gas im Dezember. Im kommenden Jahr werden die Subventionen massiv ausgeweitet, da in dieser Prognose unterstellt wird, dass die Zahlungen im Rahmen der Gas- und Strompreisbremsen als Subventionen verbucht werden (vgl. Box »Zu den fiskalischen Kosten der Gas- und Strompreisbremsen«). Auch in den ersten Monaten des Jahres 2024 wird der Staat die Gaspreisbremse weiter finanzieren, die Finanzierung der Strompreisbremse wird annahmegemäß dann aber zum Großteil durch die Einnahmen aus der Abschöpfung der Übergewinne bezuschusst. Darüber hinaus verbleiben die Subventionen auf hohem Niveau, da angenommen wird, dass

Ausgaben aus dem Klima- und Transformationsfonds eine größere Rolle spielen werden.

Im laufenden Jahr wurden die monetären Sozialleistungen durch verschiedene Boni, Einmalzahlungen und das starke Rentenplus im Juli merklich ausgeweitet. Trotz des Wegfalls dieser Einmaleffekte erhöht sich das Wachstum der monetären Sozialleistungen im nächsten Jahr. Dabei spielen die beiden größeren sozialstaatlichen Reformen beim Wohngeld und Bürgergeld eine entscheidende Rolle. Zudem wird das Kindergeld stark erhöht und die Einmalzahlung an Rentner*innen wird ausgezahlt.

Bei den sozialen Sachleistungen sorgten die Ausgaben für Impfstoffe und Tests im ersten Halbjahr für deutliche Zuwächse. Im weiteren Jahresverlauf fielen darüber hinaus Mehrausgaben für Gesundheitsbehandlungen aufgrund des hohen Krankenstands

und dem Nachholen von anderen Behandlungen an. Die hohen Anstiege werden in den nächsten Jahren trotz Mehrbelastungen im Gesundheits- und Pflegebereich wieder nachlassen.

Die sonstigen Transfers expandieren in diesem Jahr stark, was vor allem an der Auszahlung der Energiepreispauschale liegt, und gehen entsprechend im nächsten Jahr wieder zurück. Die Ausgaben für Vermögenstransfers sinken in diesem Jahr hingegen deutlich, da im Vorjahr Eigenkapitalhilfen an die Deutsche Bahn gezahlt wurden. Auch hier dürften Ausgaben aus den Sondervermögen das Wachstum im Prognosezeitraum erhöhen.

Hohe Baupreise und Lagerinvestitionen in Form von Gaskäufen treiben in diesem Jahr die staatlichen Bruttoinvestitionen nach oben. Zudem gab es bereits in diesem Jahr einen leichten Anstieg bei den militärischen Beschaffungen. Diese werden in den nächsten Jahren mit Abflüssen aus dem Sondervermögen Bundeswehr vermutlich zunehmen, wenn auch eher mittelfristig und noch nicht in größerem Umfang im Prognosezeitraum. Die hohen Baupreise werden aller-

dings auch noch weiter zu hohen Ausgaben bei den Bruttoinvestitionen führen.

Alles in allem steigen die staatlichen Einnahmen im laufenden Jahr um 5,8%, im nächsten Jahr um 4,1% und im Jahr 2024 um 3,7%. Die Ausgaben nehmen in diesem Jahr um 1,8% zu. Im nächsten Jahr wachsen sie aufgrund der Preisbremsen deutlich mehr um 5,9%. Im Jahr 2024 steigen sie dann nur noch um 0,7%. Das Finanzierungsdefizit des Staates wird in diesem Jahr 68 Mrd. Euro bzw. 1,8% des nominalen Bruttoinlandsprodukts betragen (vgl. Tab. 2.14). Nächstes Jahr dürfte das Minus mit 104 Mrd. Euro oder 2,6% des Bruttoinlandsprodukts deutlich größer ausfallen. Durch das Auslaufen der Preisbremsen sinkt das Defizit im Jahr 2024 auf 50 Mrd. Euro, was 1,2% des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Die Bruttoschuldenstandsquote dürfte trotz der Finanzierungsdefizite im kommenden Jahr weitgehend unverändert bleiben. Dazu trägt vor allem der kräftige Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts bei. Im Jahr 2024 wird die Schuldenstandsquote dann sinken.

Tab. 2.14

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren^a
 in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben		Finanzierungs- saldo	Brutto- schuldenstand
	insgesamt	<i>Steuern</i>	<i>darunter: Nettosozial- beiträge</i>	insgesamt	<i>darunter: Zinsausgaben</i>		
2000	46,2	23,5	18,1	47,8	3,2	- 1,6	59,3
2001	44,4	21,8	17,9	47,4	3,0	- 3,0	58,2
2002	44,0	21,4	17,9	47,9	3,0	- 3,9	59,9
2003	44,6	21,5	18,2	48,3	2,9	- 3,7	63,5
2004	43,5	20,9	17,8	46,8	2,8	- 3,3	65,2
2005	43,5	21,2	17,5	46,8	2,8	- 3,3	67,5
2006	43,6	22,0	17,0	45,2	2,7	- 1,7	66,9
2007	43,7	22,8	16,2	43,4	2,7	0,3	64,2
2008	44,1	23,1	16,2	44,2	2,7	- 0,1	65,7
2009	45,0	22,8	17,0	48,2	2,6	- 3,2	73,2
2010	43,8	21,8	16,6	48,1	2,5	- 4,4	82,0
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	- 0,9	79,4
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	0,0	80,7
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	0,0	78,3
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	0,6	75,3
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	1,0	72,0
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	1,2	69,0
2017	45,5	23,5	16,8	44,2	1,0	1,3	64,7
2018	46,3	23,8	17,0	44,3	0,9	1,9	61,3
2019	46,5	23,8	17,2	45,0	0,8	1,5	58,9
2020	46,1	22,7	17,9	50,4	0,7	- 4,3	68,0
2021	47,5	24,4	17,6	51,3	0,5	- 3,7	68,6
2022	47,1	24,6	17,2	48,9	0,4	- 1,8	68,5
2023	47,4	24,4	17,5	50,0	0,4	- 2,6	68,7
2024	46,7	23,6	17,5	47,9	0,4	- 1,2	66,5

^a In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

Das Produktionspotenzial wird in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte Methodik geschätzt und bis zum Jahr 2026 fortgeschrieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016). Diese basiert auf dem Ansatz der EU-Kommission, der die gesamtwirtschaftliche Leistung anhand einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Inputs werden die Totale Faktorproduktivität, der Kapitalstock und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und deren durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt. Die grundsätzlichen Parameter und Annahmen sind gegenüber der ifo Konjunkturprognose Herbst 2022 nahezu unverändert geblieben (vgl. Wollmershäuser et al. 2022c).

Für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung wird an der im September 2021 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Bevölkerungsvorausberechnung für die Jahre 2021 bis 2035 festgehalten und die Flüchtlingsmigration in Folge des Krieges in der Ukraine explizit modelliert. Im Vergleich zur Prognose vom Herbst 2022 muss hingegen die Annahme zum Wanderungssaldo nach oben angepasst werden. Der Zuwanderungsmonitor des IAB vom November 2022 weist die erfasste Anzahl an Ukrainer*innen im Ausländerzentralregister zwischen Ende Februar und November 2022 mit 1 024 841 Personen aus (vgl. Brücker et al. 2022). Für das Gesamtjahr wird nunmehr von einem Wanderungssaldo von 1 200 000 Personen ausgegangen; in den vergangenen Prognosen lag die Annahme bei 800 000 Personen. Der neue Wanderungssaldo wird über die Zeit hinweg konstant gehalten, was die Annahme impliziert, dass sich Familiennachzug und Rückkehr in die Ukraine durchschnittlich die Waage halten. Ebenfalls verändert wurde die Annahme zum Anteil der erwerbsfähigen Ukrainer*innen. Während in den vergangenen Prognosen für das Jahr 2022 von einem Anteil von 45% ausgegangen wurde, zeigen die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit an, dass die Quote der erwerbsfähigen Personen an der gesamten Bevölkerung bislang bei 65% lag (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2022b). Aus diesem Grund wird diese Quote für die Jahre 2022 bis 2027 konstant auf diesem Wert gehalten, was in etwa dem langfristigen Durchschnitt Geflüchteter in Deutschland entspricht. Für die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt wird für 2022 angenommen, dass in etwa 59 000 Personen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen bzw. aufgenommen haben. Das deckt sich mit den jüngsten Angaben der Bundesagentur für Arbeit (2022a). Bis zum Jahr 2027 dürfte sich die Anzahl dann bis auf mehr als 420 000 Erwerbstätige erhöhen. Die Erwerbslosenquote sinkt dann von etwa 60% im Jahr 2022 auf gut 20% im Jahr 2027.

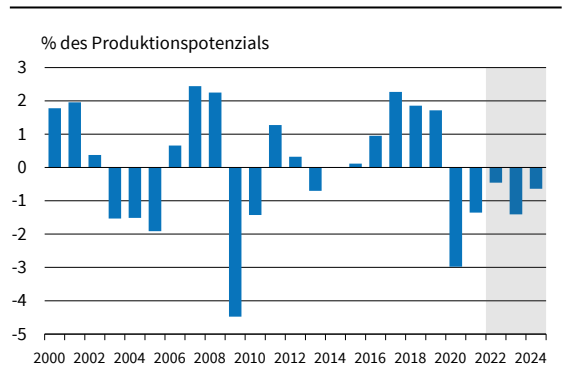
Für das Jahr 2022 wird die Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf 0,9% geschätzt. Ab dem Jahr 2023 fällt der Potenzialzuwachs dann kontinu-

ierlich geringer aus und erreicht am Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2027 eine Rate von 0,6%. Die Wachstumsbeiträge der Totalen Faktorproduktivität und des Kapitalstocks dürften im gesamten Projektionszeitraum positiv und in ähnlicher Größenordnung ausfallen. Der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens dürfte 2022 und 2023 noch marginal positiv und im Anschluss kontinuierlich negativ ausfallen. Während die Erwerbsbevölkerung in den Jahren 2022 und 2023 aufgrund der Flüchtlingsmigration noch positive Beiträge leistet, dürfte sich dies dann im Jahr 2024 umkehren, wenn die demografisch bedingten Rückgänge das Gesamtbild dominieren. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit wird weiterhin negative Beiträge leisten, und auch die Steigerungen bei der Partizipationsquote dürften spürbar nachlassen, was das Potenzial zusätzlich belastet.

Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke nahm seit 2014 kontinuierlich zu und erreichte im Jahr 2017 mit 2,3% des Produktionspotenzials ihren Höhepunkt (vgl. Abb. 3.1). Mit der spürbaren Abkühlung im Verarbeitenden Gewerbe ist die Überauslastung dann im Jahr 2019 auf 1,7% zurückgegangen. Die beiden Corona-Jahre 2020 und 2021 versetzten die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Unterauslastung von 3,0% und 1,4%. Die positive Wirtschaftsentwicklung im laufenden Jahr dürfte zum weiteren Schließen der Produktionslücke beigetragen haben, wengleich für den Jahresdurchschnitt weiterhin eine Unterauslastung in Höhe von 0,5% des Produktionspotenzials bestehen bleiben dürfte. Im Jahr 2023 wird die deutsche Wirtschaft in Folge der starken Preissteigerungen wohl nur stagnieren, was für sich genommen die Produktionslücke wieder auf -1,4% vergrößern dürfte; mit dem Abebben des inflationären Drucks im Jahr 2024 dürften dann die Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen und die Lücke auf -0,6% verringern. Im weiteren Projektionszeitraum wird sich diese dann annahmegemäß schließen.

Im laufenden Jahr dürfte das hier verwendete Schätzverfahren das tatsächliche Produktionspotenzial überschätzen und damit die tatsächliche Produktionslücke unterschätzen. Dies liegt vor allem daran, dass das Produktionspotenzial als Summe glatter statistischer Trends der einzelnen Komponenten der

Abb. 3.1
Produktionslücke



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Produktionsfunktion bestimmt wird und damit Angebotsschocks, die die Produktionskapazitäten entweder vorübergehend oder auch dauerhaft senken, nicht abbilden kann. So deuten umfragebasierte Maße für die Kapazitätsauslastung derzeit auf eine deutliche Überauslastung der deutschen Wirtschaft hin (vgl. Abb. 2.2 in Abschnitt 2.1 »Überblick«). Aus Sicht der Unternehmen sind die Produktionskapazitäten deutlich eingeschränkt als Folge der Engpässe bei der Versorgung mit Energie, der Schwierigkeiten bei der Lieferung von Rohstoffen, Vorprodukten und Handelswaren sowie des sich verschärfenden Arbeitskräftemangels. Da gleichzeitig die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen im bisherigen Verlauf des Jahres 2022 noch kräftig war, waren die vorhandenen Produktionskapazitäten der deutschen Wirtschaft nach Einschätzung der vom ifo Institut befragten Unternehmen seit Jahresbeginn überausgelastet.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung dürfte im Durchschnitt der Jahre 2021 bis 2027 mit 1,0% wohl in etwa gleich stark expandieren wie im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2021 (vgl. Tab. 3.1). Jedoch darf dies nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass sich die Ausweitung der potenziellen Produktionsmöglichkeiten hierzulande in den kommenden Jahren deutlich verringern werden. Mit Blick auf die Verwendungskomponenten dürften die privaten Konsumausgaben und die Bruttoanlageinvestitionen im Projektionszeitraum kräftiger zulegen als in den Jahren 2015 bis 2021 (vgl. Tab. 3.2). Die Staatsaktivität dürfte hingegen deutlich geringer ausgeweitet werden, um sich nach den diversen Sondereffekten der letzten Jahre (Corona-Maßnahmen, Energiekrise) zu normalisieren. Entsprechend wird der Anteil am Bruttoinlandsprodukt kontinuierlich sinken.

Tab. 3.1
Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde		
				Mio.	Stunden	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro
2015	43,122	38,717	1 401,0	3 026,2	70 177	50	3 026,2	100,0
2021	44,980	41,022	1 340,2	3 203,8	71 228	53	3 601,8	112,4
2027	45,253	41,480	1 339,7	3 392,2	74 961	56	4 575,3	134,9
Veränderung insgesamt in %								
2021/2015	4,3	6,0	- 4,3	5,9	1,5	6,1	19,0	12,4
2027/2021	0,6	1,1	0,0	5,9	5,2	5,3	27,0	20,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2021/2015	0,7	1,0	- 0,7	1,0	0,2	1,0	2,9	2,0
2027/2021	0,1	0,2	0,0	1,0	0,9	0,9	4,1	3,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2027/2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

Tab. 3.2
Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	
Mrd. Euro							
2015	3 026,2	1 603,0	595,9	597,5	605,8	-8,4	229,8
2021	3 601,8	1 773,8	797,5	838,9	783,8	55,1	191,6
2027	4 575,3	2 353,6	965,7	1 119,7	1 054,4	65,4	136,3
Anteile am BIP in %							
2015	100,0	53,0	19,7	19,7	20,0	- 0,3	7,6
2021	100,0	49,2	22,1	23,3	21,8	1,5	5,3
2027	100,0	51,4	21,1	24,5	23,0	1,4	3,0
Veränderung insgesamt in %							
2021/2015	19,0	10,7	33,8	40,4	29,4	-	-
2027/2021	27,0	32,7	21,1	33,5	34,5	-	-
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2021/2015	2,9	1,7	5,0	5,8	4,4	-	-
2027/2021	4,1	4,8	3,2	4,9	5,1	-	-

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2027/2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

4. Zur Finanzpolitik in Deutschland

In den vergangenen Jahren war die Finanzpolitik in Deutschland durchweg expansiv ausgerichtet. Für die Beurteilung ist es dabei unerheblich, ob man die im Abschnitt 2.4 »Finanzpolitische Rahmenbedingungen« verwendete Maßnahmenmethode oder die in diesem Abschnitt verwendete Saldenmethode heranzieht (vgl. Abb. 4.1). Bei der Maßnahmenmethode werden die Auswirkungen auf den Staatshaushalt von neu verabschiedeten oder bevorstehenden Rechtsänderungen zusammengefasst und als fiskalischer Impuls interpretiert. Bei der Saldenmethode hingegen resultiert der fiskalische Impuls aus der Veränderung des strukturellen Primärsaldos, also des um konjunkturelle Einflüsse, Zinsausgaben und Einmaleffekte⁵ bereinigten Finanzierungssaldos des Staates.

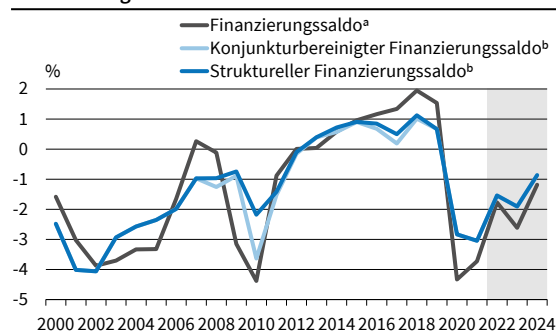
Der strukturelle Primärsaldo wird im laufenden Jahr mit -34 Mrd. Euro bzw. -0,8% des nominalen Produktionspotenzials abermals deutlich negativ sein (vgl. Tab. 4.1). Allerdings verringert sich das strukturelle Primärdefizit deutlich im Vergleich zum Jahr 2021, was als restriktiver Impuls interpretiert werden kann und im Gegensatz zu der leicht expansiv ausgerichteten Finanzpolitik nach der Maßnahmenmethode steht. Im Jahr 2023 wird die Finanzpolitik aufgrund

der Gas- und Strompreisbremsen wieder expansiv ausgerichtet sein und den Erholungsprozess nach den Hochphasen der Corona-Pandemie unterbrechen. Der strukturelle Primärsaldo beträgt dann -44 Mrd. Euro bzw. -1,1% des nominalen Produktionspotenzials. Der expansive Impuls fällt dabei geringer aus, als es die Betrachtung des gesamten strukturellen Finanzierungssaldos (vgl. Abb. 4.2) anzeigen würde, da die Zinsausgaben im Prognosezeitraum deutlich steigen werden. Im Jahr 2024 setzt die Finanzpolitik ihren restriktiven Kurs – wie auch von der Maßnahmenmethode angezeigt – fort, so dass der strukturelle Primärsaldo am Ende des Prognosezeitraums nahezu bei 0% des nominalen Produktionspotenzials liegt. Das Auslaufen der Gas- und Strompreisbremsen ist hierbei hauptverantwortlich für den restriktiven Impuls.

Im Gegensatz zur Maßnahmenmethode (vgl. Tab. 2.5 im Abschnitt »Finanzpolitische Rahmenbedingungen«), die eine expansive Fiskalpolitik vermuten lässt, geht das strukturelle Primärdefizit im laufenden Jahr zurück und zeigt einen restriktiven Impuls an. Solche Differenzen können bisweilen auftreten, da beide Methoden unterschiedliche Ansätze verfolgen. Zum einen wirken aufgrund der angebotsseitig getriebenen Konjunktur steigende Preise positiv auf die Steuereinnahmen und verringern das strukturelle Primärdefizit. Gleichzeitig schließt sich die Produktionslücke allerdings nicht so schnell wie in einem nachfrageseitig getriebenen Aufschwung, was zu einer negativen Kon-

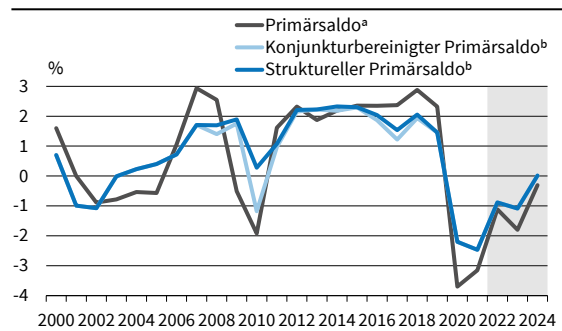
⁵ Die Gas- und Strompreisbremsen werden der angewandten Methodik während der Corona-Pandemie folgend (vgl. Projekt Gemeinschaftsgruppe 2020) zunächst nicht als Einmaleffekte gewertet.

Abb. 4.1
Finanzierungssaldo



^a In % des Bruttoinlandsprodukts.
^b In % des Produktionspotenzials.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 4.2
Primärsaldo



^a In % des Bruttoinlandsprodukts.
^b In % des Produktionspotenzials.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 4.1
Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates in Mrd. Euro

	2020	2021	2022	2023	2024
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-147,6	-134,3	-68,1	-104,1	-49,7
Konjunkturkomponente ^a	-52,7	-24,9	-8,9	-28,6	-13,6
Struktureller Finanzierungssaldo	-99,4	-111,2	-59,5	-77,0	-36,4
Struktureller Primärsaldo	-77,2	-90,1	-34,2	-44,0	0,7
nachrichtlich: konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-99,4	-111,2	-59,5	-77,0	-36,4
nachrichtlich: konjunkturbereinigter Primärsaldo	-77,2	-90,1	-34,2	-44,0	0,7

^a Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2022

junkturkomponente führt und das strukturelle Primärdefizit ebenfalls sinken lässt (vgl. Wollmershäuser et al. 2022b). Zum anderen könnten die restriktiven Impulse, die von einem Rückgang pandemiebezogener Ausgaben ausgehen, in der Maßnahmenmethode unterschätzt werden. Dazu können insbesondere erhöhte

Ausgaben des Gesundheitssystem im Zuge der hohen Infektionszahlen im Jahr 2021 gehören, die schwer zu identifizieren sind und nicht als explizite Maßnahme in der Maßnahmenmethode erfasst werden.

Abgeschlossen am Freitag, 9. Dezember 2022

5. Literatur

Brücker, H., A. Hauptmann, S. Keita und E. Vallizadeh (2022), *IAB-Zuwanderungsmonitor November 2022*, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2022a), *Beschäftigte aus der Ukraine – Deutschland, Bundesländer und Regionaldirektionen (Monatszahlen), Berichtsmonat September 2022*, erschienen im November 2022, Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2022b): *Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt*, November 2022, Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt, Nürnberg.

Consensus Economics (2022), *Consensus Forecasts G-7 & Western Europe*, Septemбераusgabe 2022, Prognosedatum: 12. September 2022, London.

Gödl-Hanisch, I. und M. Menkhoff (2022), »Inwieweit geben Unternehmen die gestiegenen Einkaufspreise an ihre Kunden weiter?«, *ifo Schnelldienst* 75(12), 32–34.

Gühler, N. und O. Schmalwasser (2020), »Anlagevermögen, Abschreibungen und Abgänge in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen«, *Wirtschaft und Statistik* (3), 76–88.

ifo Institut (2022a), »Materialknappheit in der Industrie rückläufig«, Pressemitteilung, 30. November, verfügbar unter: <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-11-30/materialknappheit-der-industrie-ruecklaeufig>.

ifo Institut (2022b), »Viele Industriefirmen senken Gasverbrauch ohne Produktion zu drosseln«, Pressemitteilung, 22. November, verfügbar unter: <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-11-22/viele-industriefirmen-senken-gasverbrauch-ohne-produktion-zu-drosseln>.

ifo Institut (2022c), »Stornos im Hochbau gehen etwas zurück«, Pressemitteilung, 14. November, verfügbar unter: <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-11-14/stornos-im-hochbau-gehen-etwas-zurueck>.

Lay, M. und A. Peichl (2022), »Entlastungen für Haushalte und Unternehmen – Was kostet es den Staat?«, *ifo Schnelldienst* 75(11), 3–6.

Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2017), »Die Inflation kommt zurück! Immer mehr Firmen in Deutschland wollen ihre Preise anheben«, *ifo Schnelldienst* 70(5), 16–21.

Nierhaus, W. (2001), »Inflation – wie gemessen?«, *ifo Schnelldienst* 54(3), 67–68.

Nierhaus, W. und T. Wollmershäuser (2022), »Zur Bestimmung der Realeinkommensverluste in der gegenwärtigen Energiekrise«, *ifo Schnelldienst* 75(11), 47–53.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016), *Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert*, Frühjahrsgutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, München.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020), *Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie*, Herbstgutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Kiel.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022), *Energiekrise: Inflation, Rezession, Wohlstandsverlust*, Herbstgutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Essen.

Ragnitz, J. (2022), »Gewinninflation und Inflationsgewinner«, *ifo Dresden berichtet* 29(5), 24–28; Aktualisierung vom 7. Dezember 2022, verfügbar unter: <https://www.ifo.de/publikationen/2022/monographie-autorenschaft/gewinninflation-und-inflationsgewinner-aktualisierung>.

Sauer, S. und K. Wohlrabe (Hrsg.) (2020), *ifo Handbuch der Konjunkturumfragen*, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 88, ifo Institut, München.

Schmidt, P. und S. Hauf (2022), »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Besonderheiten bei den Staatsaggregaten in der Corona-Pandemie«, *WISTA Wirtschaft und Statistik* (1), 34–40.

Wohlrabe, K. (2009), »Makroökonomische Prognosen mit gemischten Frequenzen«, *ifo Schnelldienst* 62(21), 22–33.

Wollmershäuser, T. (2018), »Die ifo Investitionserwartungen – ein neuer Frühindikator für die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen«, *ifo Schnelldienst* 71(23), 32–35.

Wollmershäuser, T., P. Brandt, C. Grimme, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, M. Menkhoff, S. Möhrle, A.-C. Rathje, P. Sandqvist, R. Šauer, M. Stöckli und K. Wohlrabe (2021a), »ifo Konjunkturprognose Sommer 2021: Deutsche Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Öffnungen und Lieferengpässen«, *ifo Schnelldienst* Sonderausgabe Juni.

Wollmershäuser, T., P. Brandt, S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, R. Šauer, S. Schiman, K. Wohlrabe und L. Zarges (2021b), »ifo Konjunkturprognose Winter 2021: Lieferengpässe und Coronawelle bremsen deutsche Wirtschaft aus«, *ifo Schnelldienst* Sonderausgabe Dezember.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, R. Šauer, K. Wohlrabe und L. Zarges (2022a), »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022: Folgen des russisch-ukrainischen Krieges dämpfen deutsche Konjunktur«, *ifo Schnelldienst digital* 3(1), 1–17.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, F. Fourné, M. Menkhoff, S. Möhrle, R. Šauer, S. Schiman, K. Wohlrabe, M. Wolters und L. Zarges (2022b), »ifo Konjunkturprognose Sommer 2022: Inflation, Lieferengpässe und Krieg bremsen wirtschaftliche Erholung in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* Sonderausgabe Juni.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, R. Šauer, K. Wohlrabe und L. Zarges (2022c), »ifo Konjunkturprognose Herbst 2022: Inflation würgt privaten Konsum ab – deutsche Konjunktur vor hartem Winter«, *ifo Schnelldienst digital* 5(1), 1–14.

6. Tabellenanhang

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. Euro

	Gegenstand der Nachweisung	2021				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	= Bruttowertschöpfung	3 258,6	2 215,0	374,9	668,6	-
2	- Abschreibungen	704,9	407,2	87,8	209,9	-
3	= Nettowertschöpfung 1)	2 553,6	1 807,8	287,1	458,8	- 191,6
4	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 913,7	1 381,2	294,4	238,1	17,0
5	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,3	25,1	0,5	9,7	-
6	+ Empfangene sonstige Subventionen	94,5	72,0	0,1	22,4	-
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	699,2	473,5	- 7,7	233,3	- 208,6
8	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 918,0	-	-	1 918,0	12,7
9	- Geleistete Subventionen	111,6	-	111,6	-	4,7
10	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	392,8	-	392,8	-	7,5
11	- Geleistete Vermögenseinkommen	603,0	564,8	20,8	17,5	212,9
12	+ Empfangene Vermögenseinkommen	729,2	382,8	15,2	331,2	86,6
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 024,6	291,6	267,9	2 465,1	- 319,3
14	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	473,5	110,2	-	363,3	12,0
15	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	485,0	-	485,0	-	0,5
16	- Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	775,3	-	-	775,3	4,2
17	+ Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	775,4	140,9	633,7	0,9	4,1
18	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	684,7	72,9	610,9	0,9	0,2
19	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	676,5	-	-	676,5	8,4
20	- Geleistete sonstige laufende Transfers	394,2	210,9	90,4	92,9	72,2
21	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	338,2	186,9	30,1	121,2	128,3
22	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 971,9	225,4	715,3	2 031,2	- 266,6
23	- Konsumausgaben	2 571,3	-	797,5	1 773,8	-
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 58,7	-	58,7	-
25	= Sparen	400,6	166,7	- 82,2	316,0	- 266,6
26	- Geleistete Vermögenstransfers	102,2	18,2	68,1	15,9	8,4
27	+ Empfangene Vermögenstransfers	93,3	48,7	20,3	24,3	17,3
28	- Bruttoinvestitionen	838,9	492,6	93,4	252,9	-
29	+ Abschreibungen	704,9	407,2	87,8	209,9	-
30	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 3,2	- 2,7	- 1,2	0,7	3,2
31	= Finanzierungssaldo	261,0	114,5	- 134,3	280,7	- 261,0
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 971,9	225,4	715,3	2 031,2	- 266,6
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	509,7	-	509,7	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	509,7	-	-	509,7	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 971,9	225,4	205,6	2 540,9	- 266,6
38	- Konsum 3)	2 571,3	-	287,8	2 283,5	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 58,7	-	58,7	-
40	= Sparen	400,6	166,7	- 82,2	316,0	- 266,6

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. Euro

	Gegenstand der Nachweisung	2022				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 470,0	2 354,2	397,5	718,4	-
2 -	Abschreibungen	792,5	452,8	99,8	239,9	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 677,5	1 901,4	297,7	478,5	- 64,5
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 011,5	1 455,5	306,1	249,9	18,1
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,8	25,6	0,4	9,8	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	46,8	38,6	0,1	8,0	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	677,0	458,9	- 8,7	226,8	- 82,6
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 015,9	-	-	2 015,9	13,7
9 -	Geleistete Subventionen	61,1	-	61,1	-	4,9
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	416,9	-	416,9	-	10,0
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	708,5	663,9	25,2	19,4	236,3
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	843,3	424,8	17,2	401,3	101,5
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 183,5	219,9	339,1	2 624,5	- 198,5
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	513,0	123,3	-	389,6	14,0
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	526,4	-	526,4	-	0,6
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	805,7	-	-	805,7	4,7
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	805,8	142,7	662,2	0,9	4,6
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	705,3	73,9	630,6	0,9	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	697,2	-	-	697,2	8,6
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	414,4	216,3	103,3	94,8	69,0
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	352,1	190,9	25,5	135,7	131,3
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 126,7	140,0	819,3	2 167,3	- 141,7
23 -	Konsumausgaben	2 826,3	-	844,6	1 981,7	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,1	-	59,1	-
25 =	Sparen	300,4	81,0	- 25,2	244,7	- 141,7
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	93,1	19,5	56,9	16,7	5,7
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	80,9	39,0	18,5	23,3	17,9
28 -	Bruttoinvestitionen	951,2	557,0	105,6	288,6	-
29 +	Abschreibungen	792,5	452,8	99,8	239,9	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	7,5	7,9	- 1,3	0,9	- 7,5
31 =	Finanzierungssaldo	122,1	- 11,6	- 68,1	201,8	- 122,1
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 126,7	140,0	819,3	2 167,3	- 141,7
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	541,2	-	541,2	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	541,2	-	-	541,2	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 126,7	140,0	278,2	2 708,5	- 141,7
38 -	Konsum 3)	2 826,3	-	303,4	2 522,9	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,1	-	59,1	-
40 =	Sparen	300,4	81,0	- 25,2	244,7	- 141,7

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. Euro

	Gegenstand der Nachweisung	2023				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	= Bruttowertschöpfung	3 652,5	2 482,8	410,7	759,0	-
2	- Abschreibungen	838,1	478,3	106,5	253,3	-
3	= Nettowertschöpfung 1)	2 814,4	2 004,4	304,2	505,7	- 46,0
4	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 108,6	1 531,3	314,1	263,2	19,0
5	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	32,8	22,4	0,5	9,9	-
6	+ Empfangene sonstige Subventionen	38,5	34,0	0,1	4,4	-
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	711,5	484,7	- 10,2	237,0	- 65,0
8	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 113,0	-	-	2 113,0	14,5
9	- Geleistete Subventionen	113,7	-	113,7	-	4,9
10	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	430,9	-	430,9	-	10,2
11	- Geleistete Vermögenseinkommen	766,4	701,6	32,5	32,3	293,4
12	+ Empfangene Vermögenseinkommen	906,3	456,9	18,5	430,9	153,6
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 281,5	240,1	292,9	2 748,6	- 185,0
14	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	526,8	132,0	-	394,8	14,0
15	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	540,2	-	540,2	-	0,6
16	- Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	844,9	-	-	844,9	4,7
17	+ Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	845,0	146,1	698,0	0,9	4,6
18	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	734,7	74,6	659,2	0,9	0,5
19	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	726,4	-	-	726,4	8,8
20	- Geleistete sonstige laufende Transfers	416,5	220,6	91,7	104,2	69,7
21	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	351,8	194,7	29,9	127,2	134,4
22	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 222,0	153,7	810,1	2 258,3	- 125,5
23	- Konsumausgaben	2 949,7	-	865,1	2 084,6	-
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,7	-	59,7	-
25	= Sparen	272,4	93,9	- 55,0	233,5	- 125,5
26	- Geleistete Vermögenstransfers	99,7	21,3	60,6	17,9	4,4
27	+ Empfangene Vermögenstransfers	84,6	42,1	18,1	24,4	19,6
28	- Bruttoinvestitionen	985,0	574,6	114,5	295,9	-
29	+ Abschreibungen	838,1	478,3	106,5	253,3	-
30	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	1,2	1,8	- 1,3	0,8	- 1,2
31	= Finanzierungssaldo	109,1	16,7	- 104,1	196,5	- 109,1
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 222,0	153,7	810,1	2 258,3	- 125,5
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	556,2	-	556,2	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	556,2	-	-	556,2	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 222,0	153,7	253,9	2 814,5	- 125,5
38	- Konsum 3)	2 949,7	-	308,9	2 640,8	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,7	-	59,7	-
40	= Sparen	272,4	93,9	- 55,0	233,5	- 125,5

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. Euro

	Gegenstand der Nachweisung	2024				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 788,6	2 579,4	425,6	783,5	-
2 -	Abschreibungen	875,4	500,1	112,0	263,3	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 913,1	2 079,3	313,6	520,2	- 84,5
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 213,4	1 611,2	325,2	277,0	19,9
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	33,0	22,5	0,5	10,0	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	38,2	34,3	0,1	3,9	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	704,9	479,8	- 12,0	237,1	- 104,4
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 217,9	-	-	2 217,9	15,4
9 -	Geleistete Subventionen	56,2	-	56,2	-	4,9
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	441,7	-	441,7	-	10,3
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	796,9	718,5	36,9	41,6	320,9
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	943,7	466,1	19,0	458,7	174,2
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 455,2	227,4	355,7	2 872,1	- 230,3
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	534,0	131,2	-	402,8	14,0
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	547,3	-	547,3	-	0,7
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	881,1	-	-	881,1	4,8
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	881,3	147,5	732,8	0,9	4,7
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	757,1	75,3	680,8	0,9	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	748,7	-	-	748,7	8,9
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	426,4	225,0	94,2	107,1	70,7
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	359,5	198,6	29,9	130,9	137,7
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 393,3	142,0	890,7	2 360,7	- 168,4
23 -	Konsumausgaben	3 067,0	-	897,2	2 169,8	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 60,3	-	60,3	-
25 =	Sparen	326,3	81,7	- 6,6	251,2	- 168,4
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	113,1	31,1	62,8	19,1	4,6
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	96,6	44,0	28,0	24,7	21,0
28 -	Bruttoinvestitionen	1 033,3	599,1	121,6	312,6	-
29 +	Abschreibungen	875,4	500,1	112,0	263,3	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	1,8	2,3	- 1,3	0,8	- 1,8
31 =	Finanzierungssaldo	150,2	- 6,8	- 49,7	206,7	- 150,2
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 393,3	142,0	890,7	2 360,7	- 168,4
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	576,2	-	576,2	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	576,2	-	-	576,2	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 393,3	142,0	314,5	2 936,8	- 168,4
38 -	Konsum 3)	3 067,0	-	321,1	2 745,9	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 60,3	-	60,3	-
40 =	Sparen	326,3	81,7	- 6,6	251,2	- 168,4

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2022 (2)	2023 (2)	2024 (2)	2022		2023 (2)		2024 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Zahl der Erwerbstätigen	1,2	0,2	0,2	1,5	1,0	0,3	0,1	0,2	0,2
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	0,4	-0,2	0,5	0,5	0,3	0,0	-0,3	0,4	0,6
Arbeitsvolumen	1,6	0,0	0,7	2,0	1,3	0,3	-0,2	0,6	0,8
Produktivität 4)	0,1	-0,1	0,8	0,8	-0,5	-0,5	0,2	0,9	0,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,8	-0,1	1,6	2,8	0,8	-0,3	0,0	1,5	1,6
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2826,3	2949,7	3067,0	1365,6	1460,7	1435,0	1514,6	1493,3	1573,7
Private Konsumausgaben 5)	1981,7	2084,6	2169,8	952,1	1029,6	1014,5	1070,0	1057,9	1111,8
Konsumausgaben des Staates	844,6	865,1	897,2	413,5	431,1	420,5	444,6	435,4	461,9
Bruttoanlageinvestitionen	873,4	911,3	967,8	417,3	456,1	439,9	471,5	466,0	501,8
Bauten	475,0	490,0	520,0	230,6	244,4	240,1	249,9	253,2	266,8
Ausrüstungen	253,7	270,2	288,4	118,1	135,6	128,4	141,8	137,5	150,9
Sonstige Anlagen	144,7	151,0	159,5	68,6	76,1	71,3	79,7	75,3	84,2
Vorratsveränderungen 6)	77,8	73,7	65,5	48,1	29,7	51,7	22,0	49,2	16,3
Inländische Verwendung	3777,5	3934,7	4100,3	1831,0	1946,5	1926,6	2008,1	2008,5	2091,9
Außenbeitrag	64,5	46,0	84,5	50,9	13,5	23,7	22,4	41,9	42,6
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	1,7	1,2	2,0	2,7	0,7	1,2	1,1	2,0	2,0
Exporte	1944,1	2019,9	2139,8	940,1	1004,0	992,4	1027,5	1051,9	1087,9
Importe	1879,6	1973,9	2055,3	889,2	990,5	968,7	1005,2	1010,0	1045,3
Bruttoinlandsprodukt	3841,9	3980,7	4184,8	1881,9	1960,0	1950,3	2030,4	2050,4	2134,5
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	9,9	4,4	4,0	11,8	8,2	5,1	3,7	4,1	3,9
Private Konsumausgaben 5)	11,7	5,2	4,1	13,8	9,8	6,6	3,9	4,3	3,9
Konsumausgaben des Staates	5,9	2,4	3,7	7,4	4,5	1,7	3,1	3,5	3,9
Bruttoanlageinvestitionen	11,4	4,3	6,2	11,5	11,4	5,4	3,4	5,9	6,4
Bauten	14,0	3,2	6,1	16,0	12,1	4,2	2,2	5,4	6,8
Ausrüstungen	10,6	6,5	6,7	7,0	13,9	8,7	4,6	7,1	6,4
Sonstige Anlagen	5,1	4,4	5,6	5,3	4,9	3,9	4,8	5,6	5,5
Inländische Verwendung	10,8	4,2	4,2	12,6	9,1	5,2	3,2	4,2	4,2
Exporte	14,8	3,9	5,9	15,7	13,9	5,6	2,3	6,0	5,9
Importe	25,1	5,0	4,1	27,2	23,3	8,9	1,5	4,3	4,0
Bruttoinlandsprodukt	6,7	3,6	5,1	8,2	5,3	3,6	3,6	5,1	5,1
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2417,5	2410,9	2446,3	1190,4	1227,1	1188,6	1222,3	1206,4	1239,9
Private Konsumausgaben 5)	1702,8	1693,3	1719,8	833,6	869,2	832,4	860,9	845,0	874,8
Konsumausgaben des Staates	713,3	716,1	724,9	355,9	357,4	355,4	360,7	360,7	364,2
Bruttoanlageinvestitionen	674,9	672,7	693,3	329,4	345,5	326,7	346,0	335,4	357,8
Bauten	322,6	311,9	319,5	161,9	160,8	154,0	157,9	156,5	163,0
Ausrüstungen	222,8	229,5	238,7	105,3	117,5	109,6	119,9	114,1	124,5
Sonstige Anlagen	129,3	134,1	138,5	61,4	68,0	63,7	70,5	65,8	72,8
Inländische Verwendung	3115,5	3101,3	3158,6	1538,7	1576,8	1531,8	1569,4	1559,4	1599,2
Exporte	1616,9	1658,1	1711,2	797,3	819,6	819,2	838,8	847,1	864,2
Importe	1476,7	1505,9	1563,6	721,2	755,5	740,0	765,8	769,4	794,1
Bruttoinlandsprodukt	3260,7	3256,5	3307,2	1617,0	1643,7	1612,9	1643,7	1637,7	1669,5
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	3,6	-0,3	1,5	5,8	1,6	-0,2	-0,4	1,5	1,4
Private Konsumausgaben 5)	4,6	-0,6	1,6	7,6	2,0	-0,1	-1,0	1,5	1,6
Konsumausgaben des Staates	1,4	0,4	1,2	2,1	0,7	-0,1	0,9	1,5	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	-0,3	3,1	0,2	0,5	-0,8	0,1	2,7	3,4
Bauten	-1,9	-3,3	2,5	-0,7	-3,1	-4,8	-1,8	1,6	3,3
Ausrüstungen	3,2	3,0	4,0	0,8	5,5	4,1	2,0	4,1	3,9
Sonstige Anlagen	2,2	3,7	3,3	1,7	2,6	3,7	3,7	3,4	3,3
Inländische Verwendung	3,0	-0,5	1,8	4,5	1,6	-0,4	-0,5	1,8	1,9
Exporte	2,8	2,5	3,2	2,8	2,8	2,7	2,4	3,4	3,0
Importe	5,8	2,0	3,8	6,8	4,9	2,6	1,4	4,0	3,7
Bruttoinlandsprodukt	1,8	-0,1	1,6	2,8	0,8	-0,3	0,0	1,5	1,6

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2022 (2)	2023 (2)	2024 (2)	2022		2023 (2)		2024 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
				4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)					
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	6,1	4,7	2,5	5,7	6,5	5,2	4,1	2,5	2,4
Private Konsumausgaben 5)	6,8	5,8	2,5	5,8	7,7	6,7	4,9	2,7	2,3
Konsumausgaben des Staates	4,5	2,0	2,5	5,2	3,8	1,8	2,2	2,0	2,9
Bruttoanlageinvestitionen	11,1	4,7	3,1	11,3	10,9	6,3	3,2	3,2	2,9
Bauten	16,1	6,7	3,6	16,8	15,6	9,5	4,1	3,8	3,4
Ausrüstungen	7,1	3,4	2,6	6,2	8,0	4,4	2,5	2,9	2,4
Sonstige Anlagen	2,9	0,6	2,2	3,5	2,2	0,2	1,1	2,2	2,2
Inländische Verwendung	7,5	4,6	2,3	7,7	7,4	5,7	3,6	2,4	2,2
Exporte	11,6	1,3	2,6	12,5	10,8	2,7	0,0	2,5	2,8
Importe	18,3	3,0	0,3	19,1	17,6	6,2	0,1	0,3	0,3
Bruttoinlandsprodukt	4,8	3,7	3,5	5,2	4,5	3,9	3,6	3,5	3,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2624,5	2748,6	2872,1	1287,5	1337,0	1340,6	1408,0	1407,7	1464,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	358,3	375,6	392,6	174,1	184,2	181,4	194,2	190,2	202,4
Bruttolöhne und -gehälter	1657,5	1737,4	1825,3	788,8	868,7	822,6	914,8	867,5	957,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	608,7	635,6	654,2	324,6	284,1	336,6	299,0	350,0	304,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	558,9	533,0	583,1	260,1	298,8	249,6	283,4	266,3	316,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3183,5	3281,5	3455,2	1547,6	1635,9	1590,2	1691,3	1673,9	1781,2
Abschreibungen	792,5	838,1	875,4	387,4	405,1	415,2	423,0	434,1	441,3
Bruttonationaleinkommen	3975,9	4119,7	4330,6	1935,0	2041,0	2005,3	2114,3	2108,0	2222,6
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2827,6	2964,4	3069,6	1368,9	1458,7	1432,2	1532,1	1488,6	1581,1
Arbeitnehmerentgelte	2015,9	2113,0	2217,9	962,9	1052,9	1004,0	1109,0	1057,7	1160,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	811,8	851,4	851,7	406,0	405,8	428,2	423,1	430,9	420,9
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	6,5	4,7	4,5	7,6	5,4	4,1	5,3	5,0	4,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,1	4,8	4,5	3,5	2,8	4,2	5,4	4,8	4,2
Bruttolöhne und -gehälter	5,5	4,8	5,1	6,7	4,5	4,3	5,3	5,5	4,7
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,0	4,5	4,7	4,9	3,3	3,9	5,1	5,2	4,4
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,9	4,9	5,3	4,3	3,6	4,4	5,4	6,0	4,6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	11,3	4,4	2,9	12,2	10,2	3,7	5,2	4,0	1,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,1	-4,6	9,4	4,1	-3,5	-4,1	-5,2	6,7	11,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	5,3	3,1	5,3	7,0	3,7	2,8	3,4	5,3	5,3
Abschreibungen	12,4	5,8	4,4	12,5	12,3	7,2	4,4	4,6	4,3
Bruttonationaleinkommen	6,6	3,6	5,1	8,1	5,3	3,6	3,6	5,1	5,1
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,1	4,8	3,6	4,0	2,2	4,6	5,0	3,9	3,2
Arbeitnehmerentgelte	5,1	4,8	5,0	6,1	4,2	4,3	5,3	5,3	4,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-1,6	4,9	0,0	-0,6	-2,7	5,5	4,3	0,6	-0,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.									
a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1672,1	1758,2	1841,9	790,6	881,5	834,6	923,5	878,3	963,6
Nettolöhne und -gehälter	1120,0	1178,3	1244,0	525,2	594,8	550,3	628,1	585,2	658,8
Monetäre Sozialleistungen	697,2	726,4	748,7	337,7	359,5	356,9	369,5	367,7	381,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	145,1	146,6	150,8	72,4	72,7	72,6	74,0	74,6	76,2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	608,7	635,6	654,2	324,6	284,1	336,6	299,0	350,0	304,2
Sonstige Transfers (Saldo)	-113,5	-135,4	-135,4	-58,0	-55,5	-63,4	-72,1	-62,7	-72,7
Verfügbares Einkommen	2167,3	2258,3	2360,7	1057,2	1110,2	1107,9	1150,4	1165,6	1195,1
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	59,1	59,7	60,3	28,6	30,5	29,0	30,8	29,2	31,1
Private Konsumausgaben 5)	1981,7	2084,6	2169,8	952,1	1029,6	1014,5	1070,0	1057,9	1111,8
Sparen	244,7	233,5	251,2	133,7	111,0	122,3	111,2	136,9	114,3
Sparquote 7)	11,0	10,1	10,4	12,3	9,7	10,8	9,4	11,5	9,3
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Masseneinkommen	4,8	5,1	4,8	3,0	6,5	5,6	4,8	5,2	4,3
Nettolöhne und -gehälter	5,4	5,2	5,6	6,1	4,8	4,8	5,6	6,3	4,9
Monetäre Sozialleistungen	3,1	4,2	3,1	-2,0	8,3	5,7	2,8	3,0	3,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,0	1,0	2,9	0,7	1,2	0,3	1,8	2,8	3,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	11,3	4,4	2,9	12,2	10,2	3,7	5,2	4,0	1,8
Verfügbares Einkommen	6,7	4,2	4,5	4,8	8,5	4,8	3,6	5,2	3,9
Private Konsumausgaben 5)	11,7	5,2	4,1	13,8	9,8	6,6	3,9	4,3	3,9
Sparen	-22,6	-4,6	7,6	-33,3	-4,0	-8,5	0,2	11,9	2,9

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2022 (2)	2023 (2)	2024 (2)	2022		2023 (2)		2024 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	943,4	971,1	989,0	467,4	475,9	478,7	492,4	486,1	502,9
Nettosozialbeiträge	662,2	698,0	732,8	321,7	340,5	338,2	359,9	354,8	378,0
Vermögenseinkünfte	17,2	18,5	19,0	9,2	8,0	10,1	8,4	10,3	8,7
Sonstige Übertragungen	25,5	29,9	29,9	12,0	13,5	14,3	15,6	14,3	15,7
Vermögensübertragungen	18,5	18,1	28,0	9,0	9,6	8,7	9,4	18,7	9,3
Verkäufe	144,3	150,6	156,7	66,9	77,4	70,1	80,5	72,9	83,8
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
Einnahmen insgesamt	1811,2	1886,3	1955,5	886,2	925,0	920,1	966,2	957,1	998,4
Ausgaben									
Vorleistungen	234,7	238,3	248,5	109,9	124,8	111,2	127,1	115,8	132,7
Arbeitnehmerentgelte	306,1	314,1	325,2	148,4	157,7	151,2	162,9	156,8	168,4
Sonstige Produktionsabgaben	0,4	0,5	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	25,2	32,5	36,9	12,7	12,5	16,2	16,3	18,2	18,7
Subventionen	61,1	113,7	56,2	29,0	32,1	56,2	57,5	33,0	23,1
Monetäre Sozialleistungen	630,6	659,2	680,8	304,4	326,2	323,3	335,9	333,8	347,0
Soziale Sachleistungen	356,7	366,6	379,8	177,3	179,4	180,0	186,6	185,5	194,2
Sonstige Transfers	103,3	91,7	94,2	43,6	59,7	44,2	47,5	45,4	48,8
Vermögenstransfers	56,9	60,6	62,8	23,3	33,6	23,9	36,7	24,8	38,0
Bruttoinvestitionen	105,6	114,5	121,6	44,6	60,9	49,4	65,1	53,4	68,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,3	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
Ausgaben insgesamt	1879,3	1990,4	2005,2	892,7	986,5	955,4	1035,0	966,4	1038,8
Finanzierungssaldo	-68,1	-104,1	-49,7	-6,5	-61,5	-35,3	-68,8	-9,3	-40,4
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	7,5	2,9	1,8	12,4	3,1	2,4	3,5	1,5	2,1
Nettosozialbeiträge	4,5	5,4	5,0	5,1	4,0	5,1	5,7	4,9	5,0
Vermögenseinkünfte	13,2	7,4	3,0	12,7	13,9	9,8	4,6	2,8	3,3
Sonstige Übertragungen	-15,1	17,0	0,3	-19,3	-11,0	18,8	15,3	-0,1	0,6
Vermögensübertragungen	-8,8	-2,1	54,2	6,2	-19,5	-2,7	-1,4	114,1	-1,2
Verkäufe	7,2	4,4	4,0	8,4	6,2	4,8	4,1	4,0	4,0
Sonstige Subventionen									
Einnahmen insgesamt	5,8	4,1	3,7	8,7	3,2	3,8	4,5	4,0	3,3
Ausgaben									
Vorleistungen	3,3	1,5	4,3	4,4	2,3	1,2	1,8	4,1	4,4
Arbeitnehmerentgelt	4,0	2,6	3,6	4,9	3,1	1,9	3,3	3,7	3,4
Sonstige Produktionsabgaben									
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	21,3	29,0	13,5	14,8	28,7	28,0	30,0	12,0	15,0
Subventionen	-45,2	86,0	-50,6	-49,4	-40,8	93,7	79,1	-41,2	-59,8
Monetäre Sozialleistungen	3,2	4,5	3,3	-2,4	9,1	6,2	3,0	3,2	3,3
Soziale Sachleistungen	8,1	2,8	3,6	10,4	5,9	1,6	4,0	3,1	4,1
Sonstige Transfers	14,3	-11,3	2,8	0,5	27,0	1,4	-20,5	2,8	2,8
Vermögenstransfers	-16,4	6,5	3,7	13,9	-29,5	2,6	9,2	3,9	3,6
Bruttoinvestitionen	13,1	8,5	6,2	12,1	13,8	10,8	6,8	7,9	4,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern									
Ausgaben insgesamt	1,8	5,9	0,7	0,2	3,3	7,0	4,9	1,1	0,4
nachrichtlich:									
Finanzierungssaldo in % des BIP	-1,8	-2,6	-1,2	-0,3	-3,1	-1,8	-3,4	-0,5	-1,9

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 3) Geleistete Arbeitsstunden.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).